

Rechtsextremismus

2.1 Mitglieder-Potenzial¹

Den strukturellen Veränderungen im organisierten Rechtsextremismus haben die Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern mit einem neuen Kategoriensystem Rechnung getragen. Insbesondere die Grenzen zwischen der subkulturellen und der neonazistischen Szene lösen sich in den letzten Jahren mehr und mehr auf. Der Neonazismus ist zunehmend strukturloser geworden und vermischt sich zusehends mit dem subkulturellen Bereich. Ideologische und organisatorische Unterschiede sind immer schwerer auszumachen. Seit dem Jahr 2017 erfolgt deshalb (zusätzlich) die Kategorisierung nach Parteien, nach parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen und als weitgehend unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial.

Rechtsextremismus Potenzial Bundesrepublik Deutschland	2017	2018
In Parteien	6.050	5.510
– Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	4.500	4.000
– Die Rechte	650	600
– Bürgerbewegung pro NRW	400	380
– Der III. Weg	500	530
In parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen	6.300	6.600
Weitgehend unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial	12.900	13.240
Summe	25.250	25.350
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften ²	24.000	24.100
Davon gewaltbereite Rechtsextremisten ³	12.700	12.700

¹ Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

² Die Mehrfachmitgliedschaften im Bereich der Parteien und der parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen wurden vom gesamten Personenpotenzial abgezogen.

³ Aufgrund des Wandels innerhalb der rechtsextremistischen Szene wird die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten seit 2010 gesondert ausgewiesen.

Rechtsextremismus Potenzial Niedersachsen ⁴	2017	2018
In Parteien	350	290
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	300	250
- Die Rechte	40	30
- Der III. Weg	10	10
In parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen	375	360
Weitgehend unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial	600	590
Summe	1.325	1.240
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften	1.250	1.170
Davon gewaltbereite Rechtsextremisten ⁵	900	880

2.2 Einführung

Eine in sich geschlossene rechtsextremistische Ideologie gibt es nicht. Vielmehr werden mit dem Begriff Rechtsextremismus Ideologeelemente erfasst, die in unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlicher Stoßrichtung der weltanschaulichen Überzeugung von einer Ungleichwertigkeit der Menschen Ausdruck verleihen. Zu nennen sind im Einzelnen:

- Aggressive menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit,
- Antisemitismus,
- Rassismus,
- Unterscheidung von „lebenswertem“ und „lebensunwertem“ Leben,
- Überhöhung des eigenen Volkes bei gleichzeitiger Abwertung anderer Nationen und Völker (Nationalismus),
- Vorstellung einer rassistisch verstandenen homogenen Volksgemeinschaft (Volksgemeinschaftsdenken),
- Individualrechte verneinendes, dem Führerprinzip verpflichtetes Kollektivdenken (völkischer Kollektivismus),

⁴ Die für den Bund eingefügten Fußnoten 9 bis 10 gelten entsprechend auch für Niedersachsen.

⁵ In der Gesamtzahl sind auch gewaltbereite Neonazis und NPD-Mitglieder enthalten.

- Behauptung „natürlicher“ Hierarchien (Biologismus),
- Betonung des Rechts des Stärkeren (Sozialdarwinismus),
- Ablehnung demokratischer Regelungsformen bei Konflikten,
- Übertragung militärischer Prinzipien auf die zivile Gesellschaft (Militarismus),
- Geschichtsrevisionismus (Relativierung der Verbrechen des Nationalsozialismus),
- Ethnopluralismus (Forderung nach strikter räumlicher und kultureller Trennung verschiedener Ethnien).

Fremdenfeindlichkeit

Die Ideologieelemente Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus sind die zentralen Begriffe des Rechtsextremismus. Mit „fremdenfeindlich“ wird die Ablehnung all dessen bezeichnet, was als fremd bewertet und aus der Gesellschaft ausgegrenzt wird. Die Merkmale variieren: Ausländer, Juden, Muslime und Obdachlose können ebenso Opfer fremdenfeindlicher Ablehnung und Aggression werden wie Menschen mit Behinderungen und Homosexuelle. Fremdenfeindliche Positionen sind bei jeder rechtsextremistischen Organisation nachweisbar; sie bilden das Grundelement rechtsextremistischen Denkens.

Rassismus

Die in Deutschland gebräuchliche Verwendung des Begriffes Rassismus nimmt Bezug auf die Rassenideologie des Nationalsozialismus, die die „Selektion“ und Vernichtung von Millionen Menschen biologisch begründete. Rassisten leiten aus den genetischen Merkmalen der Menschen eine naturgegebene soziale Rangordnung ab. Sie unterscheiden zwischen „wertvollen und minderwertigen menschlichen Rassen“.

Antisemitismus

Der Antisemitismus tritt im Rechtsextremismus in verschiedenen Varianten in Erscheinung. Antisemitische Positionen werden sowohl religiös als auch kulturell und rassistisch begründet. Häufig korrespondieren sie mit verschwörungstheoretischen Ansätzen. Vor dem historischen Hintergrund der systematischen Judenvernichtung durch den Nationalsozialismus (Holocaust⁶) sind antisemitische Einstellungsmuster ein Gradmesser für die Verfestigung eines rechts-

⁶ Der Begriff bedeutet Massenvernichtung (vom griech. holocaustos = „völlig verbrannt“).

extremistischen Weltbildes. Sie zeugen von ideologischer Nähe zum historischen Nationalsozialismus und treten häufig in Verbindung mit revisionistischen Positionen auf. Antisemitische Positionen sind ein Kennzeichen fast aller rechtsextremistischen Organisationen.

Neonazismus

Der Begriff Neonazismus, eine Abkürzung für Neo- oder neuer Nationalsozialismus, der häufig fälschlicherweise als Synonym für Rechtsextremismus verwendet wird, steht für Bestrebungen, die sich weltanschaulich auf den historischen Nationalsozialismus beziehen. Hierzu zählen in erster Linie die neonazistischen Kameradschaften und Organisationen wie die Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG). Innerhalb der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) ist der neonazistische Flügel ständig stärker geworden, seitdem sich die Partei gegenüber Freien Nationalisten geöffnet hat. Ausdruck dieser Entwicklung sind die Eintritte zahlreicher führender Protagonisten der Neonaziszene, die zudem Führungsämter in der NPD übernommen haben.

Faschismus

Die ebenfalls als Synonym für rechtsextremistische Bestrebungen verwendeten Begriffe faschistisch oder neofaschistisch sind in zweifacher Hinsicht ungeeignet. Zum einen handelt es sich um Kampfbegriffe aus den Zeiten des Kalten Krieges, mit denen die Bundesrepublik Deutschland von der DDR in die Tradition des Nationalsozialismus gerückt worden war. Zum anderen verbindet sich mit diesen Begriffen die Vorstellung vom italienischen Faschismus Mussolinis, der als antidemokratische Bewegung ohne Rassismus vom deutschen Nationalsozialismus erheblich abwich.

Geschichtsrevisionismus

Der Begriff Geschichtsrevisionismus bezeichnet die Leugnung oder Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen und der deutschen Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Revisionistische Positionen sind in unterschiedlicher Ausprägung bei nahezu allen rechtsextremistischen Organisationen nachweisbar. Sie sind ideologisches Bindeglied zwischen den verschiedenen Strömungen des Rechtsextremismus und zugleich ein wichtiges Element der historischen Identität.

tätsstiftung. Der Revisionismus will den historischen Nationalsozialismus zumindest tendenziell rehabilitieren und die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland delegitimieren.

2.3 Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus

Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Niedersachsen bestätigt den Trend der vergangenen Jahre, der von Organisationsschwäche, nachlassender Mobilisierungsfähigkeit und stark reduzierter öffentlicher Präsenz gekennzeichnet ist. Das Resultat ist ein tiefgreifender struktureller Wandel, von dem alle angestammten Beobachtungsfelder des Rechtsextremismus – Parteien, Subkultur, neonazistische Kameradschaften – gleichermaßen erfasst sind.

Rechtsextremistische Parteien

Besonders deutlich wird der beschriebene Trend im rechtsextremistischen Parteienbereich. Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) verliert seit Jahren kontinuierlich Mitglieder. Ihre Organisationsstruktur ist infolgedessen eher formaler Natur, als dass sie mit parteiinternem Leben gefüllt wird. Die in Junge Nationalisten (JN) umbenannte Jugendorganisation der NPD zählt lediglich zehn Personen; mit Ausnahme von Braunschweig existiert kein handlungsfähiger Stützpunkt in Niedersachsen.

Der im Jahr 2013 gegründete Landesverband der Partei Die Rechte hat von der Abwärtsentwicklung der NPD nicht profitieren können. Den fünf Kreisverbänden der Partei gehören nur 30 Mitglieder an. Aktivitäten gingen lediglich vom Kreisverband Süd-Ost Niedersachsen aus, der den „Tag der deutschen Zukunft“ (TddZ) in Goslar organisierte. Nach Durchführung des TddZ verließen die Mitglieder des Kreisverbandes jedoch die Partei Die Rechte, um sich den JN anzuschließen.



Neonazistische Kameradschaften

Auch die neonazistischen Kameradschaften, die noch vor zehn Jahren das Erscheinungsbild des Rechtsextremismus in Niedersachsen dominierten, haben stark an Bedeutung verloren. Den Bedeutungsverlust versuchen die Akteure durch die Bildung von Netzwerken über größere räumliche Entfernungen hinweg zu kompensieren. Hinzu kommt die Kooperation mit Mitgliedern der neonazistisch ausgerichteten Parteien NPD und Die Rechte. Es handelt sich jedoch um Allianzen der Schwäche und nicht der Stärke. Als regionale Schwerpunkte neonazistischer Aktivitäten sind mit Abstrichen das Emsland (Kameradschaft Amsivaren) und das südöstliche Niedersachsen (Neonaziszene Göttingen) hervorzuheben. Die Mitglieder der Gruppierung Kollektiv Nordharz lösten ihre Kameradschaft Anfang 2018 auf. Sie setzten ihre Aktivitäten zunächst in dem von ihnen gegründeten Kreisverband Süd-Ost Niedersachsen der Partei Die Rechte fort sowie später in anderen neonazistischen Zusammenhängen.

Neonazis aus Niedersachsen nehmen zwar an rechtsextremistischen Veranstaltungen in anderen Bundesländern teil, verfügen aber über keinen überregionalen ideologischen Einfluss. Ihre Gewaltbereitschaft sollte trotzdem nicht unterschätzt werden, wie das Beispiel der neonazistischen Gruppierung Nordadler verdeutlicht, gegen die u. a. wegen des Verdachts auf illegalen Waffenbesitz Durchsuchungsmaßnahmen veranlasst wurden. Nordadler betreibt in Mackenrode (Thüringen) ein Siedlungsprojekt. Der Gruppierung gehören auch Neonazis aus Niedersachsen an. Am Beispiel Nordadler lässt sich aufzeigen, dass aufgrund veränderter Kommunikationswege neue Organisations- und Rekrutierungsformen entstanden sind. Die Kontaktaufnahme erfolgt z. B. über Messenger-Dienste und nicht über das unmittelbare soziale Umfeld. Einige der Gefährdungssachverhalte, die von den Sicherheitsbehörden registriert werden, hatten einen solchen Ausgangspunkt.

Rechtsextremistische Subkultur

Die rechtsextremistische Subkultur gilt zwar im Vergleich zur neonazistischen Kameradschaftsszene als ideologisch weniger gefestigt, gleichwohl ist sie aber neonazistisch durchwirkt. Hinreichende Belege liefern die Liedtexte der rechtsextremistischen Musik, die häufig auf den historischen Nationalsozialismus Bezug nehmen, sowie

die Beteiligung von Neonazis an rechtsextremistischen Konzerten. Wegen ihrer Suggestivkraft wird die Feindbilder beschwörende Musik häufig als Werbemittel eingesetzt. Neonazistische Parteien und Organisationen versuchen, die Attraktivität ihrer Veranstaltungen durch Auftritte rechtsextremistischer Bands und Liedermacher zu erhöhen. Größere Konzerte, bei denen Rechtsextremisten aus verschiedenen Bundesländern zusammenkommen, dienen dem Zusammenhalt der Szene. Darüber hinaus sind sie ein lukratives Geschäftsmodell für rechtsextremistische Konzertveranstalter und Vertriebe. Niedersachsen ist nach wie vor keine Schwerpunktregion für Konzertveranstaltungen. Im Jahr 2018 wurden lediglich fünf Balladenabende in kleinem Rahmen durchgeführt. Auftritte von rechtsextremistischen Musikern aus Niedersachsen finden im eigenen Bundesland kaum statt. Daniel Giese aus dem Raum Meppen, der mit seinen Gruppen „Stahlgewitter“ und „Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten“ im Mittelpunkt rechtsextremistischer Großveranstaltungen steht, war im Berichtszeitraum in Niedersachsen ebenso wenig präsent wie die Gruppe „Kategorie C“, die bundesweit großen Zuspruch erfährt. Die geringe Anzahl von rechtsextremistischen Konzerten in Niedersachsen sollte nicht zu Fehlschlüssen verleiten. Durch die Verbreitung über Internetplattformen und soziale Medien erreichen rechtsextremistische Musikproduktionen einen Verbreitungskreis, der weit über Szeneangehörige hinausreicht. Die Auseinandersetzung mit den zum Teil offen hetzerischen, zum Teil subtilen, unterschwellig wirkenden fremdenfeindlichen Liedtexten ist deshalb nach wie vor ein wichtiger Bestandteil der Präventionsarbeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes, um der Verfestigung rechtsextremistischen Gedankenguts unter Jugendlichen entgegenzuwirken.

Identitäre Bewegung Deutschland

Die Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) und der seit September 2018 vom Niedersächsischen Verfassungsschutz beobachtete Landesverband der Jungen Alternative (JA) gehören nicht zum neonazistischen Bereich des Rechtsextremismus. Ideologisch orientieren sie sich nicht am historischen Nationalsozialismus. Gleichwohl liegt auch ihren antiindividualistischen Positionen ein ausgrenzendes, primär gegen Muslime und Migranten gerichtetes Denken in Kategorien ethnischer Homogenität zugrunde. Der Ethnopluralismus, der

diesen Positionen den theoretischen Rahmen gibt, propagiert die strikte räumliche und kulturelle Trennung der verschiedenen Ethnien. Als Abgrenzung zu rechtsextremistischen Organisationen, die in der Tradition des historischen Nationalsozialismus stehen, wird für diesen Bereich des Rechtsextremismus in der Literatur und in den Medien zumeist der Begriff Neue Rechte verwendet.

Zusammenfassung


So sehr die ideologischen Ansätze auch differieren, resultieren aus den beiden unterschiedlichen Konzeptionen von gesellschaftlicher Homogenität dennoch die in Teilen gleichen Kampagnenthemen: Agitation gegen Überfremdung, Einwanderung und die vermeintliche Islamisierung Deutschlands. Im Gegensatz zu Vertretern der Neuen Rechten propagieren Neonazis mit ihren Kernzielen Volksgemeinschaft und Führerstaat offen die Überwindung des demokratischen Rechtsstaats. Die Vertreter der Neuen Rechten vermeiden dagegen systemüberwindende Positionierungen. Die Realisierung ihrer Forderungen würde die Wertegebundenheit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unterminieren, ohne dass das staatliche Organisationsgefüge in Frage gestellt wird. Wegen dieser grundlegenden ideologischen Differenz sind feste Allianzen aus neonazistischen Organisationen und neurechten Zusammenschlüssen unwahrscheinlich. Bei einer Langzeitbetrachtung des Rechtsextremismus in Niedersachsen stehen als Entwicklungsmerkmale die zunehmende Heterogenität und Strukturlosigkeit der Szene hervor. Eine von den Szeneangehörigen anerkannte steuernde Organisation ist ebenso wenig erkennbar wie ein ideologischer Taktgeber. Zur Fragmentierung dürften in einem nicht unerheblichen Maße die veränderten Kommunikationsmittel und -formen beigetragen haben. Eine Trendumkehr zeichnet sich nicht ab. Die Zersplitterung erschwert die Bewertung des Rechtsextremismus durch die Sicherheitsbehörden. Es besteht die Gefahr der Bildung von Kleingruppen, die in einem Akt der Selbstermächtigung zur Verwirklichung politischer Ziele auch Gewalt anwenden.

Als zweites Entwicklungsszenario deutet sich in einigen ostdeutschen Bundesländern an, dass die heterogene rechtsextremistische Szene durch Aktionen und Kampagnen zumindest temporär Bewegungscharakter annehmen kann, wenn es ihr gelingt, Anschluss bei unzufriedenen Bürgerinnen und Bürgern aus dem nicht-extremisti-

schen Bereich zu finden. Ansätze von vergleichbarer Brisanz sind in Niedersachsen derzeit nicht zu beobachten. Ungeachtet von Kooperationen über Ländergrenzen hinweg weist der organisierte Rechtsextremismus zu viele regionale Spezifika auf, als dass pauschale Feststellungen über die Entwicklung in Deutschland insgesamt getroffen werden können. Im bundesweiten Vergleich, so viel lässt sich dennoch feststellen, ist Niedersachsen derzeit keine rechtsextremistische Schwerpunktregion.

Durch das Internet hat der Rechtsextremismus einen Resonanzraum erhalten, der weit über das rechtsextremistische Spektrum hinausreicht. Es ist das Massenmedium, über das Rechtsextremisten für ihre Ziele Propaganda betreiben können. Unabhängig von einer solchen organisatorischen Nutzung sind auf diversen Internetplattformen in zum Teil exzessiver Form hasserfüllte, menschenverachtende Einträge zu finden, die bestimmte gesellschaftliche Gruppen herabwürdigen und die ein Substrat für rechtsextremistische Kampagnen bilden oder zum Ausgangspunkt für neue Formen des Rechtsextremismus werden. Durch die virale Verbreitung solcher Einträge dringt der Rechtsextremismus tiefer in die Mitte der Gesellschaft ein. Bestimmte Internetplattformen wirken als Echokammern. Sie verstärken bestehende Einstellungsmuster durch den permanenten Dialog unter Gleichgesinnten, ohne dass eine Korrektur durch eine demokratische Öffentlichkeit erfolgen kann, weil diese Foren nicht auf Diskurs angelegt sind und stattdessen verschwörungstheoretische Sichtweisen pflegen. Durch die stereotype Wiederholung von Resentiments und die gezielte Abwertung von sozialen Minderheiten verfestigen sich Feindbilder. Es besteht die Gefahr, dass von solchen Echokammern Impulse für rechtsextremistische Straftaten ausgehen, zumindest aber bilden sie eine Legitimationsbasis zur Rechtfertigung militanter Handlungsweisen.

2.4 Subkulturell geprägte Rechts- extremisten / Rechtsextremisti- sche Musikszene

Gründung / Bestehen seit	1980er Jahre	
Struktur / Repräsentanz	Heterogenität der organisatorisch nicht gefestigten subkulturellen rechtsextremistischen Szene; eine Ausnahme bilden die Hammerskins mit einem festen hierarchischen Aufbau; viele Szeneangehörige im jugendlichen Alter	
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer	Bund: k. A. ⁷	Land: 590 
Veröffentlichungen	Publikationen: CD-Veröffentlichungen, Fanzines; Web-Angebote: Online-Versände, Bekanntmachung von Konzertterminen über Foren, Veröffentlichungen von Videos	
Kurzportrait / Ziele	<p>Der subkulturelle Bereich im Rechtsextremismus ist hauptsächlich von szenetypischer Musik und einem damit verbundenen – nicht selten gewaltorientierten – Lebensstil geprägt. Dabei zeigt die Entwicklung der letzten Jahre, dass die subkulturelle Szene zunehmend an eigenständiger Bedeutung verloren hat. Sichtbar wird dieser Wandel vor allem in dem fast vollständigen Verschwinden von rechtsextremistischen Skinheads aus dem öffentlichen Straßenbild, welche in den 1980er und 1990er Jahren die gewaltbereite rechtsextremistische Szene maßgeblich geprägt hatten.</p> <p>Zu beobachten sind stattdessen informelle, eher strukturlose Gruppen oder Personenzusammenschlüsse, die kaum regelmäßige Aktivitäten entfalten, die keinen festen Mitgliederstamm haben und die nur sporadisch auf sich aufmerksam machen. Die Grenzen zwischen den einzelnen Bereichen des Rechtsextremismus sind daher zusehends fließend und verschwommen, so dass</p>	

7 Für den Bund wird seit dem Jahr 2018 das Mitglieder-Potenzial der subkulturell geprägten Rechtsextremisten nicht mehr gesondert ausgewiesen; siehe Kapitel 2.1 Mitglieder-Potenzial.

eine Unterscheidung nach trennscharfen Kriterien immer schwieriger wird. Rechtsextremistische Einstellungsmuster sind von größerer Bedeutung als die organisatorische Anbindung an eine bestimmte Gruppierung. In der von Männern dominierten Szene spielen Frauen eine untergeordnete Rolle, auch wenn diese nicht zu vernachlässigen ist und in ihrer Bedeutung für die subkulturelle Szene nicht unterschätzt werden darf.

Die fremdenfeindliche Grundeinstellung von subkulturell geprägten Rechtsextremisten kommt dabei unreflektiert, häufig spontan und gewaltsam zum Ausdruck. Sie wird ausgelebt und nicht ideologisch im Sinne eines politischen Ansatzes überhöht. Eine wichtige Rolle spielt hier die rechtsextremistische Musik mit ihrer aufputschenden Wirkung. Sie vermittelt Feindbilder, aber keinen politischen Ansatz.

Rechtsextremistische Musik ist zugleich ein wesentlicher Faktor für die Ausprägung eines Gemeinschaftsgefühls bei den Szeneangehörigen. Rechtsextremistische Parteien nutzen rechtsextremistische Bands und Liedermacher, um ihre Veranstaltungen für ein jüngeres Publikum attraktiver zu gestalten. In Niedersachsen allerdings ist aufgrund der geringen Attraktivität und der politischen wie organisatorischen Schwäche der rechtsextremistischen Parteien eine derartige Feststellung nicht zu treffen. Allgemein hat die Musik jedoch den Zweck, rechtsextremistische Ideologie – auch an Außenstehende – zu vermitteln. Die Liedinhalte formulieren in plakativer, häufig hetzerischer Form die rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Einstellung der Szeneangehörigen.

Die Bandbreite rechtsextremistischer Musik erstreckt sich von Black Metal über Schlager bis zu Balladenmusik. Den größten Zuspruch erfährt unverändert die Stilrichtung Rock against Communism (RAC).

Finanzierung

Verkauf von rechtsextremistischen Tonträgern sowie Handel mit Devotionalien, darunter Kleidung, die mit rechtsextremistischen Aussagen bedruckt ist. Handel und Verkauf dienen teilweise gewöhnlicher Geschäftemacherei. Einnahmen aus Musikveranstaltungen dienen mitunter der Finanzierung von Aktivitäten.

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die Beobachtungswürdigkeit ergibt sich aus der fremdenfeindlichen Grundeinstellung und aus der Gewaltanwendung oder der Bereitschaft zur Gewalt, die für subkulturell geprägte Rechtsextremisten ein Ausdruck von Männlichkeit und Dominanz darstellt. Gewalt wird insbesondere unter Alkoholeinwirkung zuweilen hemmungslos, brutal und meistens spontan ausgelebt. Auch die Liedtexte rechtsextremistischer Musik fördern gewaltorientierte Aktivitäten; sie transportieren Gewaltphantasien, Aufrufe zu Gewalt oder vermitteln Feindbilder. Von eingängigen oder aufputschenden Melodien getragen können die Liedtexte eine suggestive Wirkung entwickeln. Hiermit richten sich subkulturell geprägte Rechtsextremisten gegen die im Grundgesetz verbrieften Freiheits-, Gleichheits- und Menschenrechte (Art. 1 - 4 GG) sowie gegen den demokratischen Rechtsstaat (Art. 20 GG). Damit sind sie verfassungsfeindlich; ihre Beobachtung richtet sich nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Rechtsextremistische Musikszene

Rechtsextremistische Musik ist für die subkulturelle Szene von einem hohen werbestrategischen Stellenwert. Gleiches gilt für die neonazistische Szene und für rechtsextremistische Parteien wie NPD, Die Rechte und Der III. Weg. Musik hat insbesondere für den Einstieg in die rechtsextremistische Szene eine wichtige Funktion. In einem Interview mit der rechtsextremistischen Internetpublikation „Frontmagazin“ aus dem Oktober 2017 beschreibt der Sänger der Band „FLAK“ (Nordrhein-Westfalen) seine ersten Kontakte mit der rechtsextremistischen Szene wie folgt:

„Die Jungs waren einige Jahre älter. ... [Sie] gaben mir auch die ersten revisionistischen Schriften, stellten mir alternative Antworten auf meine jugendlichen Fragen vor und besuchten mit mir etliche Konzerte. ... und so kann man sagen, dass ich über die Musik in wirklich politische aktive Kreise gelangte.“

(Interview mit dem Sänger der Band „FLAK“, in: „Frontmagazin“, 07.10.2017)

Damit ist rechtsextremistische Musik ein wesentlicher Faktor für die Ausprägung eines Gemeinschaftsgefühls bei den Szeneangehörigen und dient darüber hinaus dem Zweck, rechtsextremistische Ideologien – auch an Außenstehende – zu vermitteln. Dazu erklärt der o. g. Musiker in einem Interview aus dem September 2018 mit der neonazistischen Zeitschrift „N.S. heute“:

„Musik ist für mich das beste Flugblatt, solange in der Musik auch tatsächlich weltanschauliche Inhalte transportiert werden. Denn ein bewegendes Lied hört man sich öfter an, als das beste Flugblatt gelesen werden würde.“

(Interview mit dem Sänger der Band „FLAK“, in: „N.S. heute“, Ausgabe 11, September 2018, Seite 20)

Die Anzahl der Zugriffe auf rechtsextremistische Musikvideos im Internet weist darauf hin, dass die Verbreitung der Musik weit über das registrierte rechtsextremistische Personenpotenzial hinausreicht. Besonders angesprochen fühlen sich Jugendliche, die ihre soziale Situation in den Liedtexten widergespiegelt finden und die nach Integration in eine Gruppe Gleichgesinnter streben. Die Konfrontation mit rechtsextremistischer Musik kann den Beginn einer Entwicklung markieren, in deren Verlauf sich Jugendliche zunehmend mit der rechtsextremistischen Szene identifizieren. Die Auseinandersetzung mit der rechtsextremistischen Musik ist deshalb seit mehreren Jahren ein Schwerpunkt der präventiven Verfassungsschutzarbeit.⁸

Neben der altbekannten Vermittlung von Ideologieelementen und Feindbildern greift die rechtsextremistische Musikszene im Jahr 2018 vermehrt eine Thematik in ihren Liedtexten auf, die nahezu die gesamte rechtsextremistische Szene beschäftigt: zum einen die szeneeigene Mobilisierungsschwäche, zum anderen die Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit bestimmten politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Diese Musiktexte richten sich an Personen innerhalb und außerhalb der rechtsextremistischen Szene und fordern zur Zusammenarbeit bzw. zu gemeinsamen Aktionen auf. Damit soll ein Tabu gebrochen werden, das ein Zusammenwirken dieser über lange Zeit strikt voneinander getrennten Kreise ausschloss. Ein Beispiel hierfür ist das Lied „Lasst uns etwas bewegen“ des Liedermachers „Torstein“ (Thüringen):



*„Erhebe Deine Stimme, erhebe Deine Faust.
Hab den Mut etwas zu wagen, mach die Schnauze auf!“
Wer, wenn nicht wir – wann, wenn nicht jetzt?
Lasst uns etwas bewegen, aus dem Dunkel dieser Zeit – der Sonne
entgegen!*

...

*Wir sind der Anfang nicht das Ende, doch fast die letzten unserer Art.
Denn den Mord an unserem Volke hat man längst schon offenbart.
Sie predigen die Lüge, zwingen uns ihr Dogma auf
Und genau jetzt liegt es an Dir, mach Deine Schnauze auf.“*

Eine sowohl in der rechtsextremistischen Szene als auch in Teilen der Bevölkerung weitverbreitete Denkweise, die nicht zwischen der Religion des Islams auf der einen Seite und den Gewalttaten islamistischer Terroristen andererseits unterscheidet, wird mit dem Lied „Islam heißt Frieden“ der Gruppe „Sturmwehr“ (Nordrhein-Westfalen) untermauert:

*„Sie kommen mit der Axt oder Machete,
oder mit ´nem Sprengstoffgürtel zu ´ner Fete.*

...

*Das macht kein Hindu, Christ oder Buddhist,
das macht nur gern der Islamist.*

...

*Sieh die Blutbäder auf der ganzen Welt.
Doch der Koran wird weiter ausgestellt.
Ob in der Fußgängerzone, im world wide web.
Islamismus sei böse, doch der Islam ganz nett.*

...

Islam heißt Frieden und Elefanten können fliegen.“

Die Produzenten solcher Musik lassen Tonträger vor ihrem Erscheinen durch Rechtsanwälte auf mögliche Rechtsverstöße überprüfen, um Indizierungsmaßnahmen, strafrechtliche Verfahren und damit einhergehende Geschäftsverluste zu vermeiden. Strafrechtlich relevante CDs, deren Anteil weniger als zehn Prozent beträgt, werden bis auf wenige Ausnahmen im Ausland produziert.

Nach wie vor erscheinen Tonträger, die nur szeneyntern und nicht über offen zugängliche Szenevertriebe verkauft werden. Da eine

Strafverfolgung hier fast nicht möglich ist, äußern die Bandmitglieder in den Texten offen ihr fremdenfeindliches, antisemitisches und rassistisches Gedankengut. Häufig wird offen zur Gewalt gegen die von der Szene als Feinde betrachteten Personen aufgerufen und diese bedroht. Derartige Tonträger werden von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) regelmäßig geprüft und gegebenenfalls als jugendgefährdend und möglicherweise strafrechtlich relevant bewertet und indiziert.

Immer häufiger werden neue Tonträger kurz nach ihrer Veröffentlichung in Download-Portalen oder in sozialen Netzwerken im Internet angeboten und gratis zur Verfügung gestellt. Diese Entwicklung bedeutet zwar einerseits die Möglichkeit, einen größeren Verbreitungsgrad rechtsextremistischer Musik über die Szene hinaus zu erreichen. Andererseits führt das kostenfreie Herunterladen aus dem Internet zu finanziellen Einbußen der betroffenen Bands und Musiker, die wiederum befürchten, weniger CDs zu verkaufen und die Produktionskosten nicht mehr decken zu können. Der rechtsextremistische Versand „Exzess Records“ (Brandenburg) äußert sich auf seiner Facebook-Seite hierzu folgendermaßen:

„Musik ist eine Waffe! ... Ein Daumen hoch bei Facebook bringt nicht viel, Youtubevideos ansehen ebenso wenig, CDs brennen schon gar nicht und kostenlos illegal runterladen und verbreiten erst recht nicht! Was glaubt ihr was das alles kostet? Nutzt die Möglichkeit und kauft Originale Tonträger der Bands ..., bevor sich Labels und Versände die nächsten Produktionen nicht mehr leisten wollen.“

(Facebook-Seite des Versandes „Exzess Records“, 18.04.2018)

Die rechtsextremistische Publikation „Frontmagazin“ bezeichnet in ihrem Artikel „Bis zum letzten Ton...“ die „Neuen Medien“ als das „schlimmste Schandwerkzeug“, mit dem der rechtsextremistische Musikmarkt vernichtet werde, und erklärt die Download-Portale zur „Keimzelle verbrecherischer Machenschaften mit dem Eigentum von Labels und Künstlern.“

Die Anzahl rechtsextremistischer Musikgruppen hat sich bundesweit in den letzten Jahren mit rund 180 kaum verändert. Dabei handelt es sich nicht um einen permanent gleichbleibenden Kreis von Mu-

sikgruppen. Viele Bands bestehen nur für kurze Zeit. Mitunter finden sich Mitglieder rechtsextremistischer Bands unter neuem Namen einmalig für Musikprojekte zusammen.

Bundesweit fanden 60 Musikveranstaltungen (2017: 68) statt. Der regionale Schwerpunkt rechtsextremistischer Konzerte lag in Sachsen und Thüringen. In Niedersachsen gab es kein Konzert.⁹

Die unverändert geringe Anzahl rechtsextremistischer Musikveranstaltungen ist u. a. auf Wegfall bisher genutzter Veranstaltungslokalitäten und die Verunsicherung der rechtsextremistischen Szene durch zahlreiche Exekutivmaßnahmen der Sicherheitsbehörden zurückzuführen.

Die in Deutschland zumeist konspirativ organisierten rechtsextremistischen Musikveranstaltungen werden durchschnittlich von 100 bis 150 Personen besucht. Die Ankündigungen für diese Konzerte erreichen in der Regel nur Szeneangehörige, so dass eine Werbewirkung für Interessierte ohne Szenebezug nahezu ausgeschlossen ist.

Ein fortlaufender Trend ist die Durchführung rechtsextremistischer Großveranstaltungen mit Musikdarbietungen namhafter Szenebands als zentralem Bestandteil, die von Wortbeiträgen einschlägiger Redner flankiert werden. Diese Veranstaltungen sind als politische Kundgebungen angemeldet und lassen sich daher nur schwer verbieten. Wegen des erhöhten Organisationsaufwandes und des finanziellen Risikos sind die Organisatoren in diesen Fällen bereit, die Veranstaltung bei den Ordnungsbehörden anzumelden und die staatlichen Auflagen einzuhalten. Eine dieser politischen Kundgebungen fand unter dem Motto „Tage der nationalen Bewegung“ am 08. und 09.06.2018 in Themar (Thüringen) statt.¹⁰ Das Veranstaltungsgelände war im Vorjahr bereits für eine von rund 6.000 Personen be-



9 Siehe „Rechtsextremistische Konzerte und Liederabende in Niedersachsen“.

10 Siehe Kapitel 2.5, „Nordland Sanitätsdienst / Freies Oldenburg“.

suchte gleichgelagerte Kundgebung genutzt worden. An der von einem Berliner NPD-Funktionär angemeldeten Veranstaltung nahmen am 08.06.2018 rund 1.000 und am 09.06.2018 etwa 2.250 Personen teil. Neben populären rechtsextremistischen Bands wie „Die Lunikoff Verschwörung“ (Berlin) und „Brutal Attack“ (Großbritannien) traten auch die niedersächsischen Gruppen „Kategorie C“ und „Nahkampf“ auf, bei denen es sich um Projekte des Sängers Hannes Ostendorf (Lilienthal, Landkreis Osterholz) handelt. Eine weitere politische Kundgebung war von einem Thüringer Rechtsextremisten für den 25.08.2018 in Mattstedt (Thüringen) unter dem Motto „Rock gegen Überfremdung III“ angemeldet worden. Als Höhepunkt der Veranstaltung wurde ein Auftritt von Daniel Giese (Meppen, Landkreis Emsland) mit seinem Projekt „Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten“ beworben. Der Veranstalter ging von mehreren Tausend Teilnehmenden aus. Die Veranstaltung wurde kurz vor Beginn wegen Sicherstellung des Veranstaltungsgeländes durch das örtlich zuständige Ordnungsamt vom Veranstalter abgesagt. Grundlage der behördlichen Maßnahme waren unklare Eigentumsverhältnisse der Liegenschaft.



Als Ersatzveranstaltungen plante derselbe Organisator zwei Kundgebungen im Oktober 2018. Unter dem Motto „Rocktoberfest gegen Überfremdung“ (05.10.2018) und „Rock gegen Überfremdung III“ (06.10.2018) hatte dieser die Musik- und Rednerveranstaltungen zunächst für Apolda (Thüringen) und später auch für Magdala (Thüringen) angemeldet. Am 05.10.2018 untersagte die Versammlungsbehörde die Nutzung der einzigen Zuwegung zum geplanten Veranstaltungsgelände in Magdala und verhinderte die Nutzung der bereits aufgebauten Bühnen- und Veranstaltungstechnik. Die Veranstaltung fand daraufhin mit gekürztem Programm auf einem abgegrenzten Teil des Marktplatzes in Apolda statt. Mit behelfsmäßigem Musikequipment traten vor etwa 750 Teilnehmenden ein Liedermacher und die Band „Division Germania“ (Nordrhein-Westfalen) auf, die anschließend gemeinsam mit Giese spielten. Giese präsentierte einige Lieder seiner Band „Stahlgewitter“. Am 06.10.2018 nahmen rund 800 Personen an der Veranstaltung teil. Nachdem es bereits bei Einlasskontrollen der Polizei zu Auseinandersetzungen mit wartenden Teilnehmenden gekommen war, folgten im weiteren Verlauf massive Übergriffe der Teilnehmer auf die Polizei. Um einer anstehenden polizeilichen Auflösung der Versammlung zuvorzukommen, wurde diese durch die Veranstalter aufgelöst.

**ROCKTOBERFEST
GEGEN
ÜBERFREMDUNG**

FREITAG 05. OKTOBER 2018

MUSIKBEITRÄGE	REDNER
Gigi <small>Al. Steinhilber Synchronstimme</small>	CHRISTIAN HÄGER
Division Germania	SVEN SKODA
soto	DIETER REFLING
	SEBASTIAN SCHMIDTKE

**BEGINN: 18 UHR
ENDE: 1 UHR**

WWW.ROCK-GEGEN-UEBERFREMDUNG.DE

**ROCK GEGEN
ÜBERFREMDUNG III**

SONNABEND 06. OKTOBER 2018

MUSIKBEITRÄGE	REDNER
Stahlgewitter	FRANK KRAEMER
Die Lunikoff	SVEN SKODA
Die Kahlkopflindegger	DIETER REFLING
ÜBERMENSCH	SEBASTIAN SCHMIDTKE
F.I.E.T. soto	MICHAEL BRUCK
	CHRISTIAN HÄGER
	SASCHA KRÖLZIG
	BALDUR LANGGART
	ALEX VON KON

**BEGINN: 12 UHR
ENDE: 1 UHR**

WWW.ROCK-GEGEN-UEBERFREMDUNG.DE

Rechtsextremistische Musik in Niedersachsen

Im Jahr 2018 waren fünf niedersächsische Musikgruppen aktiv.

„Stahlgewitter“ / „Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten“

Wie bereits bei der Veranstaltung am 15.07.2017 in Themar (Thüringen), bei der Daniel „Gigi“ Giese mit seiner Gruppe „Stahlgewitter“ hauptverantwortlich für die hohe Teilnehmerzahl (6.000) war, sollte die Ankündigung seines Auftritts mit dem Bandprojekt „Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten“ am 25.08.2018 in Mattstedt (Thüringen) dem Veranstalter eine große Teilnehmerzahl gewährleisten. Ein Auftrittsverbot, welches die Versammlungsbehörde wegen der Vielzahl indizierter Tonträger ausgesprochen hatte, die Giese zugeordnet werden, wurde vom zuständigen Verwaltungsgericht aufgehoben. Nach Absage der Kundgebung in Mattstedt trat Giese am 05.10.2018 auf der Ersatzveranstaltung in Apolda (Thüringen) auf. Unterstützt von der Band „Division Germania“ (Nordrhein-Westfalen) trug er einige Lieder von „Stahlgewitter“ vor. Einen weiteren Auftritt des Sängers aus dem Raum Meppen (Landkreis Emsland) gab es zuvor am 13.07.2018 bei einer politischen Kundgebung in Kloster Veßra (Thüringen). Die Veranstaltung fand in einer Lokalität mit Szenebezug statt.



Im November 2018 veröffentlichte Giese zwei neue Tonträger mit seinem Projekt „Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten“.¹¹ Auf der Mini-CD „Vereinte Kriminelligung“ singt er einige Lieder gemeinsam mit Michael „Lunikoff“ Regener (Berlin). Gegen beide Sänger wurde bereits mehrfach wegen Volksverhetzung (§ 130 StGB) ermittelt; eine Vielzahl ihrer Tonträger ist wegen rechtsextremistischer Inhalte indiziert. Diese Indizierung wird im Titellied der CD thematisiert. Die Musiker beschuldigen darin den deutschen Staat, von Israel fremdgesteuert zu sein. Beweis seien die staatlichen Maßnahmen gegen ihre Liedtexte, also gegen das Verbreiten rechtsextremistischer Ideologie, mit denen die Meinungsfreiheit einschränkt werde. Giese und Regener bedienen damit eine antisemitische Verschwörungstheorie, die in der rechtsextremistischen Szene weit verbreitet ist.



*„Wir sind ne Kriminelle Vereinigung
Weil man wahre Worte spricht.
Und immer wieder gibt es die Bescheinigung:
Meinungsfreiheit gibt's hier nicht.
Ihr holt euch die Befehle immer schön aus Israel.
Mit dem Messer an der Kehle, sonst gibt es was aufs Fell.
Was ihr auch immer schwafelt, ihr bleibt ein Scheiß-Verein
Und die die größte kriminelle Vereinigung seid ihr selber ganz allein.“*

Während dieser Tonträger von mehreren rechtsextremistischen Vertrieben angeboten wird, war die zweite Veröffentlichung „50 Reichsmark – In Reichsmark zurück“ ausschließlich bei dem Versand Das Zeughaus (Lingen/Ems) zu beziehen, der auch für beide Produktionen verantwortlich ist. Die CD mit lediglich drei Liedern wurde den ersten 500 Bestellungen der CD „Vereinte Kriminelligung“ kostenlos beigelegt. Auf der CD versucht sich Giese auch erstmalig an der Musikrichtung Rap.



Darüber hinaus wurde der im Jahr 2014 erschienene und im Jahr 2017 von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indizierte Tonträger „Rattenfänger“ des Bandprojektes „Gigi &

¹¹ Bereits in den Vorjahren waren neue Tonträger seiner Bands „Stahlgewitter“ und „Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten“ erschienen.

Die Braunen Stadtmusikanten“ neu aufgelegt. Es wurden jedoch drei Lieder der Ursprungs-CD gestrichen und fünf Lieder des ebenfalls im Jahr 2017 indizierten Tonträgers „Was von Meinungsfreiheit bleibt“ hinzugefügt. Die wiederaufgelegten Lieder waren für die jeweilige Entscheidung zur Indizierung der früheren Tonträger nicht erheblich. Im Oktober 2018 veröffentlichte Giese zudem ein Musikvideo. Als „Gigi & Die Moormusikanten“ thematisierte er mit sarkastischem Unterton in dem Lied „Hier brennt das Moor“ den im September 2018 durch Bundeswehrübungen verursachten Moorbrand im Raum Meppen.

Die verschiedenen Projekte von Daniel Giese finden seit vielen Jahren große Beachtung in der rechtsextremistischen Szene. Dies betrifft sowohl die durchaus versierten musikalischen Darbietungen als auch die rechtsextremistischen Texte, die sich zuweilen an der Grenze der Strafbarkeit bewegen. Der Sänger und Gitarrist der Gruppe „FLAK“, der am 13.07.2018 als Bandmitglied von „Stahlgewitter“ zusammen mit Giese in Kloster Veßra (Thüringen) aufgetreten war, erklärte hierzu: „Stahlgewitter ist die größte nationalistische Band weltweit.“

„Kategorie C“ / „Nahkampf“

Die Bands „Kategorie C“ und „Nahkampf“ sind Projekte um den Sänger Hannes Ostendorf (Lilienthal, Landkreis Osterholz). Die Bandmitglieder sind in beiden Musikgruppen identisch. Die Band „Kategorie C“, die ihren Ursprung in der Bremer Hooliganszene hat, ist mit einer Vielzahl an Auftritten die aktivste niedersächsische Band, wovon Sänger und Gitarrist der Gruppe als Balladen-Duo den überwiegenden Teil der Auftritte im Berichtsjahr absolviert haben. An Veranstaltungen, bei denen ausschließlich die Band oder das Duo auftritt, nehmen selten mehr als 50 Personen teil. Auftritte vor größerem Publikum gelingen nur bei Veranstaltungen mit weiteren namhaften Musikgruppen der rechtsextremistischen Szene wie am 08. und 09.06.2018 in Themar (Thüringen). Während die Texte der Band „Kategorie C“ oftmals eher unpolitisch sind und hier der Fußballbezug sowie die Gewaltbereitschaft von Hooligans im Vordergrund steht, bilden bei den Texten der Band „Nahkampf“ politische Themen den Schwerpunkt.

Die Band „Kategorie C“ veröffentlichte im Herbst 2018 den Tonträger „Hooligans“. Der Sampler beinhaltet ausschließlich von Hooligan-Bands eingespielte Lieder, darunter ein Beitrag von „Kategorie C“. Die Gruppe hat auf die Gewalttat im August 2018 in Chemnitz (Sachsen) mit dem Lied „Chemnitz ist überall“ reagiert. Nach der gewalttätigen Auseinandersetzung im September 2018 in Köthen (Sachsen-Anhalt) wurde in dem Lied lediglich der Name der Stadt ausgetauscht und unter dem Titel „Köthen ist überall“ verbreitet.

Der Sänger Ostendorf veröffentlichte im Frühjahr 2018 als „Hannes“ das Solo-Album „Auf nach Walhalla“. In dem Lied „Ihr gegen mich“, das als Selbstverständnis zu verstehen ist, beschreibt er beispielsweise seinen Umgang mit der Berichterstattung über ihn:

*„Ich bin es gewohnt, lasst es doch einfach sein.
Mich könnt ihr nie verbiegen, es bleibt dabei.
Ich bin für Medien und Gerichte immer unbequem.
Ein Mann kämpft gegen ein ganzes System.“*



Auch die Band „Nahkampf“ hat im Jahr 2018 einen neuen Tonträger produziert. Ende Oktober wurde die CD „Totgesagte leben länger“ veröffentlicht. Die Liedtexte verdeutlichen die rechtsextremistische Einstellung der Bandmitglieder. So wird in dem Lied „Un austauschbar“ Angst vor in Deutschland lebenden Flüchtlingen und Asylbewerbern geschürt, wobei diese pauschal als Mörder und Räuber verunglimpft werden. Im weiteren Verlauf des Liedes werden die Regierungsmitglieder als „Grokomarionetten“ tituiert und in szenetypischer Argumentationsweise der angeblich drohende Untergang des deutschen Volkes propagiert:



*„Der Plan, ein wurzelloses Volk.
Deutsche sind hier nicht mehr gewollt.
Umvolkung ist die Hauptagenda,
doch nur Deutsche sind deutsch unaustauschbar!“*

Neben den Musikprojekten betreibt Ostendorf für „Kategorie C“ einen eigenen Online-Versand, bei dem Tonträger und umfangreiche Devotionalien seiner Bandprojekte angeboten werden. In Ergänzung dazu unterhält die Band eine eigene Applikation für mobile Endgeräte (App). Durch dieses Angebot wird deutlich, dass ein Hauptinteresse Ostendorfs in der Gewinnoptimierung liegt.



„Gassenraudi“

Nachdem im Jahr 2017 lediglich der Sänger der aus dem Raum Braunschweig stammenden Band als Liedermacher in Erscheinung getreten war, veröffentlichte nun die dreiköpfige Band im Jahr 2018 den Tonträger „Phonophobie“. Des Weiteren war die Gruppe mit einem Beitrag auf dem Sampler „10. Tag der deutschen Zukunft“ vertreten, der anlässlich der neonazistischen Demonstration „Tag der deutschen Zukunft“ am 02.06.2018 in Goslar¹² herausgegeben worden war. Die Band offenbart ihre rechtsextremistische Einstellung u.

a. in dem Lied „Wenn’s dunkelt“ von der oben genannten CD. Neben Textpassagen mit fremdenfeindlichen und rassistischen Inhalten zeigt sich ein jüdenfeindliches Weltbild der Gruppe, das auf szenetypische Zuschreibungen wie „Raffgier“ und „Streben nach der Weltherrschaft“ zurückgreift:

„Wenn es dunkel wird, wenn es dunkel wird, zählt der Kaufmann sein Geld.

...

Und weil ihm das nicht reicht, greift er nach der Welt.

...

Frag mich nicht warum mein Kind, das liegt daran, dass sie halt anders sind,

sie kaufen das allerletzte Klavier, weil sie nicht so sind wie wir.

Der Liedtext endet mit einem Fazit, das als Aufruf zur Gewalt zu verstehen ist:

¹² Siehe Kapitel 2.5, „Kollektiv Nordharz“.

„Wenn es dunkel wird, wenn es dunkel wird, ziehen Bürger durch die Stadt.

...

Sie haben die Schnauze voll, sie haben es so satt.

Wenn es dunkel wird gibt's Knüppel aus dem Sack.

Frag mich ruhig warum mein Kind, das liegt daran, dass wir halt besser sind.

Wir spielen Goethe auf dem Klavier, weil wir besser sind als ihr!“

Rechtsextremistische Konzerte und Liederabende in Niedersachsen

Die Strategie zur Durchführung rechtsextremistischer Konzerte hat sich gegenüber den Vorjahren nicht geändert. Konzerte finden wie bisher vornehmlich in kleineren Orten statt. Raumanmietungen erfolgen häufig unter dem Vorwand, eine von Musikdarbietungen umrahmte Geburtstagsfeier durchführen zu wollen. Einige Veranstalter sind als Reaktion auf Exekutivmaßnahmen der Polizei dazu übergegangen, mit Ausweichstätten zu planen. Im Eventualfall werden Besucher dann per SMS oder Instant Messaging Diensten über einen Zwischentreffpunkt zur Ausweichstätte umdirigiert. Mit solch umfangreichen Vorplanungen versuchen die Veranstalter, ihr Geschäftsrisiko zu reduzieren.

In Niedersachsen wurde im Jahr 2018 kein Konzert durchgeführt (2017: 1).

Eine geplante rechtsextremistische Musikveranstaltung für den 03.03.2018 im Emsland wurde von den Sicherheitsbehörden verhindert. Der Veranstalter führte daraufhin die Veranstaltung in einer Ausweichlokalität in Nordrhein-Westfalen durch.

Die Anzahl der Lieder- und Balladenabende ist im Vergleich zum Vorjahr von acht auf fünf Veranstaltungen gesunken. Veranstaltungen dieser Art bedürfen eines geringeren organisatorischen Aufwandes als Skinheadkonzerte, erreichen jedoch nur einen kleinen Personenkreis. Sie werden deshalb häufig ohne öffentliche Wahrnehmung durchgeführt. Lieder- und Balladenabende unterscheiden sich sowohl in ihrem musikalischen Charakter als auch in ihrer Funktion deutlich von Skinheadkonzerten. Die Sänger verzichten auf

eine Verstärkeranlage und begleiten sich lediglich auf einer akustischen Gitarre. Bedeutsamer als die Musik ist der ideologische Gehalt der vorgetragenen Texte. Stattgefunden haben Liederabende am 17.02.2018 in Karlshöfen (Landkreis Rotenburg), am 24.02.2018 in Beinum (Salzgitter) sowie in Lingen (Landkreis Emsland), am 05.05.2018 in Fürstenau (Landkreis Osnabrück) und am 13.10.2018 in Quendorf (Landkreis Grafschaft Bentheim).

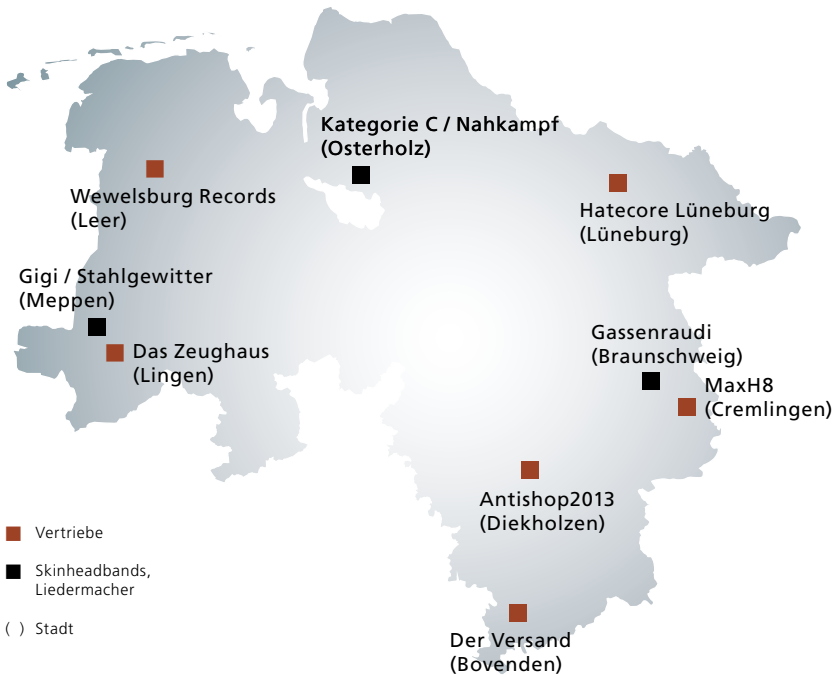
Rechtsextremistische Vertriebe

Die Nachfrage der rechtsextremistischen Szene nach Tonträgern, Druckerzeugnissen und Bekleidung sowie weiteren szenetypischen Artikeln wird durch rechtsextremistische Vertriebe bedient, die insbesondere über das Internet ein permanent aktualisiertes Angebot bereithalten. Die unverändert hohe Anzahl an Vertrieben zeigt, dass sich der subkulturelle Bereich als fester Bestandteil des Rechtsextremismus etabliert hat. Wichtige deutsche Vertriebe sind Front Records, PC Records und OPOS Records (alle Sachsen) sowie Rebel Records (Brandenburg). Die Betreiber sind oftmals zugleich Mitglieder rechtsextremistischer Bands oder treten als Veranstalter rechtsextremistischer Konzerte in Erscheinung, bei denen sie ihr Warenangebot offerieren. Strafrechtlich relevante oder indizierte Produktionen befinden sich im Angebot ausländischer Vertriebe, die die Nachfrage in Deutschland über das Internet bedienen. Zu nennen sind ISD Records und NSM 88. Das Angebot umfasst beispielsweise Tonträger der Bands „Landser“ (Berlin) und „Race War“ (Baden-Württemberg), deren Mitglieder in Deutschland wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung am 22.12.2003 bzw. am 22.11.2006 verurteilt worden sind.

Niedersächsische Vertriebe

In Niedersachsen sind sechs Vertriebe ansässig: Antishop2013 (Diekholzen), Der Versand (Bovenden), Hatecore Lüneburg (Lüneburg), MaxH8 (Cremlingen) und Wewelsburg Records (Leer). Alle genannten Vertriebe spielen in der Szene eine eher untergeordnete Rolle, weil sie Produktionen weniger namhafter Musikbands vertreiben und damit auch einen geringeren Umsatz verzeichnen. Eine Ausnahme bildet der Versand Das Zeughaus (Lingen/Ems). Neben den veröffentlichten Tonträgern der Musikprojekte von Daniel Giese (u.

a. von „Stahlgewitter“ und „Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten“) werden Devotionalien der Bands angeboten, die ausschließlich in diesem Onlineversand erhältlich sind. Der Versand war bei dem Skinheadkonzert am 15.10.2016 in der Schweiz¹³ mit einem großen Verkaufsstand vertreten und präsentierte auch bei der Großveranstaltung am 15.07.2017 in Themar (Thüringen)¹⁴ seine Produkte. Dadurch dürfte Das Zeughaus seinen Bekanntheitsgrad innerhalb der rechtsextremistischen Szene maßgeblich gesteigert haben. Auch der stetig steigende Anteil von Tonträgern, die durch Das Zeughaus produziert werden, unterstreicht dessen erhöhte Reputation. Für die geplante Großveranstaltung am 25.08.2018 in Mattstedt (Thüringen) waren die Eintrittskarten ausschließlich über diesen Versand zu beziehen. Im September 2018 verlagerte der Betreiber den Sitz des Versandes nach Bayern.



¹³ Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2016, Seite 40.

¹⁴ Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2017, Seite 50f.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die subkulturelle Szene verlangt kein stringentes politisches Engagement, sondern stellt in erster Linie ein Angebot zur Freizeitgestaltung dar. Zu diesem Bereich des Rechtsextremismus liegt die Zugangsschwelle für jüngere Personen mit einer fremdenfeindlichen Grundeinstellung am niedrigsten. Rechtsextremistische Musik ist dabei nach wie vor ein wichtiges Medium für die Rekrutierung neuer Anhänger sowie für die Radikalisierung innerhalb der rechtsextremistischen Szene. Mit den Liedtexten werden zumeist rassistische, antisemitische und antidemokratische Ideologien proklamiert. Rechtsextremistische Musikveranstaltungen fördern das Gemeinschaftsgefühl von Szeneangehörigen insbesondere gegenüber der als feindlich empfundenen Umwelt. In der Vergangenheit wurde in den Liedtexten vorrangig die NS-Zeit glorifiziert. Heute ist bei neuen Produktionen oftmals ein Bezug zur aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklung festzustellen.

Die bundesweite Anzahl der Skinheadkonzerte stagniert seit mehreren Jahren auf niedrigem Niveau. Die durchschnittliche Besucherzahl bei solchen Konzerten bewegt sich im unteren dreistelligen Bereich. Eine Ausnahme hiervon stellen die als politische Kundgebung angemeldeten Großveranstaltungen dar. Nachdem an der Kundgebung am 15.07.2017 noch 6.000 Personen mobilisiert werden konnten, verzeichnete die zweitägige Veranstaltung im Juni 2018 insgesamt nur noch 3.250 Teilnehmende. Bei solchen Veranstaltungen werden behördliche Auflagen von den Anmeldern berücksichtigt, eine Verhinderung hierdurch erschwert. Die Verhinderung der geplanten Großveranstaltungen in Mattstedt und Magdala (beide Thüringen) dürfte bei potenziellen Organisatoren zu Verunsicherung geführt haben. Sie tragen in der Regel ein erhebliches finanzielles Risiko, dass sich aus finanziellen Vorleistungen für Logistik und Gagen für die Bands ergibt. Wird ein solch planungsintensives Ereignis verhindert, entgeht den Veranstaltern die Gegenfinanzierung durch einkalkulierte Einnahmen aus dem Kartenverkauf an der Abendkasse sowie dem Verkauf von Speisen und Getränken. Die Bereitschaft, ein solches finanzielles Wagnis einzugehen, nimmt dadurch ab. Des Weiteren verschlechtert sich das Ansehen der Veranstalter innerhalb der Szene auch im Hinblick auf künftige Veranstaltungen. Waren

bislang die Großveranstaltungen für die Teilnehmer planungssicher, sind hier etliche Besucher zweimal vergebens angereist. Obgleich sind auch für das Jahr 2019 derartige politische Kundgebungen zu erwarten, die als Deckmantel rechtsextremistischer Konzerte dienen.

Die rechtsextremistische Musikszene in Niedersachsen ist als weitgehend inaktiv zu bezeichnen. Die Anzahl aktiver Bands hat sich im Jahr 2018 verringert. Erwähnenswert ist der Sänger Daniel Giese, dessen verschiedene Projekte seit vielen Jahren große Beachtung in der rechtsextremistischen Szene finden. Niedersächsische Vertriebe haben bundesweit keinen großen Stellenwert. Eine Ausnahme hiervon stellt der Versand Das Zeughaus dar, der allerdings seinen Sitz im September 2018 nach Bayern verlagerte.

Um den gestiegenen Ansprüchen der Hörerschaft zu genügen, sind kostspielige Produktionen in professionellen Tonstudios sowie aufwändig gestaltete Booklets erforderlich. Video- und Download-Portale lassen hingegen die Verkaufszahlen von Tonträgern und damit die Einnahmen der Bands und Vertriebe zurückgehen. Hierdurch reduziert sich auch das finanzielle Potenzial der rechtsextremistischen Szene, was sich nicht zuletzt in den oben zitierten Aussagen zu Streaming-Diensten und Download-Portalen widerspiegelt.

2.5 Neonazistische Szene

Sitz / Verbreitung	Niedersachsenweit; Schwerpunkte in den Regionen Braunschweig, Hannover / Hildesheim, Oldenburg, Ostfriesland / Emsland, Südniedersachsen / Harz
Gründung / Bestehen seit	1970er Jahre
Struktur / Repräsentanz	Örtlich und regional unterschiedlich ausgeprägte Strukturen in Form von Aktionsgruppen, informellen Netzwerken, Kameradschaften oder Kreisverbänden der Partei Die Rechte; hinzu kommen überwiegend virtuelle Präsenzen

Mitglieder /
Anhänger /
Unterstützer

Bund: k. A.¹⁵

Land: 260 ↗

Veröffentlichungen

Web-Angebote: Internetseiten, Blogs, Profile in sozialen Netzwerken und Kurznachrichtendiensten; Broschüren, Aufkleber, Flugblätter

Kurzportrait / Ziele

Kennzeichnend für die neonazistische Szene in Niedersachsen ist die Verzahnung mit subkulturell geprägten Rechtsextremisten sowie mit der in Parteien organisierten rechtsextremistischen Szene. Der allgemeinen Entwicklung folgend, die durch ein Abrücken von starren Organisationsstrukturen gekennzeichnet ist, sind Neonazis in den verschiedenen Landesteilen Niedersachsens zumeist in überregionale rechtsextremistische Netzwerke eingebunden.

Die Bandbreite der Aktivitäten reicht von der Durchführung öffentlichkeitswirksamer Propaganda-, Gedenk- oder Störaktionen über die Veranstaltung von Balladenabenden und Zeitzeugenvorträgen bis zur Teilnahme an Demonstrationen oder szeneeigenen Großveranstaltungen im gesamten Bundesgebiet.

Im Mittelpunkt der Agitation steht die Thematisierung einer drohenden und vermeintlich zum „Volkstod“ führenden „Überfremdung“, die durch die anhaltende Flüchtlingssituation nochmals verstärkt worden sei.

Finanzierung

Beiträge der Anhänger, Vermarktung und Verkauf rechtsextremistischer Devotionalien wie T-Shirts o. Ä.

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

In ideologischer Hinsicht eint die neonazistische Szene das unterschiedlich ausgeprägte Bekenntnis zum historischen Nationalsozialismus. Ziel ist die Überwindung des bestehenden demokratischen Systems. An dessen Stelle soll ein am Führerprinzip ausgerichteteter Staatsaufbau treten, dessen Grundlage eine rassistisch verstandene Volksgemeinschaft bildet. Hiermit richtet sich die neonazistische Szene gegen die im Grundgesetz verbrieften Freiheits-, Gleichheits-

¹⁵ Für den Bund wird seit dem Jahr 2018 das Mitglieder-Potenzial der neonazistischen Szene nicht mehr gesondert ausgewiesen; siehe Kapitel 2.1.

und Menschenrechte (Art. 1 - 4 GG) und ist damit verfassungsfeindlich (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG).

Die neonazistische Szene sieht sich als eine politisch-soziale Bewegung, die auf stetigen Aktivismus setzt und nicht auf parlamentarische Erfolge. Bestimmend für diese langfristig angelegte Strategie ist eine national-revolutionäre antiparlamentarische Ausrichtung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die neonazistische Szene in Niedersachsen ist weiterhin geprägt von einer Heterogenität, die gleichermaßen personell und strukturell wie auch aktionistisch zum Ausdruck kommt. Einerseits bestehen Gruppierungen, die durchaus um politische Wahrnehmung mittels öffentlichkeitswirksamer Aktionen wie Flugblattverteilungen, Kundgebungen oder Demonstrationsteilnahmen bemüht sind, während sich ihre Anhängerzahlen im niedrigen einstelligen Bereich bewegen. Andererseits existieren auch Szenen, die zwar über teilweise deutlich höhere Anhängerzahlen verfügen, deren Aktivitäten jedoch nahezu ausschließlich Binnenwirkung entfalten.

Zur Verbesserung personeller und organisatorischer Möglichkeiten dienen überregionale Netzwerke. Allerdings ist deren Bedeutung recht gering. Denn das dahinterstehende reale Personenpotenzial fällt im Vergleich zur Größe des jeweiligen Einzugsbereichs oftmals deutlich ab.

Personelle und strukturelle Zwänge sind die Ursache für Kooperationen mit der NPD und deren Jugendorganisation Junge Nationalisten¹⁶ (JN) wie auch mit den Parteien Die Rechte und Der III. Weg. Darüber hinaus sind die Übergänge zur subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene sowie zur islamfeindlichen Hooliganszene teilweise fließend.

Die folgende Auswahl von Ereignissen beschreibt beispielhaft das Zusammenwirken dieser Strukturen und Akteure und verschafft einen kurzen Überblick über die Aktionsformen und Themenfelder unter Beteiligung neonazistischer Gruppierungen aus Niedersachsen.

¹⁶ Die JN haben sich auf ihrem Bundeskongress am 13.01.2018 in Junge Nationalisten umbenannt.



Volksbewegung Niedersachsen

An einer Mahnwache zum 73. Jahrestag der Bombardierung der Stadt Dresden am 13.02.2018 in Vienenburg (Landkreis Goslar) beteiligten sich etwa 30 Angehörige der Jungen Nationalisten, der Partei Die Rechte sowie der Neonaziszene aus den Bereichen Harz, Hil- desheim und Südniedersachsen. Als Redner trat u. a. ein führender Vertreter der inzwischen aufgelösten Gruppierung Volksbewegung Niedersachsen auf. Die ursprünglich unter der Bezeichnung Freun- deskreis Thüringen/Niedersachsen und später als Freundeskreis Thügida in Erscheinung getretene Volksbewegung Niedersachsen war seit dem Jahr 2015 eng in die Neonaziszene Südniedersachsen eingebunden. Ihre Aktivitäten zeigten sich in zahlreichen Propag- andaaktionen, Kundgebungen und Demonstrationen. Zudem waren Mitglieder der Gruppierung wiederholt an gewalttätigen Ausein- dersetzen in den Landkreisen Göttingen und Northeim beteiligt. Zu einem darauf folgenden Rückgang ihrer Anhängerzahl führten neben Richtungsstreitigkeiten vor allem mehrere Ermittlungsverfah- ren in diesem Zusammenhang, u. a. wegen des Vorwurfs der Bil- dung einer bewaffneten Gruppe.

Kameradschaft Amsivaren

Veranstalter eines am 24.02.2018 in Lingen/Ems durchgeführten Vor- trags- und Balladenabends¹⁷ aus Solidarität mit der verurteilten Ho- locaust-Leugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel¹⁸ aus Nordrhein-West- falen mit rund 100 Teilnehmern aus mehreren Bundesländern und den benachbarten Niederlanden war die Kameradschaft Amsiva- ren¹⁹. Bereits im Vorjahr war diese neue Gruppierung für ähnliche Veranstaltungen verantwortlich gewesen. Gegründet wurde die Kameradschaft im Jahr 2017 infolge der Bemühungen zur Restruk- turierung des neonazistischen Personenpotenzials in den Landkrei- sen Emsland und Osnabrück. Für den 05.05.2018 organisierte sie eine Rechtsschulung mit anschließendem Balladenabend, die je- doch aufgrund polizeilicher Maßnahmen nur in stark eingeschränk- tem Rahmen stattfinden konnte. Zudem beteiligten sich Mitglieder

¹⁷ Siehe Kapitel 2.4, „Rechtsextremistische Konzerte und Liederabende in Niedersachsen“.

¹⁸ Siehe Kapitel 2.10, „Solidaritätsbekundungen für Holocaust-Leugnerin“.

¹⁹ Der Name geht auf eine antike Bezeichnung der Bewohner des Emslandes zurück.

der Kameradschaft in einheitlicher Bekleidung und unter Mitführung eines themenbezogenen Transparentes mit der Aufschrift „Europa erwache“ und einem Zitat von Albert Leo Schlageter²⁰ („Ihr werdet erleben, wie sie unser Land verschachern, um ihre eigene erbärmliche Macht zu sichern“) an einer Demonstration der Partei Die Rechte am 14.04.2018 in Dortmund (Nordrhein-Westfalen). Ebenfalls unter Mitführung



eines gruppen- und themenbezogenen Transparentes mit der Aufschrift „Freiheit für Ursula Haverbeck – Es geht um den Preis, den man bereit ist zu zahlen“ nahmen Angehörige der Amsivaren an einer Demonstration für die inhaftierte Haverbeck-Wetzels am 10.05.2018 in Bielefeld (Nordrhein-Westfalen) teil.²¹ Aus gleichem Anlass hatte die Gruppierung bereits am 06.05.2018 eine Solidaritätsbekundung in den sozialen Medien verbreitet.



Nordland Sanitätsdienst / Freies Oldenburg

Exemplarisch für die zunehmende Bedeutung und Professionalisierung größerer Veranstaltungen mit Event-Charakter ist das am 20./21.04.2018 erstmals durchgeführte „Schild & Schwert“-Festival²² des Neonazis und stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Thorsten Heise aus Thüringen. An der zweitägigen Veranstaltung unter dem Titel „Schild & Schwert – Reconquista Europa“, das neben

20 Albert Leo Schlageter (Jg. 1894) war Soldat im Ersten Weltkrieg und in der Zeit danach Angehöriger verschiedener Freikorps sowie Mitglied der NSDAP-Tarnorganisation Großdeutsche Arbeiterpartei. Während der französisch-belgischen Ruhrbesetzung war er militanter Aktivist und wurde wegen Spionage und mehrerer Sprengstoffanschläge von einem französischen Militärgericht zum Tode verurteilt und am 26.05.1923 auf der Golzheimer Heide in Düsseldorf hingerichtet. Die NS-Propaganda erhob ihn später als „ersten Soldaten des Dritten Reiches“ zur Märtyrerfigur und begründete einen „Schlageter-Kult“, der sich bis heute in rechtsextremistischen Kreisen hält.

21 Siehe Kapitel 2.9, „Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum“.

22 Siehe Kapitel 2.8, „Erstes ‚Schild & Schwert‘-Festival im April 2018“.



Politikforen, Verkaufs- und Infoständen auch eine „Tattoo-Convention“, Kampfsportvorführungen sowie Konzerte bekannter rechtsextremistischer Bands umfasste, nahmen in der Spitze rund 1.300 Angehörige der neonazistischen und subkulturellen Szene teil. Das Veranstaltungskonzept ist der Versuch, Politik, Ideologie und rechtsextremistischen Lifestyle miteinander zu verbinden.

Unter den niedersächsischen Teilnehmern befanden sich auch Angehörige der Neonaziszene Nordenham, die seit Mitte des Jahres 2017 unter der Bezeichnung Nordland Sanitätsdienst medizinische Unterstützung im Rahmen rechtsextremistischer Veranstaltungen anbieten. Hierzu zählten im Jahr 2018 diverse Großveranstaltungen mit teilweise mehr als tausend Besuchern. Beispiele waren im April und November die beiden „Schild & Schwert“-Festivals in Ostritz (Sachsen)²³, im Juni das Rechtsrockfestival „Tage der nationalen Bewegung“ in Themar (Thüringen) oder Konzerte wie im Oktober „Rock gegen Überfremdung“ in Apolda (Thüringen) und Demonstrationen wie im Juni der „Tag der deutschen Zukunft“ in Goslar, aber auch im August das Heß-Gedenken in Berlin und Kulturveranstaltungen wie am 03.10.2018 eine vom niedersächsischen Landesverband der Partei Die Rechte und Angehörigen der Neonaziszene durchgeführte Wanderung zum „Kreuz des deutschen Ostens“ bei Bad Harzburg (Landkreis Goslar).



Regionale Verbindungen der Neonaziszene Nordenham bestehen zur Gruppierung Freies Oldenburg, die ihre Agitation insbesondere gegen die Asyl- und Flüchtlingspolitik richtet und diese vor allem in den sozialen Medien verbreitet, vereinzelt aber auch in Form von Plakataktionen und Flugblattverteilungen. In zahlreichen Internetbeiträgen werden Asylbewerber und Flüchtlinge sowie generell Menschen mit Migrationshintergrund zumeist in fremdenfeindlicher und rassistischer Diktion für einen vermeintlichen Anstieg der Kriminalität verantwortlich gemacht.

²³ Siehe Kapitel 2.8, „Zweites ‚Schild & Schwert‘-Festival im November 2018“.

Widerstand Ostheide / Sektion Nordland

Demonstrationen sind für die neonazistische Szene das wichtigste Mittel, um ihr ideologisches Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen und um sich gleichzeitig als Bewegung zu präsentieren. Demonstrationen können als Indikator für die thematische Schwerpunktsetzung und die Mobilisierungsfähigkeit der rechtsextremistischen Szene angesehen werden. Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Bereitschaft zur Demonstrationsteilnahme in den letzten Jahren nachgelassen hat. Einen Beleg liefert die seit mehreren Jahren rückläufige Gesamtzahl der Teilnehmer an den traditionell zum 1. Mai von rechtsextremistischen Parteien durchgeführten Demonstrationen.

In Chemnitz (Sachsen) beteiligten sich an einer von der Partei Der III. Weg angemeldeten Demonstration unter dem Motto „Kapitalismus zerschlagen – Für Familie, Heimat, Tradition“ etwa 650 Rechtsextremisten, von denen eine Vielzahl in einheitlichen roten T-Shirts auftrat, darunter insbesondere die Anhänger der Partei. Aus Niedersachsen konnten Mitglieder der Gruppierung Widerstand Ostheide aus dem Bereich Lüneburg als Teilnehmer festgestellt werden. Größeren Zuspruch erfuhr die als Gemeinschaftsveranstaltung von NPD und Die Rechte beworbene Demonstration unter dem Motto „Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen“ in Erfurt (Thüringen). Unter den rund 700 Teilnehmern waren auch niedersächsische Angehörige der NPD/JN und der Partei Die Rechte sowie der neonazistischen Szene aus Braunschweig, Hannover, Hildesheim und den Bereichen Harz und Südniedersachsen.

Vertreten war hier zudem die Gruppierung Sektion Nordland, in der sich Rechtsextremisten aus Niedersachsen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein zusammengeschlossen haben. Die Gruppierung tritt seit dem Jahr 2016 regelmäßig und vorrangig bei Demonstrationen im asyl- und fremdenfeindlichen Kontext durch Transparente, Fahnen und einheitliche Kleidung in Erscheinung. Allerdings sind seit Mitte des Jahres 2018 nur noch sporadisch Auftritte einzelner Mitglieder zu verzeichnen, was genauso wie die Löschung der Internetpräsenz in den sozialen Medien auf einen Zerfall der Gruppierung Sektion Nordland hindeutet.



Kollektiv Nordharz

Am 02.06.2018 beteiligten sich etwa 250 Rechtsextremisten an der Abschlussdemonstration zum „Tag der deutschen Zukunft“ (TddZ) in Goslar.²⁴ Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung dieser Veranstaltung liefern ein Beispiel für eine taktische Flexibilität der rechtsextremistischen Szene. Hintergrund sind zum einen die Sorge vor möglichen Verbotsmaßnahmen durch die zuständigen Behörden, zum anderen aber auch strukturelle Defizite und interne Differenzen. Im Jahr 2017 übernahm die neonazistische Gruppierung Kollektiv Nordharz die Organisation der Kampagne zum TddZ, ehe sie sich im Januar 2018 selbst auflöste, nur um gleichzeitig die Gründung des Kreisverbandes Süd-Ost Niedersachsen der Partei Die Rechte bekannt zu geben.²⁵ Dieser Kreisverband war dann auch für die Durchführung des TddZ in Goslar verantwortlich. Nach Abschluss der Veranstaltung konnten jedoch faktisch keine weiteren Aktivitäten des Kreisverbandes mehr festgestellt werden. Stattdessen traten die Mitglieder fortan in überregionalen Zusammenhängen der Jungen Nationalisten sowie unter der regionalen Bezeichnung Patriotisches Goslar in Erscheinung. Das zugrunde liegende Personenpotenzial und die maßgeblichen Akteure blieben trotz unterschiedlicher Bezeichnungen nahezu identisch.



²⁴ Siehe Kapitel 2.9, „Aktivitäten der niedersächsischen Parteigliederungen“.

²⁵ Siehe Kapitel 2.9, „Aktivitäten der niedersächsischen Parteigliederungen“.

Leuchtfleur Ostfriesland / Aktionsgruppe Ostfriesland

Typische Beispiele für überwiegend in den sozialen Medien aktive Gruppierungen der neonazistischen Szene sind die Internetpräsenzen von Leuchtfleur Ostfriesland und der Aktionsgruppe Ostfriesland. So wird auf deren Facebook-Seiten nicht nur die Wehrmacht glorifiziert, sondern auch eine Revolution nach Vorbild des historischen Nationalsozialismus propagiert. Zudem wurden insbesondere im Zuge der Ratifizierung des UN-Migrationspaktes im Dezember 2018 wiederholt Verschwörungstheorien im Hinblick auf eine vermeintliche Masseneinwanderung verbreitet.



In diesem Kontext sind auch öffentlichkeitswirksame Aktionen der Aktionsgruppe Ostfriesland im Juli und August zu sehen. Im Rahmen der „Aktion Tatort“ wurden an verschiedenen Bushaltestellen Opferskizzen und blutsymbolisierende Farbspritzer sowie Plakate angebracht, u. a. mit der Aufschrift „An euren Händen klebt Blut. Wir vergessen keines der deutschen Opfer!!!! – Aktionsgruppe Ostfriesland“. Weiterhin wurden im Rahmen der Initiative „Kein Vergessen, kein Vergeben“ 20 Holzkreuze mit den Namen weiblicher Opfer von Tötungsdelikten im öffentlichen Raum aufgestellt, die vermeintlich oder auch tatsächlich durch Personen mit Migrationshintergrund begangen wurden.

Kameradschaft Einbeck / Neonaziszene Göttingen

Zu den zentralen Kundgebungen der neonazistischen Szene im Bundesgebiet zählt auch der Gedenkmarsch „Recht statt Rache – Mord verjährt nicht – Gebt die Akten frei“, der in Berlin am 18.08.2018 zum zweiten Mal durchgeführt wurde. Gefordert wird dabei die Herausgabe der Akten des britischen Geheimdienstes im Zusammenhang mit dem Ableben des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß im Jahr 1988 während seiner Haftzeit im Kriegsverbrechergefängnis Spandau (Berlin). Bei Angehörigen der rechtsextremistischen Szene bestehen Zweifel, ob sich Heß tatsächlich selbst das Leben nahm. Plausibler erscheint ihnen dessen Ermordung durch den britischen Geheimdienst. Von der Szene selbst wird Heß wegen seines Vermittlungsversuches zwischen Deutschland und England im Verlauf des Zweiten Weltkrieges als „Märtyrer für den Frieden“ verherrlicht. Unter den insgesamt etwa 680 Rechtsextremisten verschiedener Organisationen und Parteien befanden sich auch zahlreiche Angehörige der neonazistischen Szene aus Niedersachsen. Vertreter der Jungen Nationalisten aus Braunschweig, Hildesheim und dem Harz trugen das Fronttransparent der Nationalen Sozialisten Berlin mit dem von Heß vor dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozess formulierten Ausspruch „Ich bereue nichts“, während sich Vertreter der Neonaziszene aus Südniedersachsen hinter dem bei öffentlichen Veranstaltungen regelmäßig mitgeführten Transparent der Kameradschaft Northeim versammelten. Bei diesem Transparent handelt es sich um ein Relikt aus der Zeit der ehemaligen Kameradschaft um Thorsten Heise. Trotz des Umzuges Heises ins thüringische Eichsfeld bestehen die Verbindungen im Dreiländereck Niedersachsen, Hessen, Thüringen fort. Das Transparent bringt diese nach wie vor bestehende traditionswahrende und identitätsstiftende Bedeutung für die regionale Szene zum Ausdruck.

Zu diesem Personenkreis zählen auf niedersächsischer Seite gegenwärtig die Kameradschaft Einbeck und die Neonaziszene Göttingen. Deren Mitglieder wirkten im vergangenen Jahr unterstützend bei diversen Veranstaltungen mit, die von Heise organisierten wurden, u. a. bei den an Heises Wohnsitz in Fretterode (Thüringen) regelmäßig stattfindenden Vortrags- und Zeitzeugenabenden, bei den „Schild & Schwert“-Festivals in Ostritz (Sachsen) oder beim sogenannten Eichsfeldtag in Leinefelde (Thüringen). Anders als der informelle

Personenzusammenschluss der Neonaziszene Göttingen weist die Kameradschaft Einbeck aufgrund ihrer Internetpräsenzen und des Tragens einheitlicher T-Shirts auch formale Strukturen auf, die durch das öffentliche Auftreten der Kameradschaftsangehörigen auf örtlicher Ebene untermauert werden. Neben der versuchten Störung einer Veranstaltung der asylbefürwortenden Initiative „Seebrücke“ am 21.07.2018 führten insgesamt etwa 25 Rechtsextremisten am 18.12.2018 eine Spontankundgebung vor einem Lokal in Einbeck (Landkreis Northeim) durch, in dem zeitgleich eine Informationsveranstaltung über die regionale rechtsextremistische Szene stattfand. Unter den Demonstranten waren auch Mitglieder der Kameradschaft Einbeck sowie Neonazis aus dem Harz und ehemalige Angehörige der Gruppierung Volksbewegung Niedersachsen.

Nordadler

Einen Beleg für das Gewaltpotenzial in weiten Teilen der Neonaziszene liefert exemplarisch die Gruppierung Nordadler, die nach eigenem Bekunden dem Nationalsozialismus in Deutschland zum Wiedererstarken verhelfen will. Zur Erreichung ihrer Ziele werden auch Anschläge auf politische Gegner in Erwägung gezogen und versucht, neben Waffen und Munition auch Materialien zum Bau von Brand- und Sprengvorrichtungen zu beschaffen. Vor diesem Hintergrund hat der Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung eingeleitet. Zur Objektivierung der Verdachtsmomente, u. a. wegen des Verdachts auf illegalen Waffenbesitz, fanden am 17.04.2018 sowie zuletzt am 17.11.2018 Durchsuchungsmaßnahmen statt. Betroffen waren die Wohnungen der Beschuldigten wie auch ein von der Gruppierung als Siedlungsprojekt unterhaltenes Objekt in Mackenrode (Thüringen). Neben Gegenständen wie Schreckschuss-, Reiz- und Signalwaffen wurden auch jeweils diverse Datenträger und schriftliche Unterlagen sichergestellt.



Adrenalin BS

Nach dem mutmaßlich durch Asylbewerber zu verantwortenden gewaltsamen Tod eines 35-jährigen Deutschen im Rahmen des Stadtfestes in Chemnitz (Sachsen) am 26.08.2018 kam es unmittelbar nach Bekanntwerden der Tat sowie in den Folgetagen zu massiven Protesten in der Stadt selbst, aber auch andernorts im Bundesgebiet. Insbesondere über die sozialen Medien versuchten Akteure unterschiedlicher Spektren des Rechtsextremismus, die Tat als Beleg ihrer asyl- und fremdenfeindlichen Propaganda zu nutzen und die eigenen Anhänger in teilweise aggressiver Weise zu mobilisieren. Unter den zahlreichen Angehörigen der rechtsextremistischen Szene, die sich an den Demonstrationen in Chemnitz beteiligten, befanden sich aus Niedersachsen sowohl Mitglieder der Jungen Nationalisten als auch gewaltbereite Angehörige der neonazistischen Szene. Hervorzuheben ist hier ein Personenzusammenschluss aus dem Bereich

Braunschweig, der seitdem unter der Bezeichnung Adrenalin BS oder auch als Adrenalin 381 firmiert. Die Angehörigen dieser Gruppierung traten bereits in der Vergangenheit als rechtsextremistische Gewalttäter in Erscheinung. In den sozialen Medien präsentieren sie sich als Kampfsportler und Straßenkämpfer, die ganz bewusst die Konfrontation mit Angehörigen der Antifa suchen.



„Kampf der Nibelungen“

Kampfsport und der dazugehörige Lifestyle haben sich innerhalb der rechtsextremistischen Szene zu einem identitätsstiftenden Faktor mit organisationsübergreifender Anziehungskraft entwickelt. Dies gilt insbesondere für einen bestimmten Teil des Neonazismus, der sich selbst als Avantgarde versteht. In Kampfsportseminaren werden Angehörige der rechtsextremistischen Szene auf lokaler Ebene mit den Grundtechniken verschiedener Kampfsportarten vertraut gemacht, die ihnen in professionell organisierten Kampfsport-Events vorgeführt werden. Beispiel hierfür ist die Veranstaltung „Tiwaz – Kampf der freien Männer“ am 09.06.2018 in Grünhain-Beierfeld

(Sachsen). Ursprung und Mittelpunkt dieser Entwicklung ist die seit dem Jahr 2013 jährlich stattfindende Veranstaltung „Kampf der Nibelungen“. Ziel der Organisatoren sei es, „einen neuen Menschen-schlag heranzuziehen“, wie es auf der Facebook-Seite heißt.²⁶

„Kampfsport bedeutet für uns ... Vertrauen in die eigene Stärke und die eigenen Fähigkeiten zu erlangen, die jedem innewohnende Trägheit zu überwinden und Bequemlichkeit durch Enthusiasmus und Ehrgeiz zu ersetzen. ... Umso mehr sehen wir den Schlüssel zum Erfolg ... – egal ob im sportlichen, politischen oder persönlichem Sinne – in den Faktoren Wille, Disziplin und Fleiß.

Wir sind der Überzeugung, dass unsere Leidenschaft zum Sport fest zusammenstehende Gemeinschaften formt, welche in der Tiefe ihrer Bindung in der von Materialismus und grenzenloser, individueller Selbstverwirklichung bestimmten demokratischen Gesellschaften selten zu finden sind.

Der Kampf der Nibelungen will daher allen Sportlern und Sport-Anhängern, die sich nach einer Alternative zum vorherrschenden ehr- und wertelosen Zeitgeist sehnen, eine Bühne bieten. Beteiligt euch, besucht unsere Veranstaltungen oder tretet selber aktiv an, kommt mit anderen Sportlern in Kontakt und animiert über euer Vorbild andere dazu, dem System der Versager, der Heuchler und der Schwächlinge den Rücken zu kehren.“

(Internetseite „Kampf der Nibelungen“, 10.01.2019)

Am 13.10.2018 wurde in Ostritz (Sachsen) zum sechsten Mal der „Kampf der Nibelungen“ durchgeführt und erstmals auch offiziell angemeldet. Die Veranstaltung konnte mit insgesamt rund 850 Besuchern und etwa 40 Kämpfern aus Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Österreich, Tschechien und der Ukraine erneut steigendes Interesse verzeichnen. Allgemein sind Kampfsportveranstaltungen mittlerweile fester Bestandteil größerer rechtsextremistischer Veranstaltungen. Beispiele sind die bereits erwähnten „Schild & Schwert“-Festivals oder der sogenannte Gemeinschaftstag „Jugend im Sturm“ der Partei Der III. Weg am 07.07.2018 in Kirchheim (Thüringen). Auch unter niedersächsischen Rechtsextremisten besitzt der Kampfsportbereich eine Attraktivität, die sich im Besuch entsprechender Veranstaltungen äußert.



²⁶ Facebook-Seite „Kampf der Nibelungen“ vom 21.10.2018.

„Helden sterben nie“

Ideologisch gefestigt zeigen sich die Verantwortlichen der Initiative „Helden sterben nie“, die u. a. aus dem östlichen Niedersachsen stammen. Aufgrund ihrer teilweise langjährigen Zugehörigkeit zur neonazistischen Szene sind sie eng mit anderen Szeneangehörigen aus dem Bundesgebiet vernetzt. In den regelmäßig organisierten Zeitzeugenvorträgen mit zum Teil über 100 Zuhörenden werden das deutsche Soldatentum glorifiziert, die Verbrechen der Wehrmacht relativiert und der historische Nationalsozialismus verharmlost. Die Vorträge dienen letztlich der ideologischen Untermauerung und der Förderung des Zusammenhalts innerhalb der neonazistischen Szene.



„Wir haben es uns zur Aufgabe gesetzt, so viele Veteranen/Zeitzeugen wie möglich zu uns zu holen und ihre Erlebnisse und Erinnerungen erzählen zu lassen. Diese dürfen einfach nicht verloren gehen und im Sand der Zeit versiegen. Die wenigen, die die Wahrheit noch kennen und vor allem miterlebt haben, müssen unbedingt zu Wort kommen und so viele Menschen wie möglich erreichen. Wir sind bemüht, alle Vorträge aufzuzeichnen, damit auch die Nachwelt noch die Möglichkeit hat, diese wichtigen und wertvollen Vorträge zu sehen.“

(Flugblatt der Initiative „Helden sterben nie“)

„Heldengedenken“

Um eine Glorifizierung der Wehrmacht geht es auch beim sogenannten „Heldengedenken“, das regelmäßig im November aus Anlass des Volkstrauertages stattfindet. Am 18.11.2018 führten niedersächsische Rechtsextremisten auch in diesem Jahr vereinzelt Kranzniederlegungen und Gedenkaktionen durch. Bei einer Kranzniederlegung an der Gedenkstätte im Peiner Stadtwald waren insgesamt etwa 30 Angehörige der rechtsextremistischen Szene zugegen. Unter den Teilnehmenden befanden sich Mitglieder der NPD und deren Jugendorganisation Junge Nationalisten sowie Angehöri-

ge der neonazistischen Szene aus Braunschweig, Gifhorn, Hannover, Helmstedt, Hildesheim und dem Harz. Am Ehrenmal für die Gefallenen der Weltkriege legten die Teilnehmer – begleitet von Trommeln und unter Mitführung von Fackeln – einen Kranz mit der Schleifenaufschrift „Den Toten unseres Volkes – Junge Nationalisten“ ab. Kurz darauf wurde die Versammlung von Polizeikräften aufgelöst. Die Veranstaltung zeigt einerseits exemplarisch die seit Jahren zu beobachtende Verzahnung der verschiedenen Bereiche der niedersächsischen rechtsextremistischen Szene. Andererseits ist sie ein Beleg für den ebenfalls seit Jahren zu verzeichnenden sinkenden Stellenwert des ehemals mit hoher identitätsstiftender und symbolträchtiger Bedeutung versehenen „Heldengedenken“ am Volkstrauertag. Trotz der geringen Anzahl von Teilnehmenden, die noch dazu aus weiten Teilen Niedersachsens angereist waren, handelte es sich bei der Versammlung in Peine um die teilnehmerstärkste unter den ohnehin wenigen Veranstaltungen in Niedersachsen. Entsprechend fügen sich die Veranstaltungen und Aktivitäten in das bestehende Aktionsniveau der rechtsextremistischen Szene zum Volkstrauertag ein, das in Niedersachsen bereits seit einigen Jahren auf geringem Niveau stagniert.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die bereits seit einigen Jahren anhaltende personelle und aktionistische Stagnation der neonazistischen Szene dauerte im Jahr 2018 fort. Ausschlaggebend sind Attraktivitätsverlust und mangelnde Anschlussfähigkeit infolge einer unzeitgemäßen und vergangenheitsbezogenen ideologischen Verengung auf den historischen Nationalsozialismus. Gruppierungen stellten ihre Aktivitäten ein, verzichteten auf politisch geprägte Aktionen, reduzierten diese auf ein öffentlich nicht wahrnehmbares Maß oder sind lediglich noch virtuell präsent. Die Entstehung neuer Gruppierungen war hingegen nur in wenigen Einzelfällen zu beobachten.

Durch das Fehlen einer Koordinierung oder Steuerung der politischen Aktivitäten vollzieht sich die Entwicklung der neonazistischen Szene in Niedersachsen uneinheitlich. Dies spiegelt sich einerseits in der reinen Größe der Gruppierungen und zumeist losen Netzwerke wider, andererseits in der von den verbliebenen lokalen oder regionalen Strukturen unterschiedlich praktizierten Zusammenar-

beit untereinander. Kooperationen über teilweise große räumliche Entfernungen sind ebenso feststellbar wie verschiedene Konstellationen mit Personen und Strukturen anderer Spektren. So sind in zahlreichen Fällen Schnittmengen zu den Parteien Die Rechte, Der III. Weg sowie zur NPD oder zu deren Jugendorganisation Junge Nationalisten (JN) zu beobachten, die jedoch häufig auf persönlichen Kennverhältnissen beruhen. Daneben bestehen Kontakte zu überwiegend subkulturell geprägten Bruderschaften wie Nordic 12 (Bremer Umland), Brigade 8 (Hannover) und Blood Brother Nation (Oldenburg und Vechta) oder zur rechtsextremistisch beeinflussten Hooliganszene. Nur durch diese Kooperationen scheint es der neonazistischen Szene derzeit möglich, das grundsätzlich schwindende Mobilisierungspotenzial oberflächlich zu kompensieren.

Ungeachtet dessen dürfte von der Neonaziszene weiterhin die Vorstellung von einer rassistisch verstandenen homogenen Volksgemeinschaft als idealtypischer, zeitlos moderner Gegenentwurf zur liberalen und multikulturellen Gesellschaft gesehen und propagiert werden. Anhänger der neonazistischen Szene werden deshalb auch zukünftig versuchen, die daraus resultierenden fremdenfeindlichen und rassistischen Überzeugungen verschärft in den gesellschaftlichen Diskurs zur Flüchtlings- und Einwanderungsthematik einfließen zu lassen. Es besteht hierdurch die abstrakte Gefahr einer weiteren Radikalisierung, die in Gewalttaten gegen Asylsuchende und Flüchtlingsunterkünfte, aber auch gegen Helferinnen und Helfer sowie gegen Politikerinnen und Politiker münden kann.

2.6 Identitäre Bewegung Deutschland (IBD)

Gründung / Bestehen seit	Oktober 2012; als eingetragener Verein mit Sitz in Paderborn (Nordrhein-Westfalen) seit August 2014: Identitäre Bewegung Deutschland e. V.
Struktur / Repräsentanz	Bundesweit diverse Regional- und Ortsgruppen; Schwerpunkte in Niedersachsen sind der Raum Hannover-Hildesheim-Braunschweig sowie der Raum Lüneburg

Mitglieder / Anhänger Bund: 600 ↗
/ Unterstützer

Land: 50 ⇄

Veröffentlichungen Eigene Internetseite (Allgemeines) mit Verlinkungen zu Internetpräsentationen herausragender Kampagnen („Defend Europe“, „Kein Opfer ist vergessen“). Die einzelnen Regional- und Ortsgruppen sind mit eigenen Profilseiten auch in einzelnen Sozialen Netzwerken zu finden.

Kurzportrait / Ziele Die Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) ist eine aktivistische Gemeinschaft im europäischen Rechtsextremismus, deren Vertreter auch in Niedersachsen lokale Untergruppen gebildet haben. Die IBD ist in einer netzwerkähnlichen Struktur organisiert und basiert auf Personenzusammenschlüssen vor allem jüngerer Menschen zwischen 18 und 30 Jahren. Ideologisch wird die IBD dem Umfeld der Neuen Rechten²⁷ zugeordnet und gehört zu einem intellektuell geprägten Spektrum im organisierten Rechtsextremismus, das sich auf die antidemokratischen Theoretiker der „Konservativen Revolution“ beruft. Belege hierfür sind ihre programmatischen Positionierungen und ihr ideologisches Konzept der „ethnokulturellen Identität“, aber auch diverse europaweite Kontakte zu Personen und Organisationen der Neuen Rechten. Im Gegensatz zu den Denkkreisen der Neuen Rechten führt die IBD jedoch auch konkrete Aktionen durch und verbreitet diese anschließend medial aufbereitet im Internet.

Finanzierung Die IBD finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und dem Verkauf von Artikeln im Internetshop der Organisation. Die eigene Vermarktung erfolgt über eine Internetseite.

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die IBD versteht sich als Ableger der Identitären Bewegung Österreich und der französischen Jugendorganisation Génération Identitaire (GI). Insbesondere die GI diente der IBD in ihrer Gründungsphase als Vorbild für eigene Aktivitäten. Bei der GI handelt es sich um die Jugendorganisation des Bloc identitaire, der die Nachfolgeorga-

²⁷ Die mit dem Begriff Neue Rechte bezeichnete ideologische Strömung beruft sich auf die „Konservative Revolution“, eine intellektuelle Strömung antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik. Der Begriff wird aber nicht einheitlich verwendet. Manche Autoren erfassen mit diesem Begriff den um Theoriebildung bemühten Teil des Rechtsextremismus in seiner Gesamtheit.



nisation der aufgrund rassistischer und gewalttätiger Aktivitäten im Jahr 2002 verbotenen Gruppierung *Unité radicale* darstellt und von den französischen Behörden als rechtsextremistisch eingestuft wird. Erkennungszeichen der Identitären Bewegung ist das Lambda, der elfte Buchstabe des griechischen Alphabets, in einem Kreis. Das Symbol war im antiken Griechenland das Erkennungsmerkmal der Spartaner, die u. a. im 5. Jahrhundert v. Chr. gegen die Invasion der Perser kämpften. In Anlehnung an den US-amerikanischen Kinofilm „300“ wird der Bezug zu den Soldaten des spartanischen Heeres hergestellt, die auf ihren Schilden das Lambda trugen. Die Mitglieder der Identitären Bewegung sehen sich in der Tradition der Spartaner und tragen dies mit der Verwendung des Lambda öffentlich zur Schau.

Die IBD betrachtet sich als Bestandteil einer europaweiten Bewegung. Ihr Ziel ist es, die europäische Jugend im Kampf für die ihrer Meinung nach bedrohte Freiheit und kulturelle Identität zu vereinen. Ihre vornehmliche Aufgabe sieht die IBD folglich in der Verteidigung und Bewahrung von „Heimat, Freiheit, Tradition“. An erster Stelle stehe hierbei der Erhalt der „ethnokulturellen Identität“, die durch einen befürchteten „demographischen Kollaps“ sowie durch angebliche „Massenzuwanderung“ und „Islamisierung“ bedroht sei. Das Konzept der „ethnokulturellen Identität“ bezeichnet dabei einen völkischen Nationalismus bzw. Regionalismus im europäischen Kontext. In Anlehnung an den Franzosen Alain de Benoist, der einer der maßgeblichen Vordenker der Neuen Rechten in Europa ist, wird darunter eine ethnische, religiöse und kulturelle Prägung von Gemeinschaften und ganzen Völkern verstanden, durch die allein sich die Identität des Einzelnen definiere.

Die IBD richtet sich deshalb vehement gegen Multikulturalismus und propagiert einen europäischen Ethnopluralismus, der erstens die vermeintlich zu verteidigenden kulturellen und zugleich angeblich naturgegebenen Unterschiede zwischen ethnischen Gruppen im Sinne eines kulturellen Rassismus begründet und der zweitens dementsprechend die strikte räumliche und kulturelle Trennung unterschiedlicher Ethnien fordert. Die Positionen der IBD sind vor allem von einer zum antimuslimischen Rassismus tendierenden Islamfeindlichkeit geprägt. Die IBD behauptet eine Unvereinbarkeit und Feindschaft der Muslime mit der einheimischen Bevölkerung und schreibt

ihnen unabänderliche Wesensmerkmale (frauenfeindlich, unehrlich, machtbesessen usw.) pauschal zu. Ethnische Zugehörigkeiten werden auf diese Weise kulturalisiert und religiös überhöht, auch um an bestehende fremden- und islamfeindliche Ressentiments in der Bevölkerung anknüpfen zu können. Hiermit richtet sich die IBD gegen die im Grundgesetz verbrieften Freiheits-, Gleichheits- und Menschenrechte (Art. 1 - 4 GG) und ist damit verfassungsfeindlich (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG).

Seit die IBD im September 2014 ihre Kampagnenfelder auf das Thema Asylsuchende ausgeweitet hat, ist eine weitere Radikalisierung festzustellen. Nach Meinung der Identitären sind die Asylsuchenden in ihrer großen Mehrzahl „aggressive Kolonisatoren, die die indigene Bevölkerung immer weiter verdrängen und nicht integrierbar sind“. Im Zuge der Asylpolitik der Bundesregierung fokussierte sich die IBD unter Initiierung der Kampagne „Großer Austausch“ fortan auf dieses Themenfeld. Im Jahr 2016 wurde die Kampagne mit der Forderung nach „Remigration“ weitergeführt und wiederholt mit dem Hinweis auf eine angeblich gestiegene Bedrohungslage durch „Kriminelle und Terroristen“ im Zuge der vermeintlichen „Islamisierung“ Deutschlands und Europas verbunden:

„Ihr habt gesagt, unter den Einreisenden sind keine Terroristen und Kriminellen. Nun müssen wir die Schande von Köln und das Blut von Ansbach, Würzburg und Berlin beklagen. ... Dafür gibt es nur eine Lösung, Grenzen dicht und #Remigration. Wir haben die Mittel dazu.“

(Internetseite der IBD, 03.01.2019)

2017 wurden durch die Identitäre Bewegung auch die Folgen terroristischer Anschläge innerhalb Europas benutzt, um Asylsuchende (insbesondere Muslime) pauschal zu kriminalisieren. Dies verdeutlicht auch die Kampagne des Jahres 2017 mit dem Titel „Kein Opfer ist vergessen“:

„Die Zahl der Toten, die Multikulti und Masseneinwanderung inzwischen gefordert haben, ist vor allem in den letzten Jahren enorm angestiegen. ... Es sind von der Regierung zugelassene oder sogar geförderte Verbrechen gegen das eigene Staatsvolk.“

(Internetseite der Kampagne „Kein Opfer ist vergessen“)

In Erweiterung ihres Kampagnenfeldes zum Thema Asylsuchende startete die Identitäre Bewegung (IB) bereits im Jahr 2017 ihre Kampagne „Defend Europe - Grenzen schützen“, die im Jahr 2018 fortgesetzt wurde. Die Kampagne soll auf die „Problematik der illegalen Migration“ und den damit angeblichen „schleichenden Verlust der inneren Sicherheit und staatlichen Ordnung“ hinweisen. Hierdurch soll zusammen mit den wiederholten Hinweisen auf, in der Bundesrepublik durch Asylsuchende begangene Straftaten, insbesondere versucht werden, den Zuzug von Muslimen allgemein als Ursache für Terror, ansteigende Kriminalität und den gesellschaftlichen Niedergang darzustellen.

„Importierte Kriminalität und Einschränkung der Meinungsfreiheit! ... Wehr dich und werde aktiv!“

(Twitter-Account der IB Niedersachsen vom 21.04.2018)

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Fremdenfeindliche Aktion während des Hannover-Marathons

Am 08.04.2018 zeigten Aktivisten der IB Niedersachsen an der Strecke des Hannover-Marathons ein Banner mit der Aufschrift „DIE ANGST LÄUFT MIT“. Zudem wurden Plakate mit der Aufschrift „MULTIKULTI = TERRORGEFAHR“ entlang der Laufstrecke aufgehängt. Hiermit wollten die Aktivisten „auf die Sicherheitslage in unserem Land aufmerksam machen“. Hintergrund sei die „Terrorgefahr, der man heute bei Großveranstaltungen ausgesetzt ist“, so die IB. Die Aktion wurde im Anschluss mit einem kurzen Statement in den sozialen Medien verbreitet:



„In Berlin wurde ein Anschlag gerade noch verhindert. Wir wollen diese Zustände weder für Berlin noch Hannover noch für andere Städte in Europa! Die Terrorgefahr ist eine importierte Gefahr.“

(Facebook-Seite und Twitter-Account der IB Niedersachsen vom 08.04.2018)

Fortsetzung der medienwirksamen Kampagne „Defend Europe“ der Identitären Bewegung im April 2018

Im Mai 2017 starteten Aktivisten der Identitären Bewegung aus Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich die Mission „Defend Europe“ im Mittelmeer, indem sie versuchten, ein Schiff der Hilfsorganisation SOS Méditerranée im Hafen von Catania (Italien) mittels eines Schlauchbootes an der Weiterfahrt zu hindern. Die Kampagne „zur Rettung und Verteidigung Europas“ hatte sich zum Ziel gesetzt, mit einem eigenen Schiff „die skandalösen Aktivitäten der NGOs für die ganze Welt sichtbar zu machen“²⁸ und „illegale Migranten davon abzubringen, auch nur einen Fuß auf unseren Kontinent zu setzen.“²⁹ Hierfür wollten die Aktivisten von einem eigenen Boot aus mit der libyschen Küstenwache zusammenarbeiten und diese auf im Mittelmeer treibende Flüchtlingsboote aufmerksam machen, um die Bootsinsassen wieder nach Nordafrika zurückzubringen und die Boote zu zerstören. Am 21.04.2018 informierte die Identitäre Bewegung in den sozialen Medien über die Fortsetzung der Kampagne „Defend Europe“ mit einer Aktion in den französischen Alpen. An jenem Tag hätten sich in den frühen Morgenstunden rund „100 Aktivisten der Identitären Bewegung aus ganz Europa“ auf den Weg gemacht, „um den Gebirgspass Col de l’Echelle zu besetzen.“ Ziel sei es gewesen, eine weitere Migration von Italien aus nach Frankreich zu verhindern.³⁰ Im Anschluss berichtete die IBD auch über diese Aktionen in den sozialen Medien. Allen Veröffentlichungen war ein Aufruf bzw. ein Link beigefügt, der auf die Spenden-Internetseite der Identitären Bewegung verwies. Einzelne Textbeiträge wurden in bis zu sieben Sprachen (Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Schwedisch, Tschechisch und Ungarisch,) veröffentlicht.³¹

28 Facebook-Seite der Kampagne „Defend Europe“ vom 04.08.2017.

29 Facebook-Seite der Kampagne „Defend Europe“ vom 04.10.2017.

30 Facebook-Seite der Kampagne „Defend Europe“ vom 22.04.2018.

31 Diverse Facebook-Seiten wie „Identitäre Bewegung – Deutschland“, „Identitäre Bewegung Hamburg“ und der Twitter-Account der IB Schwaben vom 22.04.2018.

Dem umfangreichen Bild- und Videomaterial zufolge kamen bei der Aktion neben den üblichen Plakaten und Flaggen auch ein symbolischer Absperrzaun sowie Drohnen, mehrere Kraftfahrzeuge und sogar zwei Hubschrauber zum Einsatz. Im Mittelpunkt stand ein übergroßes Transparent mit der Aufschrift „*CLOSED BORDER – YOU WILL NOT MAKE EUROPE HOME! NO WAY BACK – BACK TO YOUR HOMELAND!*“³² Alle Aktivisten trugen einheitliche Kleidung mit dem Logo der Kampagne „Defend Europe“. Auch niedersächsische Teilnehmer konnten bei der Aktion festgestellt werden.

Sperrung der Facebook- und Instagram-Profilseiten der Identitären Bewegung (IB)

Ende Mai 2018 sperrte der Facebook-Konzern diverse Profilseiten der Identitären Bewegung. Betroffen waren die Profile auf Facebook selbst, aber auch Profile auf dem zum Unternehmen gehörenden Fotodienst Instagram. Eine Facebook-Sprecherin begründete die Löschung damit, dass „Organisationen, die organisierten Hass verbreiten, weder auf Facebook noch auf Instagram erlaubt sind“. Neben der Identitären Bewegung Deutschland betraf die Löschung auch diverse regionale und lokale Ableger, wie z. B. die Seiten der IB Niedersachsen. Über den Kurznachrichtendienst Twitter kündigten die Leiter der IBD und der IB Österreich, Daniel Fiß und Martin Sellner, an³³, gegen die Sperrungen juristisch vorgehen zu wollen. Bis zu einem Ergebnis werde die IB jedoch auf „alternative Netzwerke“ ausweichen. Die Entwicklung einer „patriotischen App“ zur Vernetzung wurde angekündigt. Zudem wolle man nun den Fokus auf professionell erstellte YouTube-Videos setzen.

Fremdenfeindliche Aktion in der Lüneburger Altstadt

Am 14.06.2018 stellten Mitglieder der Identitären Bewegung in der Lüneburger Altstadt einen „Tatort“ nach. Hierbei lagen zwei, mit Kunstblut verschmierte, junge Frauen auf dem Straßenpflaster. Flankiert wurden sie von zwei männlichen Personen in Spurensicherungsanzügen. Der „Tatort“ wurde mit Absperrband versehen. Die Verantwortung für derartige Taten läge nicht nur bei den Tätern

32 Twitter-Eintrag der IB Niedersachsen vom 21.04.2018.

33 Twitter-Eintrag der IBD vom 03.06.2018 und dortiger Verweis auf eine Veröffentlichung auf YouTube.

selbst, sondern in erster Linie bei der Politik der Bundesregierung, die solche Taten erst ermöglicht habe:



„Schuld daran sind nicht nur die unmittelbaren Täter, die über die seit 2015 offenen Grenzen unbehelligt nach Deutschland kommen konnten. Schuld daran ist vor allem die völlig verantwortungslose Politik von Kanzlerin Merkel, die mit der Öffnung des Landes für illegale Massimmigration ihre eigenen Bürger einer unermesslichen Gefahr ausgesetzt hat ...“

(Telegram-Account der IB Niedersachsen vom 14.06.2018)

Öffentliche Veranstaltung in Dresden

Vom 24. bis 26.08.2018 fand auf der sogenannten Cocker-Wiese in Dresden eine angemeldete stationäre Versammlung der Identitären Bewegung Deutschland statt. Die als „IB-Festival“ bezeichnete Veranstaltung wurde unter dem Motto „Europa Nostra – Identität verteidigen – Heimat bewahren“ durchgeführt. An drei Tagen präsentierte sich die IBD an verschiedenen Ständen und stellte ihre aktuellen Kampagnen vor. Zur Unterhaltung der Besucher gab es musikalische Einlagen, für die inhaltliche Ausgestaltung sorgten diverse Redebeiträge, u. a. von Fiß zur Beobachtung der IBD durch die Verfassungsschutzbehörden. Anwesend waren auch Vertreter der IB Österreich sowie der selbsternannten Bürgerinitiativen „Ein Prozent“ und „Pegida“. Darüber hinaus wurden an mehreren Ständen Merchandisingartikel der Identitären Bewegung angeboten. Von den angekündigten 600 bis 700 Personen nahmen letztlich etwa 500 Personen an dem Festival teil. Hierunter konnten auch mehrere Teilnehmer aus Niedersachsen festgestellt werden.

Verteilaktionen auf Weihnachtsmärkten

In Verkleidung eines Weihnachtsmannes verteilten Aktivisten der IB Niedersachsen am 16.12.2018 in den Innenstädten von Hildesheim und Wolfenbüttel neben Informationsmaterial auch Gebäck in Form eines Lambdas an Kinder und Erwachsene. Mit der anschließenden Veröffentlichung in den sozialen Medien sollte auf das Weihnachtsfest als „lebendiger Bestandteil unserer Deutschen Kultur“ hingewiesen werden. Die IB verknüpfte die Verteilaktion mit ihrer islam- und fremdenfeindlichen Orientierung als vermeintliche Bedrohung der eigenen „ethnokulturellen Identität“, die in kulturkämpferischer Diktion das ideologische Fundament der Identitären Bewegung bildet:

„Multikulturelle Umdeutungen und die zunehmende Islamisierung unseres Alltagslebens bedrohen den Fortbestand unserer Kultur und Art zu Leben.“

(Telegram-Account der IB Niedersachsen vom 16.12.2018)

Vernetzung durch regionale Stammtische und Schulungsabende der Identitären Bewegung in Niedersachsen

Auch im Verlauf des Jahres 2018 bewarb die IB Niedersachsen sowohl über ihre Facebook-Seite als auch über ihren Twitter-Account regelmäßig Stammtische in Braunschweig, Hannover und Hildesheim, um einerseits neue Interessenten auf lokaler Ebene anzusprechen und um andererseits die Vernetzung der bereits vorhandenen Mitglieder voranzutreiben.



„120 Dezibel – Der wahre Aufschrei (120 db)“

Vor dem Hintergrund der im Jahr 2018 gesamtgesellschaftlich diskutierten #MeToo- und Flüchtlingsdebatte machte die IBD auf mehreren Internetseiten sowie in den sozialen Medien erstmals am 30.01.2018 auf die Kampagne „120 Dezibel“ aufmerksam. Der Name sei von der Lautstärke eines handelsüblichen Taschenalarms (120 db) für Frauen abgeleitet. Die Kampagne richte sich demzufolge vorrangig an Frauen und thematisiere die Aufklärung über die in Deutschland angeblich dramatisch ansteigende Gewalt gegenüber Frauen durch Migranten. Auf einer eigens für diese Kampagne eingerichteten Internetseite heißt es hierzu:

„Mit den Millionen von Migranten, die seit 2015 auf unseren Kontinent strömen, wachsen in unserer Heimat Parallelgesellschaften heran, in denen Frauen bestenfalls als minderwertig, im schlimmsten Fall als Freiwild gelten. ... Denn jene, die für den Anstieg der Gewalttaten verantwortlich sind, tun das aus der tiefen Überzeugung von der Minderwertigkeit der Frau. Sie lernen das von Kindesbeinen an als Normalität ihrer Kultur und legitimieren sie religiös.“

(Internetseite der Kampagne „120 db“, 09.01.2019)



Auf der Internetseite werden Frauen aufgefordert, über ihre (negativen) Erlebnisse im Kontakt zu Migranten zu berichten. Weiterhin wird auf Aktionen von Aktivistinnen hingewiesen, welche sich bisher vornehmlich auf das Zeigen von Bannern und das Verteilen von Flug-

blättern in Innenstädten beschränkt hatten. Zudem wurden mehrere Videos veröffentlicht, welche u. a. bundesweit bekanntgewordene Straftaten von Migranten gegen junge Frauen thematisieren. Durch die emotionale Machart der Internetseite und der veröffentlichten Videos wird versucht, eine zugleich identifikationsstiftende wie angstmachende Wirkung bei Frauen, oder aber eine entsprechende Stimmung gegen Migranten im Allgemeinen als potenzielle Täter zu erzeugen. Ziel ist es, den Betrachter bzw. die Betrachterin der Internetseite für die Ideologie der Identitären Bewegung zu öffnen.

„Alternative Help Association e. V. (AHA!)“

Am 07.05.2018 trat die IBD mit einem angeblich „ersten patriotischen Hilfsprojekt im Nahen Osten“ an die Öffentlichkeit. Unter dem Vereinslabel „Alternative Help Association e. V. (AHA!)“ wurde auf einer eigens hierfür eingerichteten Internetseite sowie verschiedener Präsenzen in den sozialen Medien über die neue Kampagne berichtet. Nach einer Selbstbeschreibung auf der Internetseite soll der Verein internationale Aufbauprojekte in Krisenländern „finanzieren, unterstützen und begründen“. Das angebliche Ziel des Vereins sei es, mit der Hilfe vor Ort zu verhindern, dass weitere Flüchtlinge nach Europa gelangen. Auf der Internetseite erfolgt zudem ein Aufruf zur

Unterstützung des Projekts und dafür, auf ein vereinseigenes Konto zu spenden. Nach eigener Aussage firmiert das Projekt mit gesondertem Konto unter der Kampagne „AHA!“ und nicht unter dem Namen der Identitären Bewegung. Die Spendengelder wolle man nach der folgenden „Intention“ aufteilen: „Hilfe vor Ort in den Krisenländern oder patriotische Aufklärungsarbeit in Europa.“³⁴



Ob daher tatsächlich mögliche Spenden für Flüchtlingsarbeit verwendet werden oder es sich lediglich um eine weitere Einnahmequelle der Identitären Bewegung zur Finanzierung der eigenen Propaganda handelt, ist derzeit nicht nachzuvollziehen. Im Frühjahr

³⁴ FAQ auf der Internetseite der Kampagne „AHA!“, 09.01.2019.

2018 besuchten jedenfalls IB-Aktivist:innen unter dem Label „AHA!“ ein Lager für syrische Flüchtlinge im Libanon. Ein Besuch der syrischen Stadt Maalula folgte im September 2018. Für die Zukunft werden von „AHA!“ weitere angebliche Hilfsprojekte angekündigt. Diese sollen u. a. Volontärprogramme sowie Schulkinder-Patenschaften und Wiederaufbauprojekte in Syrien umfassen.

„Migrationspakt stoppen“

Initiiert vom österreichischen IB-Aktivist:innen Sellner startete am 16.09.2018 eine internationale Gemeinschaftskampagne der Identitären Bewegung unter dem Titel „Migrationspakt stoppen“.³⁵ In der darauffolgenden Zeit führten vorrangig die IB Österreich sowie die IBD Aktionen im Zusammenhang mit der Kampagne durch und verbreiteten diese medial aufbereitet im Internet. Ziel der Kampagne sollte die Verhinderung der Unterzeichnung des sogenannten UN-Migrationspaktes durch die jeweiligen Landesregierungen sein. Diese internationale Vereinbarung wurde jedoch am 10.12.2018 auf einer zwischenstaatlichen Konferenz im marokkanischen Marrakesch durch 164 Staaten per Akklamation angenommen. Die Kampagne der IB wurde am 23.12.2018 eingestellt.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Versuchte die Identitäre Bewegung Deutschland zunächst an die erfolgreichen, öffentlichkeitswirksamen Aktionen wie „Defend Europe“ aus dem Jahr 2017 und deren mediale Verbreitung anzuknüpfen, verlor sie aufgrund der Löschung ihrer Facebook- und Instagram-Seiten ab Mai 2018 ihre wichtigsten Medienplattformen zur Verbreitung ihrer Ideologie.

Nachdem die IBD am 10.10.2012 zunächst als Facebook-Gruppe gegründet wurde, war das soziale Netzwerk bis Mai 2018 ihre größte Plattform zur Veröffentlichung von Informationen über eigene Aktionen und über ideologische Kampagnen. Durch die dortige Verbreitung konnten neue Interessenten angesprochen und für die Teilnahme an Aktionen oder Stammtischen geworben werden.

Nach der Sperrung der Facebook- und Instagram-Seiten durch den Facebook-Konzern riefen die Bundesführung und diverse lokale

³⁵ Internetseite der Kampagne „Migrationspakt stoppen“, 06.01.2019.

Ableger der Identitären Bewegung, so auch die IB Niedersachsen, zur Nutzung alternativer sozialer Medien auf. Explizit wurden hier die Facebook-ähnliche russische Plattform vk.com sowie der Instant-Messenger Telegram genannt. Gerade bei der niedersächsischen Identitären Bewegung zeigte sich dort seitdem lediglich eine marginale Erhöhung der Nutzerzahlen. Diese Entwicklung der Nutzerzahlen in den als Facebook-Alternativen propagierten Netzwerken zeigt, wie sehr die Löschung die IBD in ihrem Handeln eingeschränkt hat. Die bewährte Möglichkeit, neue Interessenten über die Veröffentlichung ideologischer Kampagnen anzusprechen, steht nicht mehr zur Verfügung.

Trotz der Ankündigung, gegen die Facebook-Sperre juristisch vorgehen zu wollen, war über die Seite der IBD bei vk.com nachzuvollziehen, dass die Identitäre Bewegung in der Folge nun vermehrt versuchte, in die Öffentlichkeit zu gehen, um weitere Anhänger zu gewinnen. Dies erfolgte zum Beispiel durch Infostände und Flyerverteilungen in Innenstädten, u. a. in Dresden (Sachsen) und Konstanz (Baden-Württemberg). Im Bemühen um öffentliche Darstellung und Inszenierung erfolgte auch die Ausrichtung des IB-Festivals am 25.08.2018 in Dresden. Bisher waren entsprechende Versuche der IBD von eher geringem Erfolg gekennzeichnet, da auch neue Kampagnen wie „120db“ und „AHA!“ in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurden und die erwünschte mediale Resonanz ebenfalls ausblieb. Auch die Veranstaltung in Dresden blieb mit Blick auf die Teilnehmerzahlen hinter den Erwartungen zurück.

Umso wichtiger wird es für die IB zukünftig sein, wieder mehr Aufmerksamkeit zurückzuerlangen. Ob dies in Form von Aktionen wie der Besetzung des Brandenburger Tores im August 2016 oder durch die Mobilisierung der eigenen Aktivisten zu öffentlichem Auftreten der Fall sein wird, ist bisher nicht abzusehen. Die Reichweite solcher Aktionen ist ohne die bisher erfolgte Aufbereitung zur Selbstdarstellung in den sozialen Medien deutlich eingeschränkt. Sollte es nicht gelingen die eigenen Anhänger entsprechend zu mobilisieren, droht der Identitären Bewegung ein weiterer herber Rückschlag, auch hinsichtlich der Rekrutierung neuer Aktivisten. Mögliche Folgen aus diesem Umstand sind, dass sich die Identitäre Bewegung entweder radikalisiert oder letztlich zerfällt, weil sich ihre Anhänger anderen rechtsextremistischen Gruppierungen anschließen, oder aber dem demokratisch-konservativen Lager zuwenden.

Inhaltlich hat sich die IBD kaum verändert. Durch das Hineintragen emotional aufgeladener Themen (u. a. „Gewalt gegen Frauen“) in den öffentlichen Raum erreicht die Identitäre Bewegung eine Anschlussfähigkeit für breitere gesellschaftliche Kreise. Die Fortsetzung der Kampagne „Defend Europe“ sowie die aktuellen Kampagnen der IB stehen inhaltlich für eine Fortführung der ideologisch-programmatischen Forderung nach dem Erhalt der „ethnokulturellen Identität“ und zeigt in der begleitenden Darstellung im Internet unverkennbar fremdenfeindliche Positionen bis hin zu völkisch-nationalistischen Haltungen. Ideologisch verfolgt die Identitäre Bewegung damit weiterhin einen Ethnopluralismus, der Menschen aufgrund kultureller Zugehörigkeiten klassifiziert und bewertet. Der Einzelne wird nicht als Individuum, sondern als Teil eines Kollektivs wahrgenommen, dem bestimmte unabänderliche Merkmale und Eigenschaften zugeschrieben werden. Im Sinne eines volksgemeinschaftlichen Denkens wird hierbei die Identität eines Menschen aufgrund seiner ethnischen Herkunft definiert. Die Identität eines Volkes bzw. einer Nation ist demnach vor allem durch die jeweiligen kulturellen Eigenheiten und Errungenschaften geprägt. Den ideologischen Bezugsrahmen bieten rechtskonservative Theoretiker der Weimarer Republik wie Ernst Jünger, Carl Schmitt und Oswald Spengler, die zu den antiliberalen und antiegalitären Denkkreisen der „Konservativen Revolution“ gezählt werden. So steht im Mittelpunkt der identitären Ideologie ein kollektivistisches Begriffsverständnis von „Freiheit, Heimat, Tradition“, das primär auf Ausgrenzung, Abwertung und Ungleichheit setzt und sich kategorisch gegen die Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung richtet.

2.7 Junge Alternative (JA) Niedersachsen

Gründung / Bestehen seit	November 2013 ; Auflösung (vorläufig) am 04.11.2018
Struktur / Repräsentanz	Landesverband; vier Bezirksverbände (Braunschweig, Hannover, Lüneburg, Weser-Ems) sowie die Hochschulgruppe Göttingen

Mitglieder / Anhänger Bund: k. A.³⁶ Land: 25
/ Unterstützer

Veröffentlichungen Eigene Internetseite, Präsenzen des Landesverbandes und der Bezirksverbände in den gängigen sozialen Netzwerken

Kurzportrait / Ziele Die Junge Alternative (JA) Niedersachsen ist eine eigenständige, dem Bundesverband der Jungen Alternative für Deutschland untergeordnete politische Vereinigung. Die JA Niedersachsen ist ein Personenzusammenschluss aus jungen Menschen, überwiegend zwischen 18 und 30 Jahren. Der niedersächsische Landesverband vertritt seit dem Jahr 2017 insbesondere auf Funktionärebene vermehrt rechtsextremistische Positionen und pflegt gezielt Kontakte zu rechtsextremistischen Akteuren und Gruppierungen, die in erster Linie der Neuen Rechten zuzuordnen sind. Die Verbreitung von geschichtsrevisionistischen und geschichtsrelativierenden Äußerungen wie auch von verschwörungstheoretischen Inhalten deutet darüber hinaus auf eine geistige Nähe zu klassischen rechtsextremistischen Argumentationsmustern und Agitationsstrategien hin.

Infolge der Mitte 2017 erfolgten Konstituierung eines neuen Landesvorstandes entwickelte die JA Niedersachsen eine politische und ideologische Positionierung, die sich verstärkt an der Grenze zwischen Populismus und Extremismus orientierte und diese bisweilen deutlich überschritt. Die Situation führte zum Austritt bzw. Einflussverlust vieler gemäßiger Kräfte. Fortan dominierten in erster Linie antidemokratische, antipluralistische sowie islam-, einwanderungs- und asylfeindliche Inhalte die Themensetzung der Organisation. Dieser inhaltliche Kurs wurde durch die im April 2018 komplikationslos und konfliktfrei stattgefundene Wiederwahl des Landesvorstandes bestätigt.

Finanzierung Die JA Niedersachsen finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden

³⁶ Die Junge Alternative für Deutschland war im Jahr 2018 kein Beobachtungsobjekt des Bundes. Daher kann hier keine bundesweite Zahl ihrer extremistischen Mitglieder ausgewiesen werden.

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die JA Niedersachsen propagiert ein Weltbild, in dem Minderheiten (vor allem Einwanderer, Asylbewerber, Muslime) sowie politische Gegner pauschal abgewertet, diffamiert und verächtlich gemacht werden. Indem sie eine repressive, autoritäre und antipluralistische Zielsetzung vertritt, negiert die JA Niedersachsen zentrale Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates. Das formelle Bekenntnis der JA Niedersachsen zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung kann daher lediglich als taktisch gewertet werden. Vielmehr ist es unter Berücksichtigung aller gesammelten Erkenntnisse wahrscheinlich, dass das demokratische System organisationsintern in Frage gestellt wird. Insgesamt ist festzustellen, dass sich die JA Niedersachsen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richtet, insbesondere gegen die Würde des Menschen (Art. 1 GG), gegen den Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 GG), gegen die Freiheit des Glaubens und der ungestörten Religionsausübung (Art. 4 GG), gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Art. 9 GG) und gegen das Recht auf Asyl (Art. 16a GG). Sie erfüllt damit die Voraussetzungen einer Beobachtung gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG.



Die ideologischen und personellen Überschneidungen belegen darüber hinaus sowohl auf Funktionärs- als auch auf Mitglieberebene eine strukturelle Nähe zum organisierten Rechtsextremismus, vor allem zur Identitären Bewegung Niedersachsen. Das Konzept des „Großen Austauschs“ als elementares Narrativ der Identitären Bewegung wird von der JA Niedersachsen übernommen und resultiert in einer offenen Abwertung von Flüchtlingen und Einwanderern, denen pauschale Gruppeneigenschaften zugeschrieben werden, welche sich negativ auf das deutsche Volk auswirken würden. Verantwortlich dafür sei die „selbsterstörerische“ und „verräterische“ Einwanderungs- und Asylpolitik der sogenannten „Altparteien“.³⁷ Einwanderer und Asylbewerber werden seitens der JA Niedersachsen konsequent mit den Attributen „kriminell“, „rückständig“ und „unehrlich“ herabgewürdigt und als „Invasoren“ oder „Eroberer“

³⁷ Pressemitteilung der JA Braunschweig, „Dschihad in Südniedersachsen“, 10.02.2017.

bezeichnet.³⁸ Insbesondere in den sozialen Netzwerken werden derartige Inhalte erstellt oder geteilt und provozieren dort menschenfeindliche Nutzerkommentare von teils strafrechtlicher Relevanz. So schreibt die JA Niedersachsen in einem Eintrag auf ihrem Facebook-Profil von einem durch die geflüchteten Menschen aus Afrika vermeintlich importierten Kannibalismus, der nun die Menschen in Europa bedrohe:



„... man muss festhalten, dass in einigen schwarz-afrikanischen Ländern auch der tatsächlich menschenfressende Kannibalismus praktiziert wird. Es ist zu befürchten, dass er im Zuge der Masseneinwanderung auch in Europa Einzug gehalten hat.“

(Facebook-Seite der JA Niedersachsen, Eintrag vom 01.05.2018)

Darüber hinaus spielen islamfeindliche Inhalte eine prägende Rolle. Die JA Niedersachsen differenziert nicht zwischen Islam und Islamismus. In einer Pressemitteilung thematisiert die JA Niedersachsen zunächst den steigenden Anteil muslimischer Jugendlicher mit „islamisch-extremistischen Tendenzen“, um am Ende „Politik, Wissenschaft und Medien“ aufzufordern, „sich pflichtgemäß der Diskussion um extremistische Strömungen objektiv und vollumfänglich anzunehmen.“³⁹ Weiter heißt es in dem Text, der Islam sei „als das zu benennen, was er ist, eine fortschreitende Gefahr an und in unseren Schulen.“ Ganze Bevölkerungsgruppen werden nicht nur

38 Facebook-Einträge der JA Niedersachsen vom 26.05.2018, 09.06.2018, 06.07.2018, 26.07.2018.

39 Pressemitteilung der JA Niedersachsen, „Schock bei Nachwuchs-Islamismus“, 19.01.2018.

hierdurch pauschal herabgesetzt. Die JA Niedersachsen zweifelt allgemein die Gleichwertigkeit von Einwanderern und Asylbewerbern gegenüber Deutschen ab:

„Migrantenmobs, die ein Phänomen hierher gebracht haben, das wir vor 2015 hier nicht kannten, das die arabische Welt aber seit Jahrzehnten kennt – Gruppenvergewaltigungen. ... wie kann das sein, wenn doch diese Menschen alle gleich sind? ... Ich sage, die kommen nur, weil sie in unser Sozialsystem kommen wollen und die schaden uns nur und die helfen uns nicht.“

(Rede des Landesvorsitzenden der JA Niedersachsen beim „Frauenmarsch“ in Delmenhorst am 05.05.2018)

Durch das ausnahmslose Pauschalisieren propagiert die JA Niedersachsen sowohl einen bedrohlichen Gegensatz zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen sowie zwischen (einfachem) Volk und den Eliten vor allem in Politik und Medien. Hierin zeigt sich ein völkisch-nationalistischer Ansatz, der sich gegen die Würde des Einzelnen richtet und geeignet ist, ein kollektivistisches Freund-Feind-Denken zu verstärken. Mit ihren Einlassungen zielt die JA Niedersachsen auf eine Entindividualisierung von Angehörigen bestimmter Minderheiten. Da ihre Äußerungen darauf angelegt sind, in den öffentlichen Diskurs einzugreifen, besteht zudem die Gefahr, dass Dritte in diesen Feinbildkonstruktionen eine Legitimation für Übergriffe und Gewalttaten sehen.

Des Weiteren ist bei der JA Niedersachsen kein Interesse an einem politischen Diskurs mit anderen Parteien zu erkennen. Die politischen Mitbewerber werden als existenzielle Gefahr für Deutschland verächtlich gemacht; indirekt wird ihnen die Vertretungsberechtigung abgesprochen. Der sich wiederholende, diffamierende Begriff der „Altparteien“ indiziert eine zumindest latente Ablehnung des vom Demokratieprinzip umfassten Mehrparteiensystems:

„Gerade die Niedersachsen sind ein duldsames Volk, aber irgendwann ist auch die größte Geduld am Ende. Wir kämpfen für unsere Heimat und werden nicht eher ruhen, bis die zerstörerische Politik der Altparteien gestoppt wurde!“

(Facebook-Seite der JA Niedersachsen, „Erster Niedersachsentreff: Verstand und Gefühl für Deutschland“, 19.06.2018)

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Beschluss des „Deutschlandplans“

Im Juni 2018 gab sich die Junge Alternative für Deutschland auf ihrem Bundeskongress in Seebach (Thüringen) mit dem sogenannten „Deutschlandplan“ erstmalig ein offizielles Programm.⁴⁰ Die JA Niedersachsen machte sich die darin formulierten politischen Zielsetzungen durch inhaltliche Mitwirkung und anschließende Zustimmung zu Eigen. Der „Deutschlandplan“ beinhaltet tatsächliche Anhaltspunkte, die in ihrem Gesamtbild Rückschlüsse auf eine autoritäre, zum Teil rechtsextremistische Positionierung zulassen.

Als ihr primäres Ziel fordert die Junge Alternative eine Migrationspolitik, die „an die erste Stelle den kulturellen und ethnischen Erhalt des deutschen Volkes (setzt).“⁴¹ Diese Forderung folgt klar der Theorie des Ethnopluralismus, die einen integralen Bestandteil der Ideologie der Neuen Rechten darstellt.⁴² Darüber hinaus sind vielfältige Repressionswünsche und Rechtseinschränkungen vor allem gegenüber Asylbewerbern formuliert. Exemplarisch hierfür steht die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl (Art. 16a GG) bzw. dessen Umwandlung in ein Gnadenrecht, welches vor keinem Gericht eingeklagt werden dürfe und somit willkürlich verweigert werden könnte. Neben Straftätern und Gefährdern will die Junge Alternative auch vermeintliche „Sozialfälle“ und „Assimilationsverweigerer“ sofort abschieben.⁴³ Menschen mit Migrationshintergrund, die über eine doppelte Staatsbürgerschaft verfügen, soll zudem „die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen werden“, wenn diese „wegen eines Verbrechens verurteilt wurden ... oder bisher keiner sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgegangen sind.“

Insbesondere in diesen Punkten wird deutlich, dass die Junge Alternative das Rechtsstaatsprinzip teils aushebeln will. Einzelnen Gruppen werden elementare Grundrechte abgesprochen, und dass vor allem mit Blick auf deren ethnische Herkunft. In diesem Zusammen-

40 Internetseite der Jungen Alternative für Deutschland, „Deutschlandplan der Jungen Alternative – Freiheitliche Positionen für unsere Heimat“, 2018.

41 Ebd., Seite 21.

42 Siehe Kapitel 2.6, „Kurzportrait und Ziele“.

43 Internetseite der Jungen Alternative für Deutschland, „Deutschlandplan der Jungen Alternative – Freiheitliche Positionen für unsere Heimat“, 2018, Seite 23.

hang ist es auch zu sehen, wenn „staatliche Transferleistungen an Nichtdeutsche ... verboten werden (sollen).“⁴⁴ Darüber hinaus findet sich im „Deutschlandplan“ die Forderung nach einer verstärkten Militarisierung Deutschlands. Den Wehretat will die Junge Alternative stark erhöhen und hebt hervor, wie wichtig es sei, „junge Leute für den Beruf des Soldaten zu begeistern ...“⁴⁵.

Demonstrationen und Aktionen

Im Jahr 2018 führte die JA Niedersachsen mehrere selbstorganisierte Aktionen und Veranstaltungen durch. Daneben beteiligten sich Mitglieder an Veranstaltungen anderer Organisationen und Bündnisse. Anfang März stimmten mehrere JA-Mitglieder im Rahmen der Kundgebung „Kandel ist überall“ auf dem Opernplatz in Hannover bekannte Parolen der Identitären Bewegung an und skandierten weitere aus dem Rechtsextremismus bekannte Ausrufe.⁴⁶

Auf einer thematisch ähnlichen Demonstration unter dem Motto „Merkel muss weg“ am 21.04.2018 in Salzgitter waren mehrere Angehörige der JA in T-Shirts der Identitären Bewegung gekleidet und zeigten sich gemeinsam mit Personen aus der regionalen neonazistischen Szene.

Im Juli reinigten JA-Mitglieder die bis dahin mit Farbe verschmutzte Bismarckstatue in Goslar. Vor der Statue zeigten sie ein Transparent mit der Aufschrift „Wer für Deutschland geblutet hat dem kann Farbe nichts an“. Unter dem Spruch waren ein Eisernes Kreuz sowie das JA-Logo aufgemalt. Ebenfalls im Juli legten JA-Mitglieder Blumen und die historische Dienstflagge des Reichskolonialamtes am Bismarckdenkmal in Wilhelmshaven nieder.



⁴⁴ Ebd., Seite 27.

⁴⁵ Ebd. Seiten 6, 13, 38.

⁴⁶ YouTube, „Kandel ist überall – Hannover 05.03.2018 Live“.

Geschichtsrevisionismus und Geschichtsrelativierung (Schuldabwehr)

Mit der Glorifizierung des Deutschen Kaiserreichs und der damit einhergehenden Befürwortung einer antipluralistischen und autoritären Politikvorstellung schließt sich die JA Niedersachsen durchaus gängigen Positionen der Neuen Rechten an. Ferner ist festzustellen, dass auch eine revisionistische Aufarbeitung des Dritten Reiches im Fokus der Organisation steht. Eine derartige Haltung ist ansonsten eher im klassischen Rechtsextremismus bzw. Neonazismus anzutreffen.

Aktionen und Publikationen der JA Niedersachsen waren im Jahr 2018 oftmals von geschichtsrevisionistischen Inhalten bestimmt, die sich im Kern stets auf die Zeit des Nationalsozialismus bezogen. Bei einem Gedenken anlässlich des Beginns des Dreißigjährigen Krieges vor 400 Jahren präsentierten Mitglieder etwa ihre selbstentworfenen „revisionistische Niedersachsenflagge“, welche „nicht von den Besatzermächten diktiert“ worden sei. In der Nachbetrachtung wird die Aktion damit gerechtfertigt, dass neben „den ominösen 12 Jahren deutscher Geschichte“ hunderte Jahre weiterer deutscher Geschichte „in den Schatten treten“; dies wolle man „nicht akzeptieren“: „... darum gedenken wir. Darum mahnen wir: Nie wieder fremde Kriege auf unserem Boden!!“⁴⁷ Die Zeit des Nationalsozialismus wird hierbei bagatellisiert und der Zweite Weltkrieg als ein „fremder“, den Deutschen aufgezwungener Krieg bewertet.

Den Jahrestag der Bombardierung Dresdens nahm die JA Niedersachsen am 23.02.2018 zum Anlass für einen revisionistisch geprägten Beitrag auf ihrer Facebook-Seite.⁴⁸ Den Grund für die Zerstörung der Stadt sieht die Junge Alternative in einem angeblichen „Hass auf alle Deutschen, der in weiten Teilen der westlichen Welt verbreitet“ sei:

„Es muss also purer Hass gewesen sein – Hass der Angloamerikaner ... Komisch nur, dass nie ein Deutscher Soldat britischen oder amerikanischen Boden betreten hat.“

(Facebook-Seite der JA Niedersachsen, „Bombenangriff auf Dresden – na und?“, 23.02.2018)

47 Pressemitteilung der JA Niedersachsen, „400 Jahre Dreißigjähriger Krieg – Wir vergessen nicht“, 22.07.2018.

48 Facebook-Seite der JA Niedersachsen, „Bombenangriff auf Dresden – na und?“, 23.02.2018.

Dieser nach wie vor bestehende Hass führe heute dazu, dass Deutschland gegenwärtig durch Flüchtlingskrise und Europäische Union „ausgebeutet“ werde.

Wenige Tage später am 28.02.2018 veröffentlichte die JA Niedersachsen ebenfalls auf ihrer Facebook-Seite einen revisionistischen, antiamerikanischen Text, in dem die in rechtsextremistischen Kreisen wiederholt aufgegriffene Thematik der Rheinwiesenerlager behandelt wird.⁴⁹ Hierbei geht es um vermeintliche Kriegsverbrechen der amerikanischen Armee an deutschen Soldaten und Zivilisten, anhand derer ein Bogen in die Gegenwart gespannt wird. So würden die Amerikaner bis heute in Guantanamo täglich Kriegsverbrechen begehen, seien aber im Gegensatz zu Deutschland keiner Kollektivschuld ausgesetzt.⁵⁰

Am 01.08.2018 rückte der Landesvorsitzende der JA Niedersachsen, Lars Steinke, bundesweit in den Fokus von Politik und Medien. Anlass waren seine diffamierenden Äußerungen über den Hitler-Attentäter Claus Schenk Graf von Stauffenberg. In einem Facebook-Eintrag hatte er diesen als „Verräter“ und „Feigling“ bezeichnet. Stauffenberg sei

„... nicht der Feind Hitlers, sondern der Feind des Deutschen Soldaten und der Zivildeutschen, damit Feind des Deutschen Volkes und damit auch mein Feind.“

(Facebook-Seite des Landesvorsitzenden der JA, 01.08.2018)

Darüber hinaus reihte sich der Text inhaltlich in die geschichtsrevisionistische Ausrichtung der JA Niedersachsen ein: „Der Krieg war nämlich – entgegen der heutigen Propaganda – kein Krieg primär gegen Hitler, sondern gegen Deutschland und das deutsche Volk.“⁵¹ In der anschließenden öffentlichen Diskussion wurden die Äußerungen unter anderem von weiteren Mitgliedern des Landesvorstandes verteidigt.

49 Die Rheinwiesenerlager waren Gefangenlager der USA, Großbritanniens und Frankreichs an mehr als zwanzig Standorten im Rheinland zum Ende des Zweiten Weltkrieges, in denen unterschiedliche Gruppen von Gefangenen mit etwa 1.000.000 Personen vorübergehend inhaftiert wurden. Schätzungen zur Folge starben in dieser Zeit zwischen 5.000 und 10.000 Gefangene an den katastrophalen Bedingungen ihrer Unterbringung. Rechtsextremisten sehen darin absichtliche Kriegsverbrechen der Alliierten und einen geplanten „Völkermord“ an den Deutschen.

50 Facebook-Seite der JA Niedersachsen, „Rheinwiesenerlager – Was soll das sein?“, 28.02.2018.

51 Facebook-Seite des Landesvorsitzenden der JA Niedersachsen vom 01.08.2018.

In der Konstruktion einer Opferrolle des deutschen Volkes bedient sich die JA Niedersachsen jedoch nicht ausschließlich historisch hergeleiteter Argumentationsmuster. Im Rahmen einer AfD/JA-Gedenkveranstaltung am 10.03.2018 in Kirchweyhe (Landkreis Diepholz) zum fünften Todestag von Daniel S.⁵² sprach der JA-Landesvorsitzende Steinke von „Deutschenfeindlichkeit“ als dessen Todesursache. Nach seiner Ansicht starb Daniel S. aufgrund einer „verfehlten Politik“; „unsere Leute“ würden „verletzt, vergewaltigt und getötet.“⁵³



Auflösung des niedersächsischen Landesverbandes

Als am 03.09.2018 die Beobachtung der JA Niedersachsen sowie der JA Bremen durch die jeweiligen Innenressorts bekannt gegeben wurde, reagierte der JA Bundesverband wenige Stunden später mit einer Pressemitteilung, in welcher er die Entscheidung zur Beobachtung „als nicht nachvollziehbar“ bezeichnete. Gleichzeitig wurde in der Pressemitteilung jedoch angekündigt, zeitnah einen außerordentlichen Bundeskongress abzuhalten, auf dem die Abgliederung bzw. die Auflösung der Landesverbände Niedersachsen und Bremen beschlossen werden sollte.⁵⁴

Der JA-Bundesverband ließ an diesem Tag außerdem verlauten, man wolle die Beobachtung „mit allen rechtlichen Mitteln“ anfechten. Letztlich blieb es aber bei der bloßen Ankündigung. Die über beide Landesverbände mitgeteilten Erkenntnisse und Materialien hatten offenbar selbst beim Bundesverband keine Zweifel an einer Rechtmäßigkeit der Beobachtung zugelassen, wie es auch später in einer Pressemitteilung heißt:



52 Daniel S. wurde beim Schlichten eines Streits am 10.03.2013 in Kirchweyhe lebensgefährlich verletzt und ist wenige Tage später verstorben. Die Herkunft des Täters wurde von Rechtsextremisten für ihre Zwecke missbraucht.

53 Redebeitrag des JA-Landesvorsitzenden auf der AfD/JA-Gedenkveranstaltung am 10.03.2018 in Kirchweyhe.

54 Pressemitteilung des JA Bundesverbandes vom 03.09.2018.

„Dem Landesverband Niedersachsen wurden erhebliche und vorsätzliche Verstöße gegen ... die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland vorgeworfen und nachgewiesen.“

(Pressemitteilung des JA-Bundesverbandes vom 04.11.2018)

Im Oktober 2018 intensivierten sich die Planungen für die Auflösung des niedersächsischen Landesverbandes und für eine damit einhergehende Neugründung bzw. Neustrukturierung der Jugendorganisation. Der angekündigte, außerplanmäßige Bundeskongress fand schließlich am 04.11.2018 im Zechensaal in Barsinghausen (Region Hannover) statt. Der einzige inhaltliche Tagesordnungspunkt befasste sich erwartungsgemäß mit der „Abgliederung der JA Niedersachsen“. Um die angestrebte Abgliederung bzw. Auflösung durchzusetzen, musste eine Zweidrittelmehrheit unter den etwa 260 Teilnehmenden erreicht werden. Obwohl seitens des JA-Bundesverbandes sowie von der AfD massiv für die Auflösung geworben wurde und Bemühungen stattfanden, möglichst viele gemäßigte JA-Mitglieder zur Teilnahme an dem Bundeskongress zu bewegen, waren es am Ende wenige Stimmen, die für die notwendige Mehrheit sorgten. Infolge der Entscheidung erlosch die Mitgliedschaft von ungefähr 180 Personen.

Reaktionen nach der Auflösung

Vor dem Hintergrund der knappen Entscheidung kam es im Nachgang zu unterschiedlichen Reaktionen und Bewertungen des Vorgangs. Während sich der Bundesverband „erleichtert“ zeigte und die Entscheidung „ausdrücklich begrüßte“, sprachen niedersächsische Mitglieder von „einem schwierigen Tag“ für sich selbst und „ihre Kameraden der ehemaligen JA Niedersachsen“. Einigkeit herrschte jedoch darin, der JA Niedersachsen im Jahr 2019 ein Neuanfang zu ermöglichen. Wie die Neugründung konkret ablaufen soll und in welchem Ausmaß ehemalige Mitglieder und Funktionäre hierbei eine Rolle spielen werden, bleibt abzuwarten.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die Beobachtung der JA Niedersachsen gründet im Wesentlichen auf ideologischen und personellen Überschneidungen mit rechtsextremistischen Organisationen. Dies lässt eine strukturelle Nähe

zum organisierten Rechtsextremismus erkennen. Die Abgliederung bzw. Auflösung des Landesverbandes hat für den Niedersächsischen Verfassungsschutz und für die durch ihn durchgeführte Beobachtung zunächst keine Konsequenzen. Eine formale Neugründung des Landesverbandes wird an der Einschätzung der JA Niedersachsen als rechtsextremistische Bestrebung vorerst nichts ändern. Es bleibt in der Folge abzuwarten, inwiefern sich die JA Niedersachsen von ihrer rechtsextremistischen Ideologie zu trennen vermag und welche inhaltlichen Auseinandersetzungen in den nächsten Monaten folgen. Unterdessen gab das Bundesamt für Verfassungsschutz am 15.01.2019 bekannt, die Junge Alternative nunmehr bundesweit zum Verdachtsfall zu erheben.

2.8 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Sitz / Verbreitung	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) Sitz des Bundesverbandes: Berlin; Sitz des Landesverbandes: Oldenburg Junge Nationalisten (JN) ⁵⁵ Sitz des Bundesverbandes: Riesa (Sachsen); Sitz des Landesverbandes Nord: ohne Angabe
Gründung / Bestehen seit	1964; 1969 der Jugendorganisation
Struktur / Repräsentanz	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) Bundesvorsitzender: Frank Franz; Landesvorsitzender: Manfred Dammann; wenige handlungsfähige Unterbezirke in Niedersachsen Junge Nationalisten (JN) Bundesvorsitzender: Christian Häger; Landesvorsitzender Nord: Sebastian Weigler (Niedersachsen); außer in Braunschweig keine handlungsfähigen Stützpunkte in Niedersachsen



Die soziale
HEIMATPARTEI

⁵⁵ Die JN haben sich auf ihrem Bundeskongress am 13.01.2018 in Junge Nationalisten umbenannt.

Mitglieder / Anhänger / Unterstützer	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) Bund: 4.000 ↗ Land: 250 ↗ Junge Nationalisten (JN) Bund: 280 ⇔ Land: 10 ⇔
Veröffentlichungen	Bund: Deutsche Stimme (DS) (monatlich); Web-Angebote auf Bundes- und Landesebene sowie in sozialen Netzwerken
Kurzportrait / Ziele	Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist eine rechtsextremistische Partei, die die Demokratie in Deutschland beseitigen will und stattdessen offen und aggressiv fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Positionen propagiert. Ihre von völkisch-rassistischen Vorstellungen geleitete Programmatik weist eine ideologische und sprachliche Nähe zur Ideologie der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) auf.
Finanzierung	Staatliche Parteienfinanzierung, Mitgliedsbeiträge und Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die NPD lehnt die freiheitliche Demokratie ab und will diese beseitigen. Dies betrifft auch einzelne, aber wesentliche Prinzipien und Grundwerte unserer Verfassung. So negiert die Partei die im Grundgesetz vertretene Idee, dass jeder Mensch als Individuum und ohne Vorbedingungen eine Würde besitzt. Die NPD spricht Menschen nur eine Würde als Teil eines nationalen Kollektivs zu. In dem 2010 verabschiedeten Parteiprogramm „Arbeit – Familie – Vaterland“ proklamiert sie die Volksgemeinschaft: „Die Würde des Menschen als soziales Wesen verwirklicht sich vor allem in der Volksgemeinschaft. Erst die Volksgemeinschaft garantiert die persönliche Freiheit.“ In konsequenter Umsetzung dieser völkisch-nationalen Grundordnung will die NPD alles „Fremde“ aus der „Solidargemeinschaft aller Deutschen“ entfernen. Hiermit richtet sich die NPD insbesondere gegen die im Grundgesetz verbrieften Menschenrechte (Art. 1 GG) und gegen das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3 GG). Damit ist die Partei verfassungsfeindlich und erfüllt die Voraussetzungen für eine Beobachtung nach (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG).



Die NPD ist verfassungsfeindlich

Der von den Innenministern und -senatoren der Bundesländer am 03.12.2013 beim Bundesverfassungsgericht eingereichte Antrag auf Verbot der NPD und ihrer Unterorganisationen wurde am 17.01.2017 vom Zweiten Senat des Gerichts zurückgewiesen (BVerfGE 2 BvB 1/13). Mit dem einstimmig gefassten Urteil wird der NPD höchststrichterlich bescheinigt, verfassungsfeindliche Ziele zu verfolgen. Ihr Ziel sei es, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen, so Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle. Allerdings reiche eine verfassungsfeindliche Gesinnung allein für ein Verbot der NPD nicht aus. Die Partei müsse auch das Potenzial haben, ihre Ziele erfolgreich umzusetzen, wie es in der Urteilsbegründung weiter heißt. Ein solches Potenzial wird vom Bundesverfassungsgericht nicht gesehen:

„Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) vertritt ein auf die Beseitigung der bestehenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtetes politisches Konzept. Sie will die bestehende Verfassungsordnung durch einen an der ethnisch definierten ‚Volksgemeinschaft‘ ausgerichteten Nationalstaat ersetzen. Ihr politisches Konzept missachtet die Menschenwürde und ist mit dem Demokratieprinzip unvereinbar. Die NPD arbeitet auch planvoll und mit hinreichender Intensität auf die Erreichung ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ziele hin. Allerdings fehlt es (derzeit) an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln zum Erfolg führt, weshalb der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichtes den zulässigen Antrag des Bundesrates auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit und Auflösung der NPD und ihrer Unterorganisationen (Art. 21 Abs. 2 GG) mit heute verkündetem Urteil einstimmig als unbegründet zurückgewiesen hat.“

(Bundesverfassungsgericht, „Kein Verbot der NPD wegen fehlender Anhaltspunkte für eine erfolgreiche Durchsetzung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele“, Pressemitteilung Nr. 4/2017, 17.01.2017)

Auch nach dem Verbotsverfahren änderte sich die politische Ausrichtung der Partei nicht. Die NPD bekannte offen, lieber „verfassungsfeindlich als volksfeindlich“ zu sein. Die weitere Entwicklung der NPD bleibt daher genau zu beobachten.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Aktivitäten der NPD

Zur Durchsetzung ihrer Ziele verfolgt die NPD unverändert die 1996 entwickelte „Drei-Säulen-Strategie“ („Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe, Kampf um die Parlamente“). Der „Kampf um die Köpfe“ umfasst neben der Schulung von Mitgliedern auch den Kampf um die Deutung politischer Begriffe (kulturelle Hegemonie). Hierbei versucht die NPD, an vorhandene Ressentiments in Teilen der Bevölkerung anzuschließen. Hatte die NPD bei Wahlerfolgen in der Vergangenheit noch von den Protestbewegungen gegen die Sozialreformen profitiert, verschob sich in der Folgezeit der thematische Schwerpunkt in Richtung „Asylmissbrauch“ und „Überfremdung“. Die NPD propagiert in diesem Kontext bereits seit August 2017 die Errichtung sogenannter „Schutzzonen“ für Deutsche und führte die Kampagne im Jahr 2018 fort. Der Schwerpunkt der wenigen bisher öffentlichen Aktivitäten lag in Berlin und Brandenburg. Auf einer eigenen Internetseite zu der Kampagne finden sich u. a. konkrete Hinweise, wie „Schutzzonen“ (bspw. Bürgerwehren, Rückzugsräume, Schulwegwachen) praktisch umzusetzen seien und welche juristischen Aspekte dabei Berücksichtigung finden müssten. Ausgehend von der Behauptung, es bestehe eine „Notwehrsituation“ in Deutschland, fordert die NPD ihre Mitglieder und Anhänger auf, selbst aktiv zu werden:

„Warum? Die innere Sicherheit ist bedroht. Die massive Zunahme von Gewaltkriminalität ... und der gleichzeitige Abbau von Polizeistellen hat zur weitgehenden Kapitulation des Rechtsstaates geführt. ... man ist der importierten Kriminalität oft schutzlos ausgeliefert. Doch wenn der Staat nicht fähig oder willens ist, seine Bürger zu schützen, müssen die Bürger sich selbst schützen. Daher wollen wir Schutzzonen schaffen.“

(Internetseite zur NPD-Kampagne „Schafft Schutzzonen“, 18.03.2019)



Mit der Kampagne diffamiert die NPD in rechtsextremistischer Weise Flüchtlinge und Migranten pauschal als Gewalttäter und nicht zuletzt als „Bedrohung für das deutsche Volk“. Gleichzeitig stellt ein solches Agieren das staatliche Gewaltmonopol in Frage. Darüber hinaus weist die Kampagne im Hinblick auf die verwendete Rhetorik und Terminologie teilweise Parallelen zum rechtsextremistischen Konzept der „Nationalbefreiten Zonen“ auf. Dieses Konzept zielt darauf ab, öffentliche „Freiräume“ zu schaffen, die dem Zugriff des demokratischen Rechtsstaates entzogen sind und in denen

Rechtsextremisten originär staatliche Ordnungs- und Schutzfunktionen für sich beanspruchen können.

Außerdem veröffentlichte der Deutsche-Stimme-Verlag für das Jahr 2018 wieder den „Taschenkalender des nationalen Widerstandes“. Neben einer Rubrik mit historischen Ereignissen beinhaltet der Kalender auch Aufsätze zu Politik, Geschichte und Weltgeschehen im bekannten völkisch-nationalistischen Duktus. Nicht erschienen ist dagegen eine zweite Ausgabe des im Juli 2017 erstmalig von der NPD-nahen Stiftung Bildungswerk für Heimat und nationale Identität publizierten Theoriemagazins „Gegenlicht“, das in mehreren Beiträgen die typischen rechtsextremistischen Themen wie Identität und Zuwanderung behandelt hatte.



NPD scheitert bei Landtagswahl in Hessen

Mit Blick auf den „Kampf um die Parlamente“ setzte sich der Negativtrend der letzten Jahre fort. Bei der Landtagswahl am 28.10.2018 in Hessen kam die NPD auf 0,2 Prozent der Zweitstimmen und damit nur auf etwa ein Fünftel des Wahlergebnisses der vorangegangenen Landtagswahl 2013 (1,1 Prozent). In lediglich acht der 55 hessischen Wahlkreise gelang es der Partei, einen Stimmenanteil von mehr als 0,4 Prozent zu erreichen. Das schlechte Abschneiden im gesamten Bundesland Hessen macht sich auch an der absoluten Zahl der Zweitstimmen fest, die um rund 80 Prozent von 33.433 im Jahr 2013 auf nunmehr 6.190 zurückging. Mit dem schwachen Ergebnis verliert die Partei in dem letzten westdeutschen Bundesland ihren Anspruch auf Teilnahme an der staatlichen Parteienfinanzierung. Bei der Landtagswahl in Bayern am 14.10.2018 war die NPD gar nicht erst angetreten.

Auftaktveranstaltungen der NPD zur Europawahl 2019

Die NPD ist aktuell mit einem Mandat im Europäischen Parlament vertreten. Bei der Europawahl 2014 hatte die NPD mit ihrem Spitzenkandidaten Udo Voigt rund 300.000 Wahlberechtigte für sich gewonnen und damit einen Stimmenanteil von 1,0 Prozent erreicht. Für die Europawahl 2019 bestimmte die NPD auf ihrem Parteitag am 17.11.2018 im hessischen Büdingen erneut den ehemaligen Parteivorsitzenden zum Spitzenkandidaten. Am sogenannten Europaparteitag unter dem Motto „Festung Europa – Schutzzone Deutschland“ nahmen nach eigenen Verlautbarungen rund 250 Delegierte und Gäste teil, darunter angeblich auch Vertreter aus Belgien, Italien, Kroatien und der Slowakei.



Redner der Veranstaltung waren Voigt und der amtierende Parteivorsitzende Frank Franz. Voigt berichtete den Anwesenden von seinen „vielfältigen Aktivitäten“ als Europaabgeordneter und sprach insbesondere über seine „Aufnahme von vielfältigen Kontakten zu patriotischen Parteien“ in Europa sowie im Iran, im Libanon, in Russland und in Syrien. Wie er in seiner Rede weiter ausführte, gelte es „den Widerstand gegen die Überfremdung der europäischen Staaten und Völker gemeinsam zu führen“. Franz sprach anschließend über die „Lage der Partei“ und betonte die „weitgehende Geschlossenheit“ in der NPD seit dem letzten Bundesparteitag. Außerdem stellte er die Kampagnen „Deutsche helfen Deutschen“ und „Schafft Schutz-zonen“ vor, die dazu beitragen sollen, dass „die NPD verstärkt als ‚Macherpartei‘ in Erscheinung tritt“.



Die Kandidatenliste der NPD zur Europawahl 2019 wurde auf zehn Plätze begrenzt. Bei der Wahl um Listenplatz 1 setzte sich Voigt mit etwa 85 Prozent der Delegiertenstimmen gegen den früheren Parteivorsitzenden Günter Deckert durch. Die übrigen Plätze wurden vornehmlich mit regionalen Funktionären der NPD aus verschiedenen Bundesländern aufgefüllt. Aus Niedersachsen ist kein Mitglied vertreten.

Am 05.01.2019 führte die NPD ihre Jahresauftaktveranstaltung zur Europawahl ebenfalls in Büdingen (Hessen) durch. Zu der zentralen Parteiveranstaltung, die als Startschuss für den bevorstehenden Wahlkampf diente und für die bundesweit mobilisiert wurde, kamen nur rund 150 Teilnehmende. Redner waren neben Franz und Voigt auch der stellvertretende Parteivorsitzende und Kandidat auf Listenplatz 2, Ronny Zasowk aus Brandenburg, sowie die stellvertretende Landesvorsitzende der NPD Rheinland-Pfalz und Kandidatin auf Listenplatz 3, Ricarda Riefling. Voigt kritisierte in seiner Rede die nur schleppend verlaufende Sammlung von Unterstützungsunterschriften zur Europawahl. Bei der abendlichen Konzertveranstaltung mit etwa 200 Teilnehmenden traten die szenebekannteren Bands „Oidoxie“ (Nordrhein-Westfalen), „Die Lunikoff Verschwörung“ (Berlin) und „Germanium“ (Baden-Württemberg) auf. Wegen Zeigen des Hitlergrußes wurden zwei Konzertbesucher von der Polizei festgenommen.

Erstes „Schild & Schwert“-Festival im April 2018

Am 20. und 21.04.2018 fand in Ostritz (Sachsen) das erste „Schild & Schwert“-Festival unter dem Motto „Reconquista Europa – Gegenkultur schaffen“ statt.⁵⁶ Veranstalter war der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Thorsten Heise aus Thüringen. Insgesamt besuchten rund 1.300 Teilnehmer das Festival auf dem Gelände eines Hotelkomplexes in der ostsächsischen Kleinstadt. Während der zweitägigen Veranstaltung gab es politische Redebeiträge verschiedener NPD-Funktionäre wie des Europaabgeordneten Voigt oder auch des Bundesvorsitzenden der Partei Die Rechte, Sascha Krolzig. Neben einer „Tattoo-Convention“ und der Kampfsportveranstaltung „Kampf der Nibelungen“ fanden erwartungsgemäß die Musikdarbietungen rechtsextremistischer Bands wie „Oi-



⁵⁶ Siehe Kapitel 2.5, „Nordland Sanitätsdienst“.

doxie“ (Nordrhein-Westfalen), „Kategorie C“ (Niedersachsen) und „Die Lunikoff Verschwörung“ (Berlin) starken Zuspruch. Darüber hinaus hatten diverse rechtsextremistische Organisationen, Bekleidungsmarken und Musiklabels ihre Informations- und Verkaufsstände auf dem Festivalgelände errichtet. Das Veranstaltungskonzept sei laut Heise der Versuch, die Bereiche Politik, Musik, Kampfsport und „rechten“ Lifestyle miteinander zu verbinden, wie er bei der Pressekonzferenz auf dem Veranstaltungsgelände erläuterte, zu der rund 100 Journalisten erschienen waren.

Zweites „Schild & Schwert“-Festival im November 2018

Das zweite „Schild & Schwert“-Festival fand am 02. und 03.11.2018 gleichenorts im Landkreis Görlitz (Sachsen) statt und stieß auf deutlich weniger Interesse.⁵⁷ Trotz Auftritten szenebekanntere Bands wie „Sleipnir“ (Nordrhein-Westfalen) und „Die Lunikoff Verschwörung“ (Berlin) kamen nur etwa 800 Besucherinnen und Besucher, darunter angeblich auch ausländische Teilnehmende aus Österreich, Polen, der Schweiz, der Ukraine und den USA. Der erste Tag hatte das Motto „Europäischer Sport ist völkerverbindend – Für Frieden und Freiheit aller Völker“ und stand ganz im Zeichen des Kampfsports und der Musik einiger rechtsextremistischer Gruppen im Anschluss. Am zweiten Tag lautete das Motto „Europäische Kunst und Kultur fördern - Für Frieden und Freiheit“ und beinhaltete unter anderem ein „politisches Kulturprogramm“ mit einem „Politikforum“, das vom Chefredakteur des NPD-Parteiorgans „Deutsche Stimme“, Peter Schreiber, moderiert wurde. Redner waren neben Veranstalter Heise erneut der Europaabgeordnete Voigt sowie der stellvertretende Landesvorsitzende in Berlin, Sebastian Schmidtke, und weitere hochrangige NPD-Funktionäre. Auch die Partei Die Rechte war hier wieder vertreten, dieses Mal mit ihren beiden Bundesvorsitzenden Michael Brück und Sascha Krolzig.

Neuer Bundesvorstand und Umbenennung der NPD-Jugendorganisation

Auf ihrem Bundeskongress am 13.01.2018 in Riesa (Sachsen) wählten die Jungen Nationaldemokraten eine neue Führung und einigten

⁵⁷ Siehe Kapitel 2.5, „Nordland Sanitätsdienst“.

sich auf neue Statuten. Bundesvorsitzender ist nun Christian Häger aus Nordrhein-Westfalen; seine Stellvertreter sind Paul Rzehaczek aus Sachsen und Dominik Stürmer aus Baden-Württemberg. Darüber hinaus entschied sich der Parteinachwuchs für eine Namensänderung in Junge Nationalisten, womit das Kürzel JN beibehalten werden konnte.

Aktivitäten der NPD in Niedersachsen

Der niedersächsische Landesverband unterhält nach wie vor elf Unterbezirke (UB), von denen die meisten lediglich auf dem Papier existieren. Zum Jahresende 2018 hatte die Partei nur noch 250 Mitglieder und damit 200 weniger als fünf Jahre zuvor. Am 17.06.2018 führte die NPD ihren 53. Ordentlichen Landesparteitag auf dem Hof von Joachim Nahtz in Eschede (Landkreis Celle) durch. An der Veranstaltung nahmen etwa 40 Personen teil. Im Mittelpunkt des Parteitages standen die Rechenschaftsberichte des Landesvorsitzenden Manfred Dammann sowie Nachwahlen in den Landesvorstand. Matthias Behrens, Manfred Börm (beide UB Heide-Wendland) und Sebastian Weigler (UB Braunschweig) wurden als Beisitzer gewählt.



Manfred Dammann

Zu den Aktivitäten der NPD Niedersachsen gehört u. a. die Durchführung von Brauchtumsfeiern auf dem Anwesen des NPD-Mitglieds Nahtz in Eschede, darunter eine Sonnenwendfeier am 23.06.2018 mit rund 70 Personen. Organisatoren waren der UB Heide-Wendland und die Jungen Nationalisten (JN) sowie die neonazistische Frauengruppierung Döötsche Deerns. Auch die Feier zur Wintersonnenwende am 22.12.2018 wurde mit etwa 50 Personen auf dem Gelände in Eschede durchgeführt.

Eine Vortragsveranstaltung der NPD mit anschließendem Liederabend fand am 17.02.2018 im „Dancing Club Karlshöfen“ (Landkreis Rotenburg (Wümme)) statt, an der rund 70 Rechtsextremisten teilnahmen, darunter Mitglieder der neonazistischen Gruppierung Sektion Nordland und Personen aus dem Anti-Antifa-Umfeld in Bremen. Den musikalischen Rahmen gestaltete der Berliner Neonazi Michael Regener alias Lunikoff. Die Referenten waren der stellvertretende Bundesvorsitzende Heise und der Landesvorsitzende der

NPD Schleswig-Holstein, Ingo Stawitz, sowie der pensionierte Pastor Friedrich Bode (Bremen).

Heise sprach in seinem Vortrag zu dem Thema „Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft“ und bezog sich dabei auf die seit dem Jahr 2015 nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge und Asylbewerber. Diese würden seiner Meinung nach auch zukünftig Sozialhilfeempfänger bleiben, ebenso wie deren Nachkommen. Mit Blick auf seine anwesenden Kinder betonte er, dass diese eines Tages die Konsequenzen zu tragen hätten:

„Diese sind heute dazu verdammt, Sklaven dieses Systems und dieser Menschen, die hier gekommen sind, zu werden. Und dagegen gehe ich auf die Straße und wehre mich.“

Weiterhin behauptete Heise, die Deutschen seien „im wahren Sinne in ihrer gesamten Volkssubstanz Gutmenschen“. Er könne nicht so sehr hassen, wie er müsse, bei dem, was man „unserem Volk im Laufe der Jahrtausende angetan“ habe:

„Ein deutscher Mensch kann diesen Hass, den einige gegen uns entwickeln, überhaupt nicht nachvollziehen. Der ist bar unserer Seele.“

Am 24.02.2018 nahmen 17 Rechtsextremisten an der Kundgebung „Gegen den Bau einer Moschee in Lüchow“ am Zentralen Omnibusbahnhof in Lüchow teil. Neben NPD-Mitgliedern aus dem Unterbezirk (UB) Heide-Wendland und Mitgliedern der Jungen Nationalisten (JN) waren auch Vertreter der NPD-nahen Gruppierung „MVgida“ aus Mecklenburg-Vorpommern anwesend. Die Redebeiträge des Unterbezirksvorsitzenden Börm und des stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD Berlin, Sebastian Schmidtke, gingen jedoch im Lärm der rund 400 Gegendemonstranten unter.

Der NPD-UB Braunschweig führte am 07.04.2018 eine Kundgebung unter dem Motto „Heraus zum Tag der deutschen Zukunft“ in Braunschweig durch, an der sich lediglich 20 Rechtsextremisten beteiligten. Auf die im Anschluss geplante Kundgebung in Salzgitter-Bad verzichtete der Versammlungsleiter, weil er mit dem ihm dort zugewiesenen Versammlungsort nicht einverstanden war. Allerdings erfolgte daraufhin eine Spontankundgebung in Goslar zum Thema „Staatliche Willkür“, an der sich noch 17 Personen beteilig-

ten. In Salzgitter führte die NPD dann am 24.11.2018 eine Demonstration mit etwa 70 Teilnehmenden im Stadtteil Lebenstedt durch. Die Rechtsextremisten standen dabei einem Bündnis verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen aus Parteien, Kirchen und Gewerkschaften mit rund 700 Personen gegenüber.



Aktivitäten der JN in Niedersachsen

In Niedersachsen existiert derzeit kein eigener Landesverband der NPD-Jugendorganisation. Am 17.03.2018 gründeten jedoch Mitglieder der JN aus Bremen, Hamburg und Niedersachsen den gemeinsamen Landesverband Nord. Vorsitzender wurde Sebastian Weigler aus Braunschweig. Nach Angaben der JN soll die Gründungsveranstaltung auch in Niedersachsen stattgefunden haben.

Schwerpunkt der JN in Niedersachsen sind die östlichen Landeskreise, insbesondere der Bereich Braunschweig. Ihre Vertreter sind eng mit der niedersächsischen Neonaziszene vernetzt. An Vortrags- und Infoveranstaltungen sowie an Kundgebungen und überregionalen Stammtischen der JN nehmen regelmäßig Neonazis teil. Beispiel hierfür ist eine Kranzniederlegung an einer Gedenkstätte im Peiner Stadtwald aus Anlass des Volkstrauertages am 18.11.2018. Unter den circa 30 Rechtsextremisten befanden sich neben Mitgliedern der NPD und der JN auch Vertreter der neonazistischen Szene aus Braunschweig, Gifhorn, Hannover, Helmstedt, Hildesheim und dem

Harz. Begleitet von Trommeln und unter Mitführung von Fackeln legten die Teilnehmer am Ehrenmal für die Gefallenen der Weltkriege einen Kranz mit der Schleifenaufschrift „Den Toten unseres Volkes – Junge Nationalisten“ ab, bevor die Versammlung von der Polizei nach kurzer Zeit aufgelöst wurde.



Demonstration der JN in Erfurt

Zu den Aktivitäten der JN Niedersachsen im Jahr 2018 gehörten u. a. Teilnahme von einzelnen Mitgliedern an der Großdemonstration am 27.08.2018 in Chemnitz (Sachsen) mit einem JN-Transparent („Kriminelle Ausländer raus!“)⁵⁸ sowie die Beteiligung an der bundesweiten NPD-Kampagne „Schafft Schutzzonen“. Fünf Mitglieder der JN aus den Bereichen Braunschweig, Hildesheim und Salzgitter wurden am 17.08.2018 auf dem sogenannten City-Fest in der Innenstadt von Salzgitter-Lebenstedt durch die Polizei festgestellt, wie sie Flugblätter der Kampagne verteilten und einheitlich mit entsprechenden T-Shirts bekleidet waren. Auf der Facebook-Seite „Schutzzone Salzgitter“ berichten bekannte JN-Mitglieder über weitere „Schutzzonen-Streifen“, die im Stadtpark und in der Berliner Straße in Salzgitter durchgeführt worden sein sollen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die NPD scheint sich unter der Führung von Frank Franz stabilisiert zu haben. Allerdings lässt sich daraus kein positiver Trend erkennen, wie das Wahlergebnis bei der Landtagswahl in Hessen zeigt. Bei der


⁵⁸ Siehe Kapitel 2.5, „Adrenalin BS“.

Landtagswahl in Bayern ist sie erst gar nicht angetreten. Aus dem gescheiterten NPD-Verbotsverfahren hat die Partei bislang keinen Nutzen ziehen können. Der parteiinterne Streit um die öffentliche Darstellung der NPD dürfte damit weiter befeuert werden. Die überaus geringe Teilnehmerzahl bei einer zentralen Parteiveranstaltung wie im Januar 2019 zum Beginn des Europawahlkampfes, für die bundesweit mobilisiert wurde, zeigt deutlich die Schwierigkeiten der NPD und ihres Vorsitzenden Franz, mittlerweile selbst die eigenen Mitglieder zu motivieren. Dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Heise ist es dagegen mit dem „Schild & Schwert“-Festival als neuem Veranstaltungskonzept gelungen, eine vierstellige Besucherzahl aus dem gesamten rechtsextremistischen Spektrum anzuziehen. Dabei dürfte sich die Veranstaltung nicht nur finanziell für Heise ausgezahlt haben, sondern auch hinsichtlich seiner Reputation innerhalb der rechtsextremistischen Szene.

Für den niedersächsischen Landesverband gilt wie bisher die Einschätzung, dass aufgrund der vielfach inaktiven Unterbezirke und der geringen Kampagnenfähigkeit auch in Zukunft der Bedeutungsverlust der NPD voranschreiten wird. Seit der Abwahl Ulrich Eigenfelds und der Neuwahl von Manfred Dammann als Landesvorsitzenden im Jahr 2017 ist der Landesverband neonazistischer geprägt und innerhalb der Bundespartei dem völkischen Flügel um Heise zuzurechnen. Neben Dammann gehören auch die Vorstandsmitglieder Gianluca Bruno und Andreas Haack sowie der Vorsitzende des Unterbezirks Heide-Wendland, Börm, zu den Erstunterzeichnern der Proklamation des völkischen Flügels innerhalb der Bundespartei.

Bei den Jungen Nationalisten dürfte mit dem neu gewählten Bundesvorstand und der Umbenennung vor allem der Wunsch verbunden sein, die über einen längeren Zeitraum als nahezu inaktiv und handlungsunfähig zu bezeichnende Gruppierung wiederzubeleben. Ein Kernziel der JN, nämlich Nachwuchs für die NPD zu gewinnen und das ideologische Fundament bei ihren Anhängern zu schaffen, konnte in den letzten Jahren nicht mehr gänzlich umgesetzt werden. Sollte es nun den JN gelingen, sich als erneuerte unabhängige Jugendorganisation darzustellen, könnten sie innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums als Konkurrenz der Identitären Bewegung Deutschland (IBD) für jüngere rechtsextremistische Aktivisten wahrgenommen und als attraktive Alternative für einen Teil dieses Personenpotenzials gesehen werden.

2.9 Die Rechte

Sitz / Verbreitung	Sitz des Bundesverbandes: Dortmund (Nordrhein-Westfalen); Sitz des Landesverbandes: Amt Neuhaus (Landkreis Lüneburg)
Gründung / Bestehen seit	2012 (Bundesverband); 2013 (Landesverband)
Struktur / Repräsentanz	Bundesvorsitzender: Christoph Drewer (kommissarisch ab 01.11.2017), Sascha Krolzig und Michael Brück seit 01.04.2018; Landesvorsitzender: Holger Niemann; elf Landesverbände im Bundesgebiet; fünf Kreisverbände in Niedersachsen (Emsland, Heidekreis, Hildesheim, Süd-Ost Niedersachsen, Verden)
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer	Bund: 600  Land: 30 
Veröffentlichungen	Flugblätter (Verteilaktionen im Raum Harz); Web-Angebote: Die vorrangige Außendarstellung erfolgt für den Bundesverband über das Facebook-Profil und die eigene Internetseite; der Landesverband Niedersachsen informiert ebenfalls auf der eigenen Internetseite über Parteiaktivitäten und gibt vereinzelt Stellungnahmen zu bundes- und landespolitischen Themen ab.
Kurzportrait / Ziele	Die Partei Die Rechte wurde im Mai 2012 in Hamburg von Mitgliedern der ehemaligen Deutschen Volkunion (DVU) und dem langjährigen Neonazi Christian Worch gegründet. Den Posten des Bundesvorsitzenden übernahm Worch selbst. Als stellvertretende Vorsitzende wurde die ehemalige Landesvorsitzende der DVU Schleswig-Holstein, Ingeborg Loboeki, gewählt. Im September 2012 folgte die Gründung des mitgliederstärksten Landesverbandes Nordrhein-Westfalen durch ehemalige Mitglieder der im August 2012 verbotenen neonazistischen Kameradschaften Aachen, Dortmund und Hamm. Die ehemaligen Kameradschaftsführer übernahmen im Landesvorstand und in den Kreisverbänden die Führungsfunktionen und setzen seitdem unter dem Schutz des Parteienprivilegs ihre bisherigen Aktivitäten fort. Zudem traten der Partei vereinzelt NPD-Mitglieder bei. Auch in Niedersachsen kommen der Großteil der Führungsebene und ein relevanter Teil der Mitglieder aus der neonazistischen

Szene. Die Nutzung des Parteienprivilegs, vor allem die Anmeldung und Durchführung öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten zur Verbreitung neonazistischer Propaganda, erfolgt in Niedersachsen uneinheitlich.

Während die Mehrzahl der Kreisverbände kaum öffentlich in Erscheinung tritt, fällt – bis etwa Mitte 2018 – lediglich noch der Kreisverband Süd-Ost Niedersachsen mit Demonstrationen, Kundgebungen und sonstigen Aktionen auf. Den Schwerpunkt dieser Aktivitäten bildet die fremdenfeindliche Agitation gegen die Asyl- und Flüchtlingspolitik sowie die angeblich politisch gewollte Volksvermischung. Hinzu kommt die Kritik an vermeintlich staatlicher Repression zum Nachteil der Partei und ihrer Anhänger. Vom Kreisverband Verden und den anderen Kreisverbänden gingen im Jahr 2018 keine Aktivitäten aus.

Finanzierung

Mitgliedsbeiträge, Spenden, Einnahmen aus Veranstaltungen

DIE RECHTE

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Der Einfluss führender Neonazis im Bundesvorstand sowie im Landesverband Nordrhein-Westfalen, von dem die Partei Die Rechte dominiert wird, veränderte den Charakter der Partei, die bei ihrer Gründung das nach eigenem Bekunden „sprachlich wie inhaltlich modernisierte und ergänzte“ frühere Programm der ehemaligen DVU zur Grundlage genommen hatte.⁵⁹ Die Rechte steht seitdem hinsichtlich ihrer Ideologie, ihrer Aktivitäten und der führenden Personen in der Kontinuität der verbotenen neonazistischen Kameradschaften. Ihre Agitation ist von Demokratie- und Fremdenfeindlichkeit und der Verherrlichung des Nationalsozialismus bestimmt. Im Parteiprogramm fordert Die Rechte zur „Wahrung der Deutschen Identität“ auf. Demnach gelte es, „übermäßige fremde Einflüsse“ wie „die Amerikanisierung“ zurückzudrängen und einen europäischen Verbund zu schaffen, „in dem jedes Volk nach seiner eige-

⁵⁹ Bei der Gründung der Partei hatte der Bundesvorsitzende Worch Die Rechte als „weniger radikal als die NPD“, aber „radikaler als die REPs und die PRO-Bewegung“ beschrieben (Internetseite von Christian Worch).

nen, natürlich gewachsenen Ordnung leben kann“. Die Partei folgert, dass „alle Anstrengungen für die Bewahrung des deutschen Charakters unseres Vaterlands“ sinnlos würden, „wenn es Politikern im Bund mit der Meinungsindustrie gelänge, Deutschland in einem Vielvölkerstaat beziehungsweise einer ‚Europäischen Union‘ aufzulösen.“ Hiermit richtet sich Die Rechte insbesondere gegen die im Grundgesetz verbrieften Menschenrechte (Art. 1 GG) sowie gegen das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3 GG). Damit ist die Partei verfassungsfeindlich und erfüllt die Voraussetzungen für eine Beobachtung nach (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG).

Im Wahlprogramm „25 Forderungen zur Dortmunder Kommunalwahl 2014“, mit dem Die Rechte symbolisch an das 25 Punkte-Programm der NSDAP anknüpft, bekennt sie sich unter Punkt 19 eindeutig zur Volksgemeinschaft:

„Eine Gesellschaft, welche die Schwächsten alleine lässt, ist zum Scheitern verurteilt – jeder Volksgenosse, der unverschuldet in Not gerät, muss sich auf Hilfe verlassen können. Die Rechte will eine starke Volksgemeinschaft, in der keiner allein gelassen wird.“

Im Kapitel „Kriminalität und Überfremdung“ werden Migranten pauschal als kriminell bezeichnet, um sie auf diese Weise aus der Gesellschaft ausgrenzen zu können. In der Flüchtlingsdebatte wird ein „sofortiger Einwanderungsstopp“ von „Asyltouristen“ und „Sozialschmarotzern aus EU-Staaten“ gefordert.

Exemplarisch für die Glorifizierung des Nationalsozialismus und die Relativierung der NS-Verbrechen ist eine Mahnwache unter dem Motto „Vergesst niemals Dresden 1945“ samt der hierbei mitgeführten Transparente mit der Aufschrift „1. Mai – seit '33 arbeitsfrei“ und der Bezeichnung der Waffen-SS als „erste europäische Befreiungsarmee“.

Mit ihrem Bekenntnis zur Volksgemeinschaft, das die Mitglieder auf dem 8. Bundesparteitag am 28.10.2017 beschlossen haben, wird der neonazistische Charakter der Partei unterstrichen. Hieran zeigt sich auch, dass die Partei an ideologische Elemente des historischen Nationalsozialismus anknüpft und sich damit unverhohlen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung stellt.

Darüber hinaus hat der Bundesvorstand in seiner jüngsten Veröffentlichung vom 31.12.2018 das Ziel unterstrichen, die Vorausset-

zungen, die für eine nachhaltige Revolution im Sinne einer Revolution des Geistes notwendig sind, zu verbessern.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die meisten öffentlichkeitswirksamen Aktionen der Partei Die Rechte gingen vom Landesverband Nordrhein-Westfalen und dessen Kreisverbänden sowie vom Landesverband Baden-Württemberg aus. Mit der Gründung des Landesverbandes Bremen am 04.08.2018 sind seitdem auch dort vermehrt parteipolitische Aktivitäten festzustellen. In Nordrhein-Westfalen übernahm Die Rechte unter dem Schutz des Parteienprivilegs die zuvor von den verbotenen Kameradschaften veranstalteten Aktionen.

An den diesjährigen Trauermärschen in Dresden (Sachsen) am 10.02.2018 und in Dessau-Roßlau (Sachsen-Anhalt) am 17.03.2018 beteiligten sich jeweils auch Mitglieder aus dem niedersächsischen Landesverband der Partei.

Nachdem der Kreisverband Dortmund (Nordrhein-Westfalen) am 04.11.2017 einen Kongress unter dem Motto „Gemeinsam für Europa“ mit etwa 150 Teilnehmenden unter anderem aus Bulgarien, Frankreich, Italien, Niederlande, Polen, Russland, Spanien und aus den skandinavischen Ländern organisiert hatte folgte am 14.04.2018 in Dortmund die Abschlussdemonstration der Anti-EU-Kampagne „Europa erwache: Unser Europa ist nicht eure Union!“, die sich gegen die vermeintliche Gleichschaltung und Zentralisierungsbestrebungen der Europäischen Union richtete. Neben Rednern aus Frankreich, Norwegen, der Slowakei und Ungarn sprachen der Bundesvorsitzender der Partei Die Rechte, Sascha Krolzig, und der freie Nationalist Sven Skoda.

Mit der Inhaftierung von Ursula Haverbeck-Wetzel am 07.05.2018 in der Justizvollzugsanstalt Bielefeld (Nordrhein-Westfalen) wegen wiederholt begangener Holocaustleugnungen hat sich für die Partei Die Rechte ein neues Themenfeld eröffnet. Seitdem gab es bei zahlreichen Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene immer wieder öffentlich abgehaltene Solidaritätsbekundungen. Als Beispiele können hier die Demonstrationen in Bielefeld am 10.05.2018 und 10.11.2018 angeführt werden. In der rechtsextremistischen Szene wird die Inhaftierung von Haverbeck-Wetzel als Gesinnungshaft verstanden. An beiden Kundgebungen beteiligten sich rund 500 Rechtsextremisten, darunter auch vereinzelt Teilnehmer aus Niedersachsen.

Wie bereits im Vorjahr fand am 18.08.2018 in Berlin eine Demonstration der neonazistischen Szene anlässlich des 31. Todestages von Rudolf Heß statt. Das Motto lautete „Mord verjährt nicht! Gebt die Akten frei – Recht statt Rache“. Unter den etwa 800 Teilnehmenden waren auch Mitglieder der Partei Die Rechte. Blockaden von Seiten der Gegendemonstranten hatte es in diesem Jahr nicht gegeben.

Bundesparteitag wählt erstmals Doppelspitze – Niedersachsen im Bundesvorstand nicht mehr vertreten

Am Ostersonntag, den 01.04.2018, hielt die Partei Die Rechte im Rheinland ihren 9. Bundesparteitag ab und wählte dabei unter anderem eine neue Parteispitze. Die Wahl war nach dem Rücktritt des ehemaligen Vorsitzenden Christian Worch erforderlich geworden. Dem Beispiel anderer Parteien folgend wird die Bundespartei nun von zwei gleichberechtigten Vorsitzenden geführt. Die Doppelspitze bilden künftig die bekannten Rechtsextremisten Krolzig als Vorsitzender und Michael Brück als dessen Stellvertreter. Beide waren bisher Beisitzer im Bundesvorstand und gehören dem nordrhein-westfälischen Landesvorstand der Partei an. Krolzig war bis zu seinem Parteieintritt führendes Mitglied der im Jahr 2012 verbotenen Kameradschaft Hamm und ist seit dem Jahr 2017 Herausgeber der neonazistischen Szenezeitschrift „N.S. Heute“. Brück gehörte dem inzwischen verbotenen Verein Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG) an und zählte zu den Führungspersonen der seit dem Jahr 2012 ebenfalls verbotenen Gruppierung Nationaler Widerstand Dortmund.

Der niedersächsische Landesvorsitzende Holger Niemann, der dem Bundesvorstand bisher als Beisitzer angehörte, verzichtete dem Vernehmen nach auf eine erneute Kandidatur mit der Folge, dass Niedersachsen im aktuellen Bundesvorstand nicht mehr vertreten ist.

Neben der Neuwahl des Bundesvorstandes sprach sich die Partei erneut für eine Abschaffung des § 130 Strafgesetzbuch (Volksverhetzung) aus. Darüber hinaus gab sich die Partei einen neuen Namenszusatz und firmiert künftig als „Die Rechte – Partei für Volksabstimmung, Souveränität und Heimatschutz“.

Bundesparteitag beschließt Teilnahme an der Europawahl – Dieter Riefling aus Niedersachsen auf Listenplatz 4

Im Anschluss an den Bundesparteitag fand ein weiterer Parteitag statt, auf dem die Mitglieder die beim letzten Parteitag im Oktober 2017 verschobene Grundsatzentscheidung zu treffen hatten, ob die Partei zur Europawahl im Frühjahr 2019 antreten wird. Nachdem sich die Mitglieder für eine Teilnahme an der Europawahl ausgesprochen hatten, erfolgte die Listenaufstellung. Dabei wurde auf Platz 1 der Liste die mehrfach verurteilte Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel aus Vlotho (Nordrhein-Westfalen) gewählt. Als politischen Schwerpunkt nannte sie in ihrer Bewerbungsrede die Abschaffung des Volksverhetzungsparagrafen (§ 130 StGB). Haverbeck-Wetzel wird damit die Partei als Spitzenkandidatin in den Europawahlkampf führen. Im Jahr 2017 wurde sie jedoch vom Landgericht Verden wegen Volksverhetzung zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt. Unter den insgesamt 15 Kandidaten sind unter anderem der ehemalige Vorsitzende Christian Worch aus Mecklenburg-Vorpommern auf Platz 3 und der freie Aktivist Riefling aus Niedersachsen auf Platz 4. Die übrigen Listenplätze wurden fast ausschließlich mit Kandidaten aus Nordrhein-Westfalen besetzt.

Aktivitäten der niedersächsischen Parteigliederungen

In Niedersachsen gingen Aktivitäten der Partei Die Rechte ausschließlich vom mittlerweile inaktiven Kreisverband Süd-Ost Niedersachsen aus. Der Kreisverband war erst am 06.01.2018 in Bad Harzburg neu gegründet worden und bestand aus den ehemaligen Mitgliedern der sich kurz zuvor aufgelösten neonazistischen Grup-

pie rung Kollektiv Nordharz. Diese hatte ihre Aktivitäten seit Juni 2017 in erster Linie auf die Vorbereitung und Mobilisierung für den nächsten „Tag der deutschen Zukunft“ (TddZ) konzentriert, der am 02.06.2018 in Goslar zum bereits zehnten Mal durchgeführt werden sollte. Der TddZ ist Bestandteil einer bundesweiten, neonazistischen Kampagne und wurde in den vergangenen Jahren von der Partei Die Rechte ausgerichtet.



Die Gründungsveranstaltung des Kreisverbandes Süd-Ost Niedersachsen erfolgte in Bad Harzburg unter Leitung des Landesvorsitzenden Holger Niemann. Dabei ging es zunächst um die personelle Aufstellung. Fragen der inhaltlichen und strategischen Ausrichtung spielten keine Rolle. Der neugegründete (Groß-)Kreisverband umfasste die Städte bzw. Landkreise Braunschweig, Gifhorn, Göttingen, Goslar, Helmstedt, Holzminden, Northeim, Osterode am Harz, Peine, Salzgitter, Wolfenbüttel und Wolfsburg.⁶⁰ Nach der Gründung führten die Mitglieder des Kreisverbandes unter dem Motto „Aufklärungsoffensive“ am 10.01.2018 und am 21.01.2018 in Bad Harzburg zwei Mobilisierungsaktionen für den TddZ durch.

Andere Kreisverbände verzeichneten hingegen kaum oder keine öffentlichen Aktivitäten und beschränkten sich in den sozialen Medien auf sporadische Veröffentlichungen. Insgesamt dienen die durchgeführten Aktionen vor allem der Stärkung des inneren Zusammenhalts. Hierzu gehört beispielsweise die vom Landesverband ausgerichtete Wanderung zum „Kreuz des deutschen Ostens“ bei Bad Harzburg am 06.10.2018.

⁶⁰ Siehe Kapitel 2.5, „Kollektiv Nordharz“.

Am 14.03.2018 veranstaltete der Landesverband der Partei Die Rechte in Kooperation mit dem Kreisverband Süd-Ost Niedersachsen eine stationäre Kundgebung in Goslar unter dem Motto „Hinaus zum 10. TddZ; unser Signal gegen Überfremdung; Dialog statt Redeverbot“. Die Kundgebung wurde vom Landesvorsitzenden Niemann angemeldet und diente zum einen als „Konterveranstaltung“ gegen die vom „Bündnis gegen rechts Goslar“ gleichzeitig durchgeführte Veranstaltung zur Verhinderung des TddZ, an der sich etwa 190 Personen beteiligten. Zum anderen diente diese Kundgebung als Ausdruck von Protest gegen das behördlich verhängte Redeverbot für den bekannten Rechtsextremisten Riefing. Anlässlich der Bombardierung deutscher Städte durch die alliierten Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg wollte Riefing am 13.02.2018 in Vienenburg (Landkreis Goslar) als Redner bei einer ebenfalls von der Partei Die Rechte organisierten Kundgebung samt Mahnwache auftreten. An der Kundgebung in Goslar beteiligten sich letztlich etwa 20 Personen. Die Veranstaltung selbst verlief friedlich und ohne besondere Vorkommnisse.

Bereits kurz zuvor am 12.03.2018 hatten Mitglieder des Kreisverbands Süd-Ost Niedersachsen den Versuch unternommen, eine öffentliche Bürgersprechstunde des Goslarer Oberbürgermeisters Oliver Junk zu besuchen, um gegen das Redeverbot für Riefing zu protestieren. Ein Gespräch war den Rechtsextremisten jedoch verweigert worden.

Am 02.06.2018 trafen sich in Goslar etwa 250 Rechtsextremisten zur Abschlusskundgebung des TddZ unter dem Motto „Hinaus zum Tag der deutschen Zukunft – unser Signal gegen Überfremdung“. Der jährlich stattfindende TddZ gehört zu den bundesweit wichtigsten Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene. Die Abschlusskundgebung in Goslar markierte dabei den Schlusspunkt der diesjährigen Kampagne, welche von einem Zusammenschluss überregionaler, miteinander kooperierender Rechtsextremisten getragen war. Als Anmeldere und Versammlungsleiter fungierte eine Privatperson aus Goslar, die bereits mehrfach Standkundgebungen für die NPD beantragt hatte. Maßgeblich an der Organisation beteiligt waren die Mitglieder des Kreisverbandes Süd-Ost Niedersachsen der Partei Die Rechte.

Redner waren unter anderem der Parteivorsitzende Krolzig sowie der stellvertretende Bundesvorsitzende der NPD, Heise, aus Thüringen, der zugleich den dortigen Landesverband führt. Nach den Reden folgte ein Marsch durch den Goslarer Stadtteil Georgenberg zum Bismarckdenkmal, an dem die Abschlusskundgebung mit drei weiteren Wortbeiträgen abgehalten wurde. Ein Aktivist verlas die Rede des bekannten Neonazis und „Vaters des TddZ“, Riefing, der im Vorfeld auch für diese Veranstaltung mit einem behördlichen Redeverbot belegt worden war. Die bis dahin gehaltenen Reden ähnelten sich in ihrer Kernaussage, wonach deutsche Politiker bewusst eine „Agenda der Volksvermischung“ verfolgen würden, um vermeintliche deutsche Tugenden wie Werte und Traditionen abzuschaffen.

Neben zahlreichen „Reichsflaggen“ präsentierten die Teilnehmer auch Banner und T-Shirts der Kameradschaften Freudenstadt, Höri-Bo-densee, Zweibrücken/Pfalz, Division Bremen, Freie Kräfte Schwarzwald-Baar-Heuberg sowie der Parteien Die Rechte und der NPD-Jugendorganisation Junge Nationalisten (JN). Die Versammlung endete mit der Übergabe des Traditionsbanners an die Ausrichter des nächsten TddZ, der unter dem Motto „Deitsch on frei wolln mer sei! – unser Signal gegen Überfremdung“ am 01.06.2019 in Chemnitz seine elfte Auflage finden soll. Hierbei wurde auch das neue Kampagnenbanner präsentiert. Von den rund 3.000 Gegendemonstranten waren keine Beeinträchtigungen oder Störungen der Veranstaltung ausgegangen.

Enge Vernetzung mit Neonazis und subkulturell geprägten Rechtsextremisten

Weiterhin besteht eine enge Vernetzung von Mitgliedern der Partei Die Rechte mit Angehörigen der Neonaziszene und subkulturell geprägten Rechtsextremisten. Deutlich wird dies etwa durch die gemeinsame Beteiligung an Musikveranstaltungen oder politischen Aktivitäten. Beispiele sind die Teilnahme an einem Mobilisierungskonzert für den TddZ am 03.02.2018 in Dessau (Sachsen-Anhalt) sowie die Ausrichtung eines Infostandes im Rahmen einer Konzertveranstaltung am 07.04.2018 in Mitteldeutschland durch Angehörige des niedersächsischen Landesverbandes, bei der ebenfalls für den TddZ geworben wurde.



Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der Landesverband Niedersachsen der Partei Die Rechte setzt sich überwiegend aus Angehörigen der neonazistischen Szene zusammen, die unter gezielter Nutzung des Parteienstatus ihre bisher außerparteilich durchgeführten Aktivitäten fortführen, ohne ein Verbandsverbot fürchten zu müssen.

Trotz einer formal landesweiten Präsenz hat die Partei Die Rechte lediglich im Bereich des Kreisverbandes Süd-Ost Niedersachsen öffentlichkeitswirksame Aktivitäten entfaltet. Nach stagnierenden Mitgliederzahlen im vergangenen Jahr sind die Parteiaustritte in diesem Jahr wieder angestiegen. Dies hängt maßgeblich mit den Mitgliedern des Kreisverbands Süd-Ost Niedersachsen zusammen, die ihre Aktivitäten für die Partei nach Absolvierung des TddZ schlagartig eingestellt und der Partei den Rücken gekehrt haben. Die bestehenden persönlichen Kontakte in die Neonaziszene und insbesondere zum JN-Stützpunkt Braunschweig scheinen hier wieder mehr zum Tragen zu kommen.

Der Partei Die Rechte ist es in Niedersachsen bislang nicht gelungen, sich als relevanter politischer Akteur und mögliche Wahlalternative zu positionieren. Bundesweit betrachtet hat sich die Partei mit der Neuwahl einer Doppelspitze stabilisiert und das politische Machtzentrum in Dortmund gefestigt. Die jüngere Generation der westdeutschen Neonaziszene hat die Führung der Partei komplett übernommen. Dem Bundesvorstand gehört nicht ein Mitglied aus den ostdeutschen Verbänden an.

Inhaltlich hat sich der neue Bundesvorstand zum Ziel gesetzt, die Partei aus der derzeitigen Stagnation herauszuführen. Mit einem ebenso unbürokratischen wie unkomplizierten Führungsstil will der Vorstand Signale für eine Aufbruchsstimmung setzen. Es gelte, die Partei insgesamt neu aufzustellen und angesichts der Europawahl im Mai 2019 sowie mit Blick auf die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2020 neu auszurichten. Helfen sollen dabei ein eigener Materialdienst, moderne Propagandamaterialien, eine stärkere Präsenz in den sozialen Netzwerken, eine bundesweite Mitgliederkampagne und der Ausbau von Strukturen.

Das neue Parteiprogramm, das für Frühjahr 2018 angekündigt war, steht noch aus. Insofern bleibt abzuwarten, wie sich die Partei Die Rechte inhaltlich neu ausrichten wird. Die jüngsten Entwicklungen jedenfalls lassen eine weitere Radikalisierung der Partei vermuten. Auch die Zusammensetzung des neuen Bundesvorstandes deutet für die Zukunft auf eine insgesamt aktionsorientiertere und radikalere Ausrichtung hin.

2.10 Freistaat Preußen / Stimme des Volkes (SdV)

Sitz / Verbreitung	Sitz der Organisation: Verden	
Gründung / Bestehen seit	1995	
Struktur / Repräsentanz	„Kommissarischer Staatspräsident“: Dr. Rigolf Hennig; „Landtagspräsident“: Heinrich Mock; SdV-Schriftleitung: Dr. Rigolf Hennig	
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer	Bund: nicht bekannt	Land: Einzelpersonen
Veröffentlichungen	Publikation: Stimme des Volkes (SdV) Auflage: circa 1.500 Stück wie zuvor Stimme des Reiches (SdR)	
Kurzportrait / Ziele	Die Organisation Freistaat Preußen wurde 1995 gegründet. Ihre ideologische Ausrichtung ist geschichts- und gebietsrevisionistisch. Führende Funktionäre sind Dr. Rigolf Hennig („kommissarischer Staatspräsident“) und Heinrich Mock („Landtagspräsident“). Der Freistaat Preußen trat bis 2018 nach außen lediglich durch die Herausgabe einer im Eigendruck hergestellten Publikation in Erscheinung, deren Name seit 2008 jeweils aktuellen Ereignissen angepasst wurde. Nach dem Verbot des Collegium Humanum (CH) und der Stimme des Gewissens im Jahr 2008 wurde zunächst nur ein Exemplar unter dem Namen Das Reich herausgegeben, ihr folgte in der Zeit von 2008-2017 die Stimme des Reiches (SdR). Während der Indizierung der SdR in 2016 wurde die Ersatzpublikation Persönlicher Brief von Ursula Haverbeck	

herausgegeben. In 2018 folgte dann mit lediglich zwei Ausgaben die Stimme des Volkes (SdV). Die Beiträge verbinden antisemitische mit reversionistischen und ausländerfeindlichen Positionen. Autoren sind größtenteils Protagonisten der 2008 verbotenen Vereine Collegium Humanum (CH) und Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten (VRBHV). Zu den Stammautoren zählen neben Dr. Rigolf Hennig auch Ursula Haverbeck-Wetzel und Arnold Höfs.

Finanzierung

Verkauf der Publikation SdR und Spenden für die „Rechtskampfhilfe“⁶¹, Inhaber „Unkostenkonto“: Dr. Rigolf Hennig

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die Publikation Stimme des Volkes (SdV) beinhaltet wie zuvor die Stimme des Reiches (SdR) überwiegend antisemitische, reversionistische und insbesondere NS-Verbrechen verharmlosende Inhalte, aber auch rassistische und fremdenfeindliche Positionen. Die Schrift richtet sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung, will den historischen Nationalsozialismus rehabilitieren und die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland delegitimieren. Damit ist die SdV verfassungsfeindlich und erfüllt die Voraussetzungen für eine Beobachtung nach § 3 Abs. 1 Ziff. 1 und 4 NVerfSchG.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Der Organisation Freistaat Preußen gab im Frühjahr 2018 mit der SdV eine vermeintlich neue Schrift heraus, die anstelle der SdR „den politischen Kampf für Wahrheit, Freiheit und Souveränität unseres deutschen Volkes fortsetzen“⁶² sollte. Verantwortlicher für die Schriftleitung und das „Unkostenkonto“ ist Dr. Rigolf Hennig. Die SdV zeigt in Herstellung, Form und Gestaltung keine Unterschiede zu der bislang herausgegebenen SdR auf, die bereits im Namen eine ausdrückliche Nähe zum Dritten Reich herausstellte. Die neue Namenswahl sollte die angebliche Meinung des Volkes widerspiegeln.

61 Ziel der sogenannten Rechtskampfhilfe ist es, „den undemokratischen § 130 StGB, vor allem in Abs. 3 und 4 zu Fall zu bringen.“ Diese Hilfe basiert auf den Zielen des verbotenen VRBHV und umfasst die Forderung nach straffreier Meinungsäußerung im Zusammenhang mit der Holocaustleugnung (Volksverhetzung).

62 Stimme des Volkes, Nr. 1, Frühjahr 2018.

Inhaltlich ist keine Abkehr von den bereits in den vorherigen Schriften vertretenen Positionen festzustellen.

Bereits mit der zweiten Ausgabe für März/April 2018 wurde die Einstellung der SdV bekanntgegeben und eine gleichwertige Schrift angekündigt.⁶³ Unter dem Titel „Die Stimme des Volkes in Bewegung“ wurde von Hennig im August 2018 die Zusammenarbeit der SdV mit der Publikation Volk in Bewegung – Der Reichsbote (ViB)⁶⁴ bekanntgegeben, die vom thüringischen Nordland-Verlag herausgegeben wird. Ausschlaggebend für diesen Schritt seien die Indizierungen und Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit der in einer Auflage von 1.500 Stück erschienenen vorherigen SdR. Das Heft habe „die Mächtigen“ herausgefordert, so Hennig, weil es angeblich immer wieder vermeintlich unangenehme Themen aufgriff:

„... vom Mitweltschutz über Geschichtslügen und Offenbarung von Rechtsbrüchen seitens des Systems bis zu herber Kritik an dem Umgang der Regierung mit dem Problem der Massenzuwanderung, wie mit den brennenden nationalen Fragen wie die Rückgewinnung der deutschen Ostgebiete und bis zur Frage der völkerrechtlichen Stellung der ‚Bundesrepublik Deutschland‘. Am meisten dürfte der ständige Widerstand gegen die Übernahme der alliierten Greuelpropaganda durch die BRD und die Forderung nach Abschaffung des verfassungs- und völkerrechtswidrigen § 130 StGB (Volksverhetzung) gestört haben.“

(Volk in Bewegung – Der Reichsbote, Ausgabe 3/4, 2018)



63 Stimme des Volkes, Nr. 2, März-Mai 2018.

64 Volk in Bewegung – Der Reichsbote, Ausgabe 3/4, 2018.

Strafverfahren

Am 07. und 17.05.2018 wurde vor dem Landgericht Verden das Berufungsverfahren gegen das Urteil des Amtsgerichts Verden vom 13.04.2017 gegen Hennig wegen Volksverhetzung im Zusammenhang mit der Herstellung und Verbreitung der SdR in den Jahren 2014 bis 2015 verhandelt. Die durch das Amtsgericht Verden ausgesprochene Haftstrafe von 18 Monaten wurde durch das Landgericht Verden in eine Bewährungsstrafe von 12 Monaten nebst Zahlung einer Geldstrafe umgewandelt. Das Urteil ist derzeit noch nicht rechtskräftig.

Das Amtsgericht Verden verurteilte Hennig am 03.09.2018 wegen Volksverhetzung im Zusammenhang mit vier SdR-Ausgaben aus den Jahren 2016 und 2017 zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und drei Monaten. Daneben wurde ein fünfstelliger Betrag eingezogen. Das Urteil ist derzeit noch nicht rechtskräftig.

Inhaftierung und Verfassungsbeschwerde

Am 07.05.2018 wurde die rechtskräftig zu zwei Jahren Haft verurteilte Ursula Haverbeck-Wetzel in die Justizvollzugsanstalt Bielefeld (Nordrhein-Westfalen) verbracht. Die Haftstrafe steht im Zusammenhang mit einem Urteil des Amtsgerichts Verden vom 21.11.2016 wegen Volksverhetzung. Haverbeck-Wetzel hatte in mehreren Beiträgen der SdR aus den Jahrgängen 2014 und 2015 die massenhafte Ermordung von Juden in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern geleugnet. Die zunächst vom Amtsgericht Verden ausgesprochene Verurteilung zu zwei Jahren und sechs Monaten wurde im Berufungsverfahren vor dem Landgericht Verden am 24. und 28.08.2017 auf zwei Jahre ohne Bewährung reduziert. Im Rahmen der ersten Berufungsverhandlung leugnete Haverbeck-Wetzel erneut den Holocaust. Das Oberlandesgericht Celle hatte im Februar 2018 die Revision Haverbeck-Wetzels gegen das Berufungsurteil des Landgerichts Verden vom 28.08.2017 verworfen, wodurch die Verurteilung zu einer Haftstrafe von zwei Jahren rechtskräftig wurde.

Eine Verfassungsbeschwerde von Haverbeck-Wetzel in dieser Angelegenheit lehnte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) mit Beschluss vom 22.06.2018 ab und bestätigte das Urteil des Landge-

richts Verden.⁶⁵ In dem Beschluss wird der § 130 StGB als zulässiger Eingriff in die Meinungsfreiheit betrachtet und festgestellt, dass die Äußerungen Haverbeck-Wetzels nicht in den Schutzbereich der Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG) fallen, weil sie keinen Beitrag zu der verfassungsrechtlich gewährleisteten Meinungsbildung leisten könnten. Nach Auffassung des Gerichts würden stattdessen die Verbrechen des NS-Regimes durch „Bemäntelung legitimiert und gebilligt“ und kämen somit der Verherrlichung der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft gleich. Zudem werde hierdurch gezielt und bewusst Stimmung gegen die jüdische Bevölkerung und deren Interessenvertretung, den Zentralrat der Juden, gemacht.

„Die Leugnung der nationalsozialistischen Verbrechen des Völkermords ist vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte geeignet, die dem Äußernden geneigte Zuhörerschaft zur Aggression und zu einem Tätigwerden gegen diejenigen zu veranlassen, die als Urheber oder Verantwortliche der durch die Leugnung impliziert behaupteten Verzerrung der angeblich historischen Wahrheit angesehen werden. Sie trägt damit unmittelbar die Gefahr in sich, die politische Auseinandersetzung ins Feindselige und Unfriedliche umkippen zu lassen. Die Leugnung der nationalsozialistischen Verbrechen des Völkermords gefährdet die Friedlichkeit der politischen Auseinandersetzung dabei insbesondere auch deshalb, weil diese Verbrechen insbesondere gezielt gegenüber bestimmten Personen- und Bevölkerungsgruppen verübt wurden und die Leugnung dieser Ereignisse offen oder unterschwellig als Chiffre zur gezielten Agitation gegen diese Personenkreise eingesetzt werden können und werden.“

(Beschluss des BVerfG vom 22.06.2018, Az.: 1 BvR 673/18)

Solidaritätsbekundungen für Holocaustleugnerin

Als Auftaktveranstaltung bundesweiter partei- und organisationsübergreifender Proteste im Rahmen der „Kampagne für die sofortige Freilassung von Ursula Haverbeck und der Forderung nach der Abschaffung des § 130 StGB“ fand am 10.05.2018 unter dem Motto „Freiheit für Ursula Haverbeck“ eine Demonstration mit rund 450 Neonazis und Geschichtsrevisio-nisten in Bielefeld statt, um auf „die skandalöse Inhaftierung der politischen Dissidentin“ hinzuweisen und sich dieser „staatlichen Repression“ entgegenzusetzen. Die Versammlungsleitung oblag Funktionären der Partei Die Rechte aus Nordrhein-Westfalen. Zu den

⁶⁵ Vgl. Beschluss des BVerfG vom 22.06.2018, Az.: 1 BvR 673/18.

Rednern gehörten bekannte Rechtsextremisten wie Thomas „Steiner“ Wulff, Dieter Riefing, Sven Skoda, Bernhard Schaub und der selbsternannte „Volkslehrer“ Nikolai Nerling. Für die Dokumentation aller Aktionen wurde eine eigene Homepage eingerichtet.



Aktivisten der Jungen Nationalisten (JN) Braunschweig, darunter auch der parteilose Riefing, solidarisierten sich mit der inhaftierten Holocaustleugnerin Haverbeck-Wetzel. Im Rahmen einer JN-Veranstaltung am 15.09.2018 präsentierten sie ein Transparent mit der Aufschrift „Wenn fragen verboten ist, sollte man an der Wahrheit zweifeln! Freiheit für Ursula Haverbeck!“. Die Aktion wurde auch auf der o. g. Homepage präsentiert. Das Banner wurde darüber hinaus bei einer „Geburtsdagsdemo“ für die 90-jährige „Dissidentin“ am 10.11.2018 in Bielefeld gezeigt. Unter dem Motto „Mit 90 Jahren in Gesinnungshaft – Freiheit für Ursula Haverbeck“ hatten sich erneut etwa 400 Rechtsextremisten versammelt, darunter Neonazis und völkische Aktivisten. Teilnehmer aus Niedersachsen waren unter anderem Hennig, Arnold Höfs und der Vorsitzende des Vereins Gedächtnisstätte e. V., Wolfram Schiedewitz, sowie der aus der Schweiz stammende Schaub. Während des Demonstrationzugs wurde die antisemitische Parole „Nie, nie, nie wieder Israel“ skandiert.



Dieter Riefing und die JN Braunschweig

Verunglimpfung des jüdischen Volkes und Forderung zur Wiederherstellung des Deutschen Reiches

In aggressiver Rhetorik verbindet Hennig regelmäßig seine fremdenfeindlichen, rassistischen Ansichten mit antisemitischen Verschwörungstheorien, um Hass auf Juden zu schüren. Im Artikel „Licht und Finsternis“⁶⁶ der ersten SdV-Ausgabe hetzt Hennig gegen das Judentum „als entartende Minderheit“, die „von der Hinterlist, Heimtücke und Gewalt“ leben und als „Drahtzieher im Hintergrund“ die Völker verknechten oder ausrotten würde. Als existenzbedrohende Gefahr für das deutsche Volk beschreibt Hennig einen „Zustrom von Völkermassen aus der Dritten Welt“. Seiner antisemitischen Verschwörungstheorie zufolge handele es sich hierbei weder um „Zufall noch Schicksal“, sondern um „Ausdruck eines Langzeitplanes zur Vernichtung Deutschlands und damit des Abendlandes“. Die Verantwortlichen der BRD würden diese Entwicklung „als Handlanger Jener“ pflegen und seien daher „Schwerverbrecher, die ihr eigenes Volk ausrotten“⁶⁷. In nationalistischer Diktion fordert Hennig daher eine Kursänderung:

„Wir Deutschen haben unsere große Aufgabe noch vor uns, nämlich unseren Nationalstaat – das Deutsche Reich – wieder handlungsfähig zu machen, das ‚Europa der Vaterländer‘ zu schaffen und Licht in die Finsternis zu bringen, um die Welt aus den Klauen des Bösen zu befreien. Das Leben ist Kampf. Es lohnt sich zu kämpfen. Die entschlossene Mehrheit sind wir!“

(Stimme des Volkes, Nr. 1, Frühjahr 2018, Seite 11)

Verunglimpfung der repräsentativen Demokratie

Im SdV-Beitrag „Das Seelenleben der Deutschen“⁶⁸ setzt sich Hennig mit dem Verhalten der Deutschen zur „Flüchtlings-Krise (und sonstigen laufenden Fehlentwicklungen)“ auseinander. Er verunglimpft die repräsentative Demokratie und bezeichnet demokratisch gewählte Volksvertreter als „eine entartete Politikerzunft“, die den „Vernichtungsplan des vs-amerikanischen Anthropologen Hooton

66 Stimme des Volkes, Nr. 1, Frühjahr 2018, Seite 10-11.

67 Zur Untermauerung seiner Thesen bezieht sich Hennig regelmäßig auf den sogenannten Hooton-Plan, wonach „die Zukunftsrasse Europas eine eurasisch-negroide Mischrasse sein soll (geführt von einer jüdischen Adelschicht)“. Siehe auch Fußnote 69.

68 Stimme des Volkes, Nr. 1, Frühjahr 2018, Seite 16-18.

am deutschen Volk“⁶⁹ umsetzen würde. In diesem Zusammenhang verharmlost Hennig die NS-Verbrechen und spricht von einem „unbegründeten Schuldkomplex“, der „das deutsche Selbstbewusstsein“ lähme, von einer „völkerrechtswidrigen Umerziehung, einer Manipulation der Seele“. Zugespißt formuliert er: „Die ‚Parole‘ unserer Zeit heißt ‚Auschwitz‘.“⁷⁰

Suggestion einer „Umvolkung“ und Notfallvorsorge für einen Systemwechsel

Aggressive Fremdenfeindlichkeit verbreitet Hennig im SdV-Beitrag „Umvolkung um jeden Preis“⁷¹. Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihre „Konsorten“ würden einen Bevölkerungsaustausch nach dem „Hooton-Plan“ auf Kosten der Steuerzahler durchführen und somit eine „Umvolkung des deutschen Volkes“ betreiben. Den Geflüchteten unterstellt er, das deutsche Sozialsystem auszunutzen, wobei eine soziale Ungleichbehandlung stattfindet. Demnach würden Zugewanderte gegenüber Deutschen sowohl bei der Sozialfürsorge als auch bei der Wohnraum- und Arbeitsvergabe bevorteilt.

Dem vermeintlichen Bevölkerungsaustausch werde seitens der Regierenden „umfassend Flankenschutz auf Kosten der Deutschen gewährt“, so Hennig. Inzwischen gäbe es eine „flourierende Flüchtlingsindustrie mit einem Heer an Schmarotzern auf Kosten der Steuerzahler“.⁷²

69 Der Hooton-Plan bezieht sich auf einen im Jahr 1943 veröffentlichten Zeitungsartikel des US-amerikanischen Paläoanthropologen und Hochschullehrers Earnest Albert Hooton. In einem Propagandaartikel für die Tageszeitung PM New York Daily vom 04.01.1943 forderte Hooton, den „deutschen Nationalismus“ und dessen „aggressive Ideologie“ dadurch zu zerstören, indem man in Deutschland eine nicht-deutsche Bevölkerung ansiedelt. Anschließend müssten die „biologisch begründeten und angeborenen, räuberischen Neigungen der Deutschen“ durch Kreuzungen mit Vertretern anderer Völker „weggezüchtet“ werden. Die Deutschen sollten damit nach und nach durch eine höhere Geburtenrate verdrängt werden und leichter zu kontrollieren sein. Heutzutage wird der Hooton-Plan in rechtsextremistischen Kreisen als historische Tatsache und als Beleg für eine weltweite Verschwörung wiedergegeben. Ihre Vertreter sehen in der Flüchtlingsbewegung den Beweis für die Umsetzung des Plans, indem vor allem männliche Nicht-Europäer für „Mischrasen“ sorgen sollen.

70 Stimme des Volkes, Nr. 1, Frühjahr 2018, Seite 17.

71 Stimme des Volkes, Nr. 2, März-April 2018, Seite 7-9.

72 Stimme des Volkes, Nr. 1, Frühjahr 2018, Seite 8.

„Der Flutung durch Fremde steht die Auswanderung Hunderttausender Deutscher, und zwar der Auslese, steht der ‚Kampf gegen das Kind‘ in Gestalt von Familienfeindlichkeit, Verhütung und Abtreibung gegenüber und die Förderung von Abartigkeiten nach dem ‚Gender‘-Wahnsinn. Bevölkerungsaustausch eben zur (Umvolkung) des deutschen Volkes.“

(Stimme des Volkes, Nr. 1, Frühjahr 2018, Seite 8)

Im gleichen Beitrag suggeriert Hennig ein Staatsversagen und fordert das Widerstandsrecht nach Art. 20 Abs. 4 GG, um „einen endgültigen, kulturellen und sittlichen Verfall, den Niedergang durch Überfremdung, Verdrängung, der Umvolkung mit dem Ziel der völligen Auslöschung unseres deutschen Volkes“ aufzuhalten. Demokratie und Wahlen hält er nicht für die Lösung der Probleme „in einem System, wo der Bezug auf den ethnischen Volksbegriff, das Bekenntnis zum deutschen Volk, seiner Abstammungsgemeinschaft bereits verfassungsfeindlich sei.“⁷³ Eine Problemlösung sieht Hennig in der Systemüberwindung, denn es gehe nicht um politische Detailfragen, um Reformen oder kleine Änderungen, sondern um den „völligen Umbau eines natur- und menschenzerstörenden Systems“. In volksgemeinschaftlichem Duktus beschwört Hennig die „Pflege deutscher Tugenden, des Zusammenhalts in Treuebünden und Netzwerken“ und rät in Suggestion eines „Zusammenbruchs“ zu einer Vorsorge in vielfältiger Hinsicht für Notzeiten und den Überlebenskampf.⁷⁴

„Dieser kommende Zusammenbruch ist gleichzeitig die letzte noch verbleibende Chance zur Rettung und Befreiung von Volk und Nation. Erst zu dem Zeitpunkt und nicht früher, ist das belogene, das mißbrauchte und in den Jahrzehnten getäuschte Volk bereit wieder für sein Vaterland, seine Werte und letztlich für das persönliche Überleben aufzustehen und zu kämpfen. ... Aus einer entschlossenen Minderheit erwächst eine Flut von Freiheitskämpfern. Diese bahnt sich den Weg aus dem Verderben in das Goldene Zeitalter. Seid bereit.“

(Stimme des Volkes, Nr. 1, Frühjahr 2018, Seite 9)

⁷³ Stimme des Volkes, Nr. 1, Frühjahr 2018, Seite 9.

⁷⁴ Stimme des Volkes, Nr. 1, Frühjahr 2018, Seite 9.

Holocaustleugnung durch Umdeutung und Bestreiten

Im SdV-Beitrag „Zyklon B – das Schädlingsbekämpfungsmittel“⁷⁵ leugnet Höfs den Holocaust, indem er durch Umdeutung versucht, einen Nachweis darüber zu erbringen, dass das Schädlingsbekämpfungsmittel Zyklon B ab Frühjahr 1944 durch die Zerstörung der Produktionsstätten kaum mehr vorhanden sei und insbesondere das Vernichtungslager Auschwitz bereits ab August 1943 kein Gift mehr erhalten habe. Höfs zweifelt damit die offizielle Geschichtsschreibung an und führt aus, dass aber „gerade im Jahr 1944 nach vielen Behauptungen ... umfangreiche Massenvergasungen in Auschwitz mit dem (nicht mehr vorhandenen) Zyklon erfolgt sein (sollen).“ Der Beitrag schließt mit der Frage: „Wie soll das möglich gewesen sein?“

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

In der mit nur zwei Ausgaben vom geschichts- und gebietsrevisionistischen Freistaat Preußen im Jahr 2018 herausgegeben Publikation Stimme des Volkes (SdV) finden sich, wie zuvor auch in der Stimme des Reiches (SdR), vorrangig Beiträge, die den Nationalsozialismus verherrlichen, antisemitische Verschwörungstheorien propagieren und den in Konzentrations- und Vernichtungslagern sowie an anderen Orten begangenen Massenmord an Juden und anderen Personengruppen leugnen und verharmlosen. Holocaustleugner nutzen die Publikationen als Plattform, um ihre volksverhetzenden Ansichten zu publizieren. Die Beiträge beinhalten vor allem die Flüchtlingsthematik, um rechts-extremistisches und antisemitisches Gedankengut in der Gesellschaft zu verbreiten und um Hass gegenüber Juden und Asylsuchenden zu schüren. Gegen das angebliche Versagen der Politik werden von den Autoren Selbsthilfe und Gegenwehr propagiert. Gerade junge Menschen mit fremdenfeindlichen Einstellungen könnten dies als Aufforderung zu gewalttätigen Aktionen gegen Asylsuchende oder Flüchtlingsunterkünfte verstehen. Nicht zuletzt die von Hennig geäußerten Appelle zur Bewaffnung und Vorbereitung auf angeblich bevorstehende Umstürze wie auch sein Ruf nach passivem und aktivem Widerstand lassen aufhorchen.



75 Stimme des Volkes, Nr. 1, Frühjahr 2018, Seite 15-16.

Die Gerichtsverfahren gegen die Hauptverantwortlichen der SdR wurden von den Angeklagten wie Schauprozesse inszeniert, um ihrer Forderung nach Abschaffung des § 130 StGB und Wertung der Holocaustleugnung als freie Meinungsäußerung im Sinne von Artikel 5 des Grundgesetzes mehr Gewicht zu verleihen. Ausschlaggebend für die Verurteilung zu einer Bewährungsstrafe im Prozess gegen Hennig vor dem Amtsgericht Verden vom 03.09.2018 war seine Beteuerung, dass er keine weiteren publizistischen Aktivitäten mehr entfalten wolle. Es bleibt daher abzuwarten, ob dies lediglich ein prozessrelevantes Lippenbekenntnis war. Als Schriftleiter und Stammautor ist Hennig seit Jahren für die rechtsextremistische Publikation „Volk in Bewegung – Der Reichsbote“ (ViB), die im thüringischen Nordland-Verlag herausgegeben wird, tätig. Es ist somit anzunehmen, dass Hennig „den politischen Kampf für Wahrheit, Freiheit und Souveränität unseres deutschen Volkes“ in der ViB fortsetzen wird, denn bereits in der Vergangenheit befanden sich in der ViB inhaltsgleiche Texte aus der SdR.

2.11 Verein Gedächtnisstätte e. V.

Sitz / Verbreitung	Sitz der Gesamtorganisation: Seevetal (Landkreis Harburg); Kultur- und Tagungsstätte: Guthmannshausen (Thüringen)	
Gründung / Bestehen seit	Seit 1992	
Struktur / Repräsentanz	Vereinsvorsitzender: Wolfram Schiedewitz	
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer	Bund: 50 ⇨	Land: 15 ⇨
Veröffentlichungen	Publikation: Veranstaltungsprogramm; Broschüre „Gedächtnisstätte“ zum 25-jährigen Jubiläum; Homepage im Internet	
Kurzportrait / Ziele	Der Verein Gedächtnisstätte e. V. wurde 1992 in Vlotho (Nordrhein-Westfalen) gegründet. Erste Vorsitzende war die Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel. Seit 2003 leitet Wolfram Schiedewitz aus Niedersachsen den Verein. Mit der Einweihung	

der „Gedächtnisstätte für die 12.000.000 deutsche(n) Opfer durch Bomben des Weltkrieges II, Verschleppung, Vertreibung und in Gefangenenlagern“ im Jahr 2014 wurde das Vereinsziel erreicht. Unter dem Leitspruch: „Zukunft braucht Herkunft“ betreibt der Verein eine revisionistische, antisemitische und fremdenfeindliche Geschichtsbetrachtung und -verbreitung.

Bereits seit 2011 nutzt der Verein für seine Veranstaltungen das Kultur- und Tagungszentrum Guthmannshausen (Thüringen). Regelmäßig finden dort Vortragsveranstaltungen zu kulturellen und aktuellen Themen mit Zeitzeugen und Historikern statt, darunter auch bekennende Revisionisten und Holocaustleugner sowie Vertreter rechtsextremistischer und anderer im rechtsextremistischen Spektrum agierender Organisationen und Medien. In geschichtsrevisionistischer Manier werden deutsche Kriegsverbrechen relativiert und die Kriegsschuld des NS-Regimes geleugnet.

Im August 2014 wurde auf dem Gelände des ehemaligen Rittergutes in Guthmannshausen eine Gedächtnisstätte eingeweiht. Anwesend waren etwa 200 Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland, darunter Haverbeck-Wetzel und der ehemalige Deutschlandleiter der Europäischen Aktion (EA)⁷⁶, Dr. Rigolf Hennig. In seiner Rede kritisierte der Vorsitzende Schiedewitz eine angebliche Einseitigkeit deutscher Geschichtsbetrachtung. Im August 2017, anlässlich der Feierlichkeiten zum 25-jährigen Jubiläum, sprach der Vereinsvorsitzende in der Jubiläumsbroschüre nachträglich eine offene Drohung aus: „Wer einzelne Besucher unserer Einweihungsfeier in die Nähe der Radikalität stellt, wird für seine unbegründete Boshaftigkeit eines Tages zur Verantwortung gezogen werden.“⁷⁷ In der gleichen Broschüre bedankte sich die Holocaustleugnerin Haverbeck-Wetzel ausdrücklich beim Verein Gedächtnisstätte, der „sich nie von (ihr) distanziert hat, was heute ungewöhnlich und sehr dankenswert ist.“⁷⁸ Der Verein präsentiert sich im Internet mit einem „Kulturangebot“ (Veranstaltungskalender), stellt dort seine Ziele vor und bittet um Spenden.

Finanzierung

Mitgliedsbeiträge (Fördermitgliedschaft), Spenden, Nachlässe in geldwerter Form, Patenschaften für Gedenksteine

76 Internetseite der EA vom 26.09.2017: „Mitteilung in eigener Sache“.

77 Jubiläumsbroschüre vom 05.08.2017, Seite 54.

78 Jubiläumsbroschüre vom 05.08.2017, Seite 16.

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die rechtsextremistische Ausrichtung des Vereins Gedächtnisstätte e. V. lässt sich aus der Beteiligung von Rechtsextremisten und der Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten schließen. Durch die Relativierung der Opfer des NS-Regimes versucht der Verein, eine Revision der Geschichte zu betreiben. Die anlässlich des 25-jährigen Vereinsjubiläums im Jahr 2017 herausgegebene Broschüre weist eine Vielzahl von revisionistischen, antisemitischen und ausländerfeindlichen Aussagen auf, die eine rechtsextremistische Ideologie belegen.⁷⁹ Darüber hinaus bietet der Verein Rechtsextremisten eine Plattform für ihre Positionen.



Die Flüchtlingsthematik ist als wichtiges und verbindendes Element im gesamten Rechtsextremismus zu sehen. In den Vorträgen und Veröffentlichungen des Vereins Gedächtnisstätte e. V. wird die Migration und Integration von Flüchtlingen aufgegriffen und als „Umvolkung“ oder „Völkermord“, aber auch als „Flüchtlings-Tsunami“ bezeichnet. Die Art und Weise, wie gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung agiert wird, steht dabei im Widerspruch zur deutschen Rechts- und Werteordnung und zum Grundrecht auf Asyl nach Art. 16a Abs. 2 GG. Hiermit richtet sich der Verein Gedächtnisstätte e. V. gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

Mit der „Vermittlung identitätsstiftender Wertvorstellungen“ arbeitet der Verein daran, „ein anderes Staatswesen“ und damit einen Systemwechsel zu erzeugen. Die Absicht des Beseitigens bzw. des Ersetzens der Verfassungsordnung oder des Regierungssystems der Bundesrepublik Deutschland steht im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Damit ist der Verein verfassungsfeindlich und erfüllt die Voraussetzungen für eine Beobachtung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 4 NVerfSchG.

⁷⁹ Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2017, Seite 122-127.



Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Der Verein Gedächtnisstätte e. V. organisierte auch im Jahr 2018 monatliche Vortragsveranstaltungen, in denen er eine „Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart“ bauen wollte, um unter dem Deckmantel des Gedenkens an die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges sein rechtsextremistisches Gedankengut zu verbreiten. In den zwei Halbjahresprogrammen positionierte sich der Vereinsvorsitzende offen rechtsextremistisch und präsentierte mehrheitlich Referenten, die dem rechtsextremistischen Spektrum zugeordnet werden. Die Vortragsveranstaltungen sollten ein „solides Fundament für neue Entwicklungen“⁸⁰ bilden, um „das langjährige, selbsterstörerische Gebaren gegen die Landesinteressen seitens der Regierung“ anzuprangern:

„Es gilt für jeden Einzelnen, in sich zu gehen, aufzustehen und angesichts des unfassbaren Opferganges unseres Volkes im letzten Jahrhundert, nicht in einem Paradoxon aus Schuld und Großartigkeit zu verharren ...“

(Kulturangebot des Vereins Gedächtnisstätte e. V., Januar – August 2018)

Besondere Schwerpunkte des Vereins waren die Argumentationsmuster der sogenannten Reichsbürger und Selbstverwalter sowie Zeitzeugenberichte und Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche als „Tag der Generationen“ bzw. „Tag der Jugend“. Letztere sollten dem Dialog zwischen den Generationen dienen und dazu anregen, „neue Wege zu gehen“. Unter der Überschrift „Das (Um)Denken beginnt im Kopf! Neue Impulse für den Verstand“ wurde dabei thematisch ein weiter Bogen gespannt, angefangen vom „Schulalltag“ und dem „hiesigen Schulwesen mit seinen fragwürdigen Dogmen und Prioritäten“ bis hin zu einem „Europa neuer Ordnung jenseits der Globalisierung“ und „den revolutionären Ideen aus Europas Mitte“.⁸¹

Das jährliche Sommerfest des Vereins Gedächtnisstätte e. V. fand am 04. und 05.08.2018 unter dem Motto „Herkunft trifft Zukunft“ statt. Der Leitspruch beinhaltet die ethnopluralistische Forderung nach Bewahrung einer unveränderlichen kulturellen Identität durch

⁸⁰ Kulturangebot des Vereins, September – Dezember 2018.

⁸¹ Internetveröffentlichung des Vereins zur „Mai-Veranstaltung“, 2018.

die Betonung genetischer Homogenität. Unter den rund 150 Teilnehmenden waren auch Gründungsmitglieder sowie langjährige, engagierte Freunde und Begleiter des Vereins. Das Veranstaltungsprogramm bot vor allem Vorträge, aber auch eine ganztägige Betreuung für Kinder. Der stellvertretende Vereinsvorsitzende Dr. Paul Latussek hielt den Festvortrag zum geschichts- und gebietsrevisionistischen Thema „Erfahrungen zu 28 Jahren Teilvereinigung Deutschlands“. Als weiterer Referent sprach der Leiter des rassistischen Thule-Seminars, Pierre Krebs, zum Thema „Wir säen in alle Winde des Ethnos“.

Am Rande des Sommerfestes äußerte sich Schiedewitz in einem Interview⁸² zur Ausrichtung des Vereins. Dabei äußerte er sich sowohl geschichts- und gebietsrevisionistisch (u. a. zu der Kriegsschuld, den Opferzahlen und der „Teilwiedervereinigung 1990“) als auch offen antisemitisch und fremdenfeindlich. Er fordert darin die Abschaffung des § 130 StGB (Meinungsfreiheit) verbunden mit der Freilassung der inhaftierten Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel und suggeriert eine jüdische Verschwörung, deren Ziel es sei, durch die „Invasion von Fremden“ nach Deutschland eine „Umvolkung“ hin zu einer „hellbraunen Rasse“ zu betreiben. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wolle der Verein durch die „Vermittlung identitätsstiftender Wertvorstellungen ... ein anderes Staatswesen“ erzeugen, so Schiedewitz.

Darüber hinaus stellte der Verein auch im Jahr 2018 anderen rechtsextremistischen Organisationen seine Räumlichkeiten für Veranstaltungen zur Verfügung. Herauszuheben ist hier das 4. Sommerfest des MdEP Udo Voigt (früherer NPD-Vorsitzender) am 07.07.2018, zu dem rund 350 Gäste aus dem In- und Ausland nach Guthmannshausen kamen. Unter dem Titel „Sommerlaune unter Gleichgesinnten“ berichtete Voigts NPD-Postille „Nation in Europa“ über die Veranstaltung.⁸³ Als Veranstaltungshöhepunkt wurde der Vortrag des ehemaligen „Rudolf Hess-Pflegers“, Abdullah Melaouhi, genannt. Daneben stand

⁸² YouTube, Birgits Welt „Gedenkstätte Guthmannshausen Sommerfest 2018“, veröffentlicht am 14.08.2018.

⁸³ Nation in Europa, Informationsbulletin des MdEP Udo Voigt, Nr. 4, 2018, 5. Jahrgang, Seite 8.

„... das Gedenken zu Ehren der Millionen Gefallenen, Ermordeten und Vertriebenen unseres Volkes im Mittelpunkt, das der umtriebige Leiter der Gedächtnisstätte, Wolfram Schiedewitz, im einzigartigen Erinnerungshain der Anlage zusammen mit seinen Gästen zelebrierte“.

(Nation in Europa, Informationsbulletin des MdEP Udo Voigt, Nr. 4, 2018, 5. Jahrgang, Seite 8)

Nicht fehlen durfte in diesem Zusammenhang die Forderung nach „Freiheit für alle politischen Gefangenen, Freiheit für Horst Mahler und Ursula Haverbeck“⁸⁴.

Volksgemeinschaftsdenken und Abwertung von Erinnerungskultur

Der im Internet veröffentlichte Beitrag „Vergegenwärtigung – vor 75 Jahren“ zum Feuersturm auf Hamburg vom 24.07. bis 03.08.1943 spiegelt die revisionistische Geschichtsbetrachtung des Vereins Gedächtnisstätte e. V. wider.⁸⁵ In dem Artikel wird suggestiv behauptet, dass mit der „stetigen Vergegenwärtigung“ und der medialen Aufbereitung eine „Integration kollektiver Volkstraumen“ betrieben werde. Erinnerungskultur stelle hier einen „Strick am Halse aller folgenden Generationen“ dar und werde „als Konsumprodukt feilgeboten, ... unfähig der vernünftigen Verarbeitung“. Durch dieses „transformierende Gedenken“ solle die Volksgemeinschaft als „generationenübergreifende Legende über Abstammung und Bestimmung, verfasst in ein zeitlos ewiges Werk ... das A und das O erfolgreicher Lebensgemeinschaften, somit Lebensqualität für den Einzelnen“ zerstört werden.

Offener Brief an die AfD zum Ausschluss der Landes- und Fraktionsvorsitzenden in Schleswig-Holstein

In einem offenen Brief vom 02.12.2018 an die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) nimmt der Vereinsvorsitzende Schiedewitz Stellung zum „Ausschluß von Frau Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein aus der AfD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein“ und damit auch zum „Ausschluß des Vereins Gedächtnisstätte“.⁸⁶ Mit seinem Brief richtet sich Schiedewitz direkt an die Parteivorsitzenden Jörg Meuthen und Alexander Gauland und hält ihnen ein Handeln im Rahmen vermeintlicher „political correctness“ vor.

84 Beitrag von Udo Voigt zu seinem 4. Sommerfest auf der Facebook-Seite von Wolfram Schiedewitz am 08.07.2018.

85 Internetseite des Vereins Gedächtnisstätte e. V., „Vergegenwärtigung – vor 75 Jahren – Di. 24. Juli – Fr. 3. Aug.“, 09.08.2018.

86 Verein Gedächtnisstätte e. V., Offener Brief vom 02.12.2018.

„Sie wollen eine Alternative für Deutschland sein. Dann werden Sie bitte diesem Anspruch auch in Bezug auf unsere 12 Millionen Toten gerecht. Die langjährige beschämende Behandlung dieses vernachlässigten Themas durch die herrschenden politischen Kreise müßte durch eine Alternative mit Sicherheit komplett anders gesehen werden ... Wovor haben Sie Angst? Glauben Sie wirklich, wenn Sie die Patrioten in Deutschland in dieser Form behandeln, daß Sie dieses Land in eine international anerkannte normale Zukunftsgestaltung führen können? Dieses Land braucht endlich eine Normalität in der Wahrheitsfindung der Geschichte und erlösende Worte der politischen Eliten zu den Schicksalsfragen unserer Nation! Das wäre eine echte Alternative zu den herrschenden Systemparteien, die sich einer Schulddoktrin (Neurose) verschrieben haben, die in keinem Ausland mehr verstanden wird!“

(Verein Gedächtnisstätte e. V., Offener Brief vom 02.12.2018)

Nachdrücklich fordert Schiedewitz die AfD dazu auf, das Schubladendenken zu beenden, und warnt vor einer Spaltung der Partei. Eine „Stigmatisierung“ sei erheblich einfacher, merkt Schiedewitz lakonisch an und fragt unvermittelt, wieso sich die AfD hier freiwillig „dieser fremdentwickelten Normen“ unterwerfe. An die beiden Parteivorsitzenden gerichtet stellt er die Vermutung auf, ob diese die Partei spalten wollen, so wie es bereits „einigen Vorgängern mit patriotischen Grundzügen“ ergangen sei.⁸⁷

Verbindungen zu anderen rechtsextremistischen Organisationen

Der Verein Gedächtnisstätte e. V. verfügt über diverse Kontakte zu rechtsextremistischen Organisationen, u. a. zur Schlesischen Jugend e. V. (SJ), zum Freundschafts- und Hilfswerk Ost e. V. (FHwO), Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V. und zur Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO), zur NPD und zu neonazistischen Freien Kräften, zum Thule-Seminar und zu früheren Aktivisten der im Jahr 2017 in ihren Strukturen aufgelösten rechtsextremistischen Organisation Europäische Aktion (EA), aber auch zu russischen Vertretern einer völkisch-esoterischen Weltanschauung, um nach eigenem Bekunden den „deutsch-russischen Bruderbund“ zu fördern. Diese Kontakte zeigen ein organisationsübergreifendes nationales und internationales Netzwerk auf.

⁸⁷ Verein Gedächtnisstätte e. V., Offener Brief vom 02.12.2018.



Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Unter dem Deckmantel des Gedenkens an die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges agitiert der 1992 gegründete rechtsextremistische Verein Gedächtnisstätte e. V. gegen den demokratischen Verfassungsstaat und versucht, geschichtsrevisionistisches Gedankengut in demokratische Bevölkerungskreise zu transportieren. Hierzu organisiert er regelmäßig im Kultur- und Tagungszentrum in Guthmannshausen Vortragsveranstaltungen mit Zeitzeugen und Historikern, aber auch mit jungen Aktivisten rechtsextremistischer Gruppierungen. Durch die direkte Ansprache von Kindern und Jugendlichen zu den Veranstaltungen „Tag der Generationen“ / „Tag der Jugend“ mit einem „Mehr-Generationen-Programm“ besteht die Gefahr einer rechtsextremistischen Indoktrinierung von noch nicht gefestigten jungen Menschen.

Schiedewitz sieht die Gedächtnisstätte als

„... historisch zu nennenden Ort, der den Willen patriotisch gesinnter Bürger dieses Landes symbolisiert, unsere Geschichte und die dafür gebrachten Opfer an Leib und Leben, Hab und Gut im historisch unangreifbaren Lichte darzustellen.“

(Sommerrundschreiben 2016 vom 02.07.2016)

Die Gedächtnisstätte steht allen offen, die Schwierigkeiten haben, aufgrund ihrer Gesinnung, Parteizugehörigkeit oder entsprechender Organisation einen geeigneten Treffpunkt zu finden. Dabei nimmt der Verein wohlwollend das derzeitige rechtspopulistische Meinungsklima in der Bevölkerung auf, fördert dieses durch die Verbreitung nationalistischer und rechtsextremistischer Positionen in seinen Vortragsveranstaltungen und trägt somit dazu bei, die Grenzen des Sagbaren zu verschieben. Darüber hinaus berichtete Schiedewitz in seinem Interview zum Sommerfest wie auch in seinen Weihnachts- und Neujahrsgrüßen von steigenden Besucherzahlen in der Gedächtnisstätte, vor allem durch die vielen junge Menschen, die den „Altersschnitt um rund 20 Jahre“⁸⁸ gesenkt hätten.

88 Wolfram Schiedewitz, Weihnachts- und Neujahrsgrüße vom 21.12.2018.

Das Rittergut in Guthmannshausen stellt ein rechtsextremistisches Veranstaltungs- und Schulungszentrum dar, dessen Vernetzung durch die vielfältigen, generationsübergreifenden Verbindungen des Vereins zu rechtsextremistischen Gruppierungen und Parteien sowie in die rechtsextremistische Skinhead- und Kameradschaftsszene belegt wird. Mit der „Vermittlung identitätsstiftender Wertvorstellungen“ arbeitet der Verein daran, „ein anderes Staatswesen“ und damit einen Systemwechsel zu erzeugen.⁸⁹ Dies steht im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und ist somit verfassungsfeindlich.

Für 2019 kündigt der Verein konzeptionelle Weiterentwicklungen an. Ein „Kulturangebot des Vereins im Jahr 2019“ unter dem bisherigen Logo „Zukunft braucht Herkunft“ gibt Auskunft über die im gesamten Jahr angebotenen Veranstaltungen, darunter zwei Drei-Generationen-Wochenenden, die sich an Kinder und Jugendliche richten. Unter den angekündigten Referenten befinden sich bekannte Rechtsextremisten, darunter Holocaustleugner, Rassisten, aber auch Reichsbürger.

2.12 Reichsbürger & Selbstverwalter

Sitz / Verbreitung	Niedersachsenweit
Gründung / Bestehen seit	In unterschiedlichen Ausprägungen bereits seit Jahrzehnten. 1985 kam es zur Gründung der ersten konkreten Reichsbürgergruppierung, der Kommissarischen Reichsregierung (KRR) in Berlin.
Struktur / Repräsentanz	Örtlich und regional unterschiedlich ausgeprägte Strukturen in Form von lokal agierenden, autark handelnden Einzelpersonen und Gruppierungen; hinzu kommen überwiegend virtuelle Präsenzen

⁸⁹ YouTube, Birgits Welt, „Gedenkstätte Guthmannshausen Sommerfest 2018 – Interview mit dem 1. Vorsitzenden des Vereins Gedächtnisstätte vom 05.08.2018“.

Mitglieder / Anhänger / Unterstützer	Bund: 19.000 ↗ davon etwa 950 Rechtsextremisten ↗ Land: 1.350 ↘ davon etwa 60 Rechtsextremisten: ⇨
Veröffentlichungen	Web-Angebote: Internetseiten, Blogs, Profile in sozialen Netzwerken; Broschüren, Aufkleber, Flugblätter, Formularschreiben
Kurzportrait / Ziele	Reichsbürger und Selbstverwalter sind Gruppierungen oder Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen, u. a. unter Berufung auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen, den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen oder sich gar in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend definieren und deshalb bereit sind, Verstöße gegen die Rechtsordnung zu begehen.
Finanzierung	Beiträge der Anhänger und Mitglieder, teilweise Vermarktung und Verkauf von Reichsbürgerutensilien wie Autokennzeichen, Ausweise, Dokumente o. Ä.

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Als Reichsbürger werden Einzelpersonen oder pseudoformell organisierte Gruppierungen bezeichnet, die der Bundesrepublik Deutschland ihre Rechtmäßigkeit absprechen und damit ihre Rechtsvorschriften ablehnen. Reichsbürger treten für die Fortexistenz des Deutschen Reiches und die Rückkehr zu vorherigen territorialen Grenzen ein (je nach Gruppierung zum Beispiel aus den Jahren 1871, 1914 oder 1937). An die Stelle der Bundesrepublik Deutschland soll eine eigene Reichsregierung treten, bei der eigene selbstbestimmte Vertreter die Regierungsgeschäfte führen.

Bei Selbstverwaltern handelt es sich um eine heterogene Gruppe von zumeist Einzelpersonen, die im Gegensatz zu Reichsbürgern nicht vom Weiterbestehen des Deutschen Reiches überzeugt sind, sondern behaupten, sie könnten durch eine Erklärung ihrerseits oder durch den Zurückzug auf ein selbstdefiniertes Naturrecht aus der Bundesrepublik Deutschland ausscheiden oder dass diese gar nicht existent sei. Dementsprechend sehen sich Selbstverwalter auch nicht

mehr den Gesetzen der Bundesrepublik unterworfen. Einige Selbstverwalter gehen so weit, eigene Staatsgebilde auszurufen und ihr Haus oder Grundstück als souveränes Staatsgebiet zu proklamieren. Zentrales und organisationsübergreifendes, bzw. personenübergreifendes Ideologieelement bei Reichsbürgern und Selbstverwaltern ist die fundamentale Ablehnung des Staates und seiner gesamten Rechtsordnung.

In Abgrenzung zur Gruppierung Exilregierung Deutsches Reich, die in Niedersachsen bereits seit dem Jahr 2005 als verfassungsfeindliche Bestrebung beobachtet wird, vertreten nicht alle Reichsbürger und Selbstverwalter per se rechtsextremistische Ansichten und können so nur zum Teil dem Phänomenbereich Rechtsextremismus zugeordnet werden. Trotzdem sind für Reichsbürger und Selbstverwalter hinreichend tatsächliche Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen vorhanden. Diese sind vor allem in der grundsätzlichen Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Gesetze und Normen und ihrer Institutionen zu sehen. Bei einigen Gruppierungen sowie bei einzelnen Selbstverwaltern kommen neben der Verbreitung kruder Verschwörungstheorien auch Ideologieelemente des Rechtsextremismus wie Antisemitismus oder Fremdenfeindlichkeit zum Tragen, die in ihren jeweiligen Ausprägungen ebenfalls hinreichend tatsächliche Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen begründen. Hiermit richten sich Reichsbürger und Selbstverwalter gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, insbesondere gegen den demokratischen Rechtsstaat (Art. 20 GG) sowie in Teilen gegen die im Grundgesetz verbrieften Freiheits-, Gleichheits- und Menschenrechte (Art. 1 - 4 GG). Sie sind damit verfassungsfeindlich und erfüllen die Voraussetzungen für eine Beobachtung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG.

Aktivitäten von Reichsbürgern und Selbstverwaltern

Neben der fundamentalen Ablehnung des Rechtsstaates zeichnen sich Reichsbürger und Selbstverwalter durch ein besonderes Maß an Renitenz gegenüber staatlichen Institutionen und staatlichen Maßnahmen aus. Angefangen mit dem massenhaften Versand von Schriftstücken per E-Mail, Fax oder auf dem Postweg (sogenanntem paper-terrorism oder Vielschreiberei) versuchen Reichsbürger, auf Behörden und deren Mitarbeiter einzuwirken, um staatliche Maß-



nahmen zu verhindern oder zumindest zu erschweren. Hiermit beschäftigen sie zunehmend Behördenmitarbeiter und stören Verwaltungsabläufe und -verfahren.

Die Entrichtung von Steuern, Gebühren und Abgaben verweigern Reichsbürger und Selbstverwalter regelmäßig. Die Aktivitäten der Szene gipfeln in der Einrichtung verschiedener „Regierungen“, „Verwaltungen“, bis hin

zur Ausrufung eines eigenen Königreiches oder Staates. Hierzu zählen auch die von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ „aktivierten“, „reaktivierten“ oder „reorganisierten“ Gemeinden. So nennen sie Ortschaften, wenn sie diese für unabhängig erklären bzw. eine eigene Verwaltung für diese Gemeinden beanspruchen.

Um weitere Unterstützer für die eigene Sache zu gewinnen und somit den Kampf gegen die staatlichen Institutionen auszudehnen, verbreiten Reichsbürger ihre Ideologie aktiv über das Internet. Neben den genannten Aktivitäten zeichnen sich einige Reichsbürger auch durch die Verwendung von Phantasiedokumenten aus. Es wird versucht, eigene, teils selbst produzierte „Reichsführerscheine“ oder „Reichspersonenausweise“ im offiziellen Rechtsverkehr zu verwenden. Der Verkauf solcher fiktiven Dokumente stellt zudem für einzelne Personen aus der Reichsbürgerszene eine lukrative Einnahmequelle dar.

Gewaltpotenzial und Verhältnis zu Waffen

Als eine weitere Eskalationsstufe nach der reinen schriftlichen und mündlichen Verweigerung kann bei Reichsbürgern der fließende Übergang zu Beleidigungen und Bedrohungen gegenüber staatlichen Stellen festgestellt werden. Darüber hinaus ist es in mehreren Fällen zu Gewaltandrohungen und zur Ausübung tatsächlicher körperlicher Gewalt durch Reichsbürger gekommen. Exemplarisch seien hier die Schusswechsel von Reichsbürgern mit der Polizei in Bayern und Sachsen-Anhalt genannt, bei denen am 19.10.2016 im bayerischen Georgensgmünd (Landkreis Roth) ein Polizeibeamter durch einen Reichsbürger erschossen wurde. Auch in Niedersachsen ist es bereits vorgekommen, dass sich Reichsbürger mit körperlicher Gewalt, zum Teil auch unter Einsatz von Waffen gegen staatliche Maßnahmen zur Wehr setzen. Beispielhaft hierfür ist das Verhalten einer Familie aus dem Landkreis Hameln-Pyrmont, die über das

gesamte Jahr 2018 wiederholt sowohl mit Behörden als auch mit der Polizei in Konflikt geraten ist. Die Vorkommnisse reichen von sogenannter Vielschreiberei über Beleidigungen und Bedrohungen bis zu körperlichen Auseinandersetzungen und versuchter Gefangenenerbefreiung.

In der Reichsbürgerszene kann eine allgemeine Affinität zu Waffen festgestellt werden. Durch die Bereitschaft von Reichsbürgern und Selbstverwaltern, ihren eigenen Staatsvorstellungen teilweise auch mittels Gewalt Nachdruck zu verleihen bzw. sich bestehendem Recht und Gesetz zu widersetzen, stellt der Waffenbesitz aus den oben beschriebenen Gründen eine potenzielle Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat und dessen Repräsentanten dar.

Um das vorhandene Gefahrenpotenzial zu minimieren, werden bei Angehörigen der Reichsbürgerszene bestehende waffenrechtliche Erlaubnisse überprüft und, wenn möglich, entzogen. Eine waffenrechtliche Erlaubnis setzt voraus, dass der Erlaubnisinhaber die erforderliche waffenrechtliche Zuverlässigkeit besitzt. Diese Zuverlässigkeit ist jedoch im Fall einer Zugehörigkeit zur Reichsbürgerszene und der darin immanenten Ablehnung des geltenden Rechts zu verneinen.

In Niedersachsen wurden aus diesem Grund bereits mehreren Personen die waffenrechtlichen Erlaubnisse entzogen. In einzelnen Fällen erfolgte die Rückgabe der Erlaubnis auch freiwillig. Die Überprüfung weiterer Personen mit einer entsprechenden Genehmigung, die zugleich Bezüge zur Reichsbürgerideologie aufweisen, dauert an.

Reichsbürgergruppierungen in Niedersachsen

Als die einzige organisierte Gruppierung mit vorhandenen Strukturen in Niedersachsen gilt weiterhin die am 04.05.2004 in Hannover gegründete Exilregierung Deutsches Reich. Diese vertritt unter der Leitung von „Reichskanzler“ Norbert Rudolf Schittke die Ansicht, dass es „nur einen deutschen Staat, das Deutsche Reich in den Grenzen vom 31.12.1937“⁹⁰ geben könne und das Deutsche Reich somit fortbestehe. Der Bundesrepublik Deutschland wird die staatliche Souveränität und Legitimation abgesprochen; sie sei lediglich ein „provisorisches (besatzungsrechtliches!) Selbstverwaltungskonstrukt“.⁹¹



⁹⁰ Internetseite der Exilregierung Deutsches Reich („Die Entstehung der ‚Bundesrepublik Deutschland‘, ‚BRD‘“).

⁹¹ Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2017, Seite 132, „Exilregierung Deutsches Reich“.

Die Exilregierung Deutsches Reich trat im Jahr 2018 nicht öffentlich in Erscheinung. Das Wirken der Exilregierung Deutsches Reich beschränkt sich auf den mit aktuellen Beiträgen versehenen Internetauftritt und auf das persönliche Werben einzelner Mitglieder für die Organisation. Über die Internetseite wird Interessierten umfassendes Informationsmaterial angeboten. Außerdem werden verschiedene „Reichsdokumente“ auf der Internetseite der eigens dafür eingerichteten „Reichsmeldestelle“ zum Kauf angeboten.⁹²

Dass die Aktivitäten der Exilregierung Deutsches Reich weitestgehend zum Erliegen gekommen sind, könnte auch mit der Aufspaltung der Organisation im Jahr 2012 zusammenhängen. Nach internen Streitigkeiten entstand mit der Gruppierung Die Exil-Regierung Deutsches Reich eine eigenständige konkurrierende Organisation mit Anschrift in Berlin.

Weitere Gruppierungen in Niedersachsen

Neben der Exilregierung Deutsches Reich existieren diverse Klein- oder Kleinstgruppen in der Reichsbürgerszene, die auch Anhänger in Niedersachsen haben. Exemplarisch hierfür stehen der Freistaat Preußen, das Amt für Menschenrecht, das Aktionsbündnis gelber Schein, die Justiz-Opfer-Hilfe sowie die Verfassungsgebende Versammlung und die Religionsgemeinschaft heilsamer Weg.

Bei den niedersächsischen Anhängern dieser Gruppierungen handelt es sich jedoch nur um Einzelpersonen oder einzelne Familien, die mutmaßlich über das Internet mit der jeweiligen Organisation in Kontakt gekommen sind. Am weitesten in Niedersachsen verbreitet sind die Argumentationen der Verfassungsgebenden Versammlung und der Religionsgemeinschaft heilsamer Weg e.V.i.G. Ein größerer lokaler Personenzusammenschluss ist derzeit nicht zu erkennen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Insbesondere in den Jahren 2016 und 2017 wurde auch in Niedersachsen eine deutliche Zunahme an Aktivitäten festgestellt, die der äußerst heterogenen Reichsbürgerszene zuzuordnen sind. Allerdings handelt es sich hierbei größtenteils um Personen, die bereits

⁹² Internetseite der „Reichsmeldestelle“ des „Presse- und Informationsamtes“ der Exilregierung Deutsches Reich („Beantragung Reichsdokumente“).

seit längerem dem Reichsbürgerspektrum angehören. Ein tatsächlicher personeller Zulauf ist aktuell nicht auszumachen. Waren im Jahr 2017 noch etwa 1.400 Personen der niedersächsischen Szene zugerechnet worden, ist das Personenpotenzial aktuell im Rahmen der weiteren Aufklärung eher rückläufig. Mittel- bis langfristig kann ein weiterer leichter Rückgang des Personenpotenzials prognostiziert werden. Dies liegt insbesondere daran, dass sich der Anfangsverdacht gegenüber einigen Personen nicht bestätigt hat bzw. Personen sich der Szene anlässlich des behördlichen, medialen und öffentlichen Drucks wieder abgewandt haben.

Seit Anfang des Jahres 2017 wird in Niedersachsen die Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter in ihrer Gesamtheit beobachtet. Wird ein weitgefasster Maßstab angelegt, liegt die Gesamtanzahl der in Niedersachsen auffällig gewordenen Reichsbürger und Selbstverwalter bei aktuell etwa 1.350 Personen. Inwieweit jeweils eine extremistische Haltung im Sinne einer politischen Bestrebung vorliegt, wird in einer Einzelfallanalyse bewertet. Bislang ist in Niedersachsen von wenigen hundert Reichsbürgern und Selbstverwaltern im engeren Sinne auszugehen. Hierbei handelt es sich um Personen, die im erheblichen Maße im Zusammenhang mit einer Reichsbürgerideologie aufgefallen sind, u. a. durch die anhaltende Versendung von Schriftstücken an diverse Empfänger oder durch die Begehung von Straftaten wie Beleidigung, Belästigung, Bedrohung, Betrug, Urkundenfälschung oder durch Widerstandshandlungen und Gewaltdelikte.

Etwa ein Viertel der durch den Niedersächsischen Verfassungsschutz als Extremisten erfassten Reichsbürger und Selbstverwalter hat rechtsextremistische Vorerkenntnisse. Diese hohe Zahl erklärt sich u. a. damit, dass die Exilregierung Deutsches Reich bereits seit dem Jahr 2005 als rechtsextremistische Vereinigung in Niedersachsen unter Beobachtung steht. Gemessen an dem Gesamtpotenzial von 1.350 Personen liegt der Anteil an Rechtsextremisten bei etwa vier bis fünf Prozent.

Die in Niedersachsen wohnhaften Reichsbürger und Selbstverwalter stellen keine einheitliche homogene Bewegung dar. Sie setzen sich vielmehr aus autark handelnden Einzelpersonen sowie aus kleinen Gruppierungen zusammen, die sich in ihrem Wesen zum Teil deutlich unterscheiden. Das Spektrum erschließt sich über esoterisch

geprägte Gruppierungen, über völkisch-traditionalistisch geprägte Gruppen bis hin zu rechtsextremistisch ausgerichteten Zusammenschlüssen. Eine strategische Vernetzung der verschiedenen Gruppen oder Einzelpersonen ist bisher ebenso wenig zu erkennen wie eine gezielte Steuerung. Die Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter lebt in einer Parallelwelt zumeist internetbezogener Verschwörungstheorien, die sich in der Folge verfestigt und gegenüber der Außenwelt verschließt. Dennoch zeigt sich die Szene als äußerst umtriebig. Mit einer hohen Aktivitätentfaltung, vor allem im Internet, ist auch weiterhin zu rechnen.

Durch die weitere Verbreitung der Reichsbürgerideologie sowie durch das teilweise ausgeprägte Sendungsbewusstsein und die nachgewiesene Zunahme an Aktivitäten von Reichsbürgern und Selbstverwaltern ist die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland erheblichen Beeinträchtigungen ausgesetzt. Allerdings lassen sich verallgemeinerbare Äußerungen über etwaige gewalttätige Ausrichtungen in Bezug auf dieses Personenpotenzial nicht pauschal treffen. Gleichwohl besteht jederzeit die Möglichkeit, dass einzelne Personen vor allem im Umgang mit Behördenmitarbeitern oder als Reaktion auf staatliche Maßnahmen zu Gewalt greifen, um ihre Anliegen durchzusetzen. Hierbei handelt es sich in Niedersachsen bisher ausschließlich um Verhaltensweisen in Reaktion auf staatliche Maßnahmen. Hinweise auf gezielte kriminelle oder gar terroristische Handlungen von einzelnen Reichsbürgern oder Selbstverwaltern liegen derzeit weiterhin nicht vor. Gleiches gilt für den gezielten Aufbau von (verdeckt operierenden) Gruppen zum koordinierten Angriff auf staatliche Einrichtungen oder Mitarbeiter.

Durch den Niedersächsischen Verfassungsschutz wurden im Jahr 2018 mehrere Präventions- und Informationsangebote zum Thema Reichsbürger und Selbstverwalter unterbreitet. Neben Vorträgen hält der Niedersächsische Verfassungsschutz ein Faltblatt mit dem Titel „Reichsbürger und Selbstverwalter“ vor. Das Faltblatt kann über die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes angefordert werden und steht auf der Internetseite des Niedersächsischen Verfassungsschutzes zum Download zur Verfügung.

